

Geschäftsbericht 2014/2015

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Brief des Vorstandsvorsitzenden | 5 |
| <i>Mittelstand im Fokus: Mittelständler aus den großen Exportbranchen haben konjunkturschwache Jahre gut bewältigt</i> | <i>7</i> |
| Bericht des Aufsichtsrats | 8 |
| Überblick | 8 |
| Die Themen im Aufsichtsratsplenium | 8 |
| Arbeit der Ausschüsse | 10 |
| Jahres- und Konzernabschlussprüfung | 10 |
| Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2014/15 | 11 |
| Personalien – Aufsichtsrat | 11 |
| Personalien – Vorstand | 12 |
| <i>Mittelstand im Fokus: Der Schuldschein im Aufwind – eine Studie von IKB und FINANCE</i> | <i>13</i> |
| Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2014/15 | 14 |
| 1. Grundlagen des Konzerns | 15 |
| 2. Wirtschaftsbericht | 18 |
| Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen | 18 |
| Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum | 20 |
| Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage | 23 |
| Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren | 28 |
| 3. Nachtragsbericht (Ereignisse nach dem 31. März 2015) | 30 |
| Veränderungen im Konzern | 30 |
| Valin Funds | 30 |
| 4. Risikobericht | 31 |
| Risikomanagement-Organisation | 31 |
| Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit | 33 |
| Risikostrategie | 37 |
| Adressenausfallrisiken | 38 |
| Liquiditätsrisiko | 54 |
| Marktpreisrisiko | 56 |
| Operationelle Risiken | 59 |
| Risiken der Informationssicherheit | 64 |
| IT-Risiken | 65 |
| Compliance-Risiken | 65 |
| Personalrisiken | 67 |
| Strategische Risiken und Reputationsrisiken | 68 |
| Geschäftsrisiken | 68 |
| Beteiligungsrisiken | 69 |
| Gesamtaussage zur Risikosituation | 70 |
| 5. Chancenbericht | 73 |
| 6. Prognosebericht | 75 |
| Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen | 75 |
| Vermögenslage | 76 |
| Liquiditätssituation | 77 |
| Leverage Ratio | 77 |
| Ertragslage | 77 |
| Gesamtaussage | 78 |

| | |
|--|------------|
| 7. Angaben gemäß § 312 AktG | 79 |
| <i>Mittelstand im Fokus: Wachstum finanzieren – eine Analyse von IKB und Creditreform Rating</i> | <i>80</i> |
| Zusammengefasster Jahres- und Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2014/15..... | 81 |
| Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2015 | 82 |
| Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2015 | 84 |
| Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2014 bis 31. März 2015 | 86 |
| Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2014 bis 31. März 2015 | 88 |
| Konzern-Kapitalflussrechnung | 90 |
| Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung | 91 |
| Anhang und Konzernanhang | 92 |
| Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze | 92 |
| (1) Konsolidierungskreis | 93 |
| (2) Konsolidierungsgrundsätze | 94 |
| Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | 96 |
| (3) Forderungen..... | 96 |
| (4) Wertpapiere..... | 96 |
| (5) Risikovorsorge..... | 97 |
| (6) Handelsbestand | 98 |
| (7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte | 98 |
| (8) Leasingvermögen..... | 99 |
| (9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte | 99 |
| (10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 99 |
| (11) Verbindlichkeiten | 100 |
| (12) Rückstellungen..... | 100 |
| (13) Eventualverbindlichkeiten | 101 |
| (14) Derivategeschäfte | 101 |
| (15) Währungsumrechnung | 102 |
| (16) Bewertungseinheiten..... | 103 |
| (17) Latente Steuern..... | 104 |
| Erläuterungen zur Bilanz | 105 |
| (18) Laufzeitgliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten..... | 105 |
| (19) Finanzinstrumente des Handelsbestands | 106 |
| (20) Bewertungseinheiten..... | 106 |
| (21) Anlagevermögen | 107 |
| (22) Börsenfähige Wertpapiere | 109 |
| (23) Angaben zu Investmentvermögen | 110 |
| (24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen | 111 |
| (25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht..... | 111 |
| (26) Nachrangige Vermögensgegenstände | 112 |
| (27) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 112 |
| (28) Leasinggeschäft | 113 |
| (29) Wertpapierpensionsgeschäfte..... | 113 |
| (30) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung..... | 113 |
| (31) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten | 114 |
| (32) Rechnungsabgrenzungsposten | 115 |

| | |
|---|------------|
| (33) Aktive latente Steuern | 115 |
| (34) Pensionsrückstellungen | 116 |
| (35) Nachrangige Verbindlichkeiten | 116 |
| (36) Genussrechtskapital..... | 116 |
| (37) Fonds für allgemeine Bankrisiken | 117 |
| (38) Entwicklung des Kapitals | 117 |
| Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung | 122 |
| (39) Erträge nach geografischen Märkten | 122 |
| (40) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung..... | 122 |
| (41) Sonstige betriebliche Erträge | 122 |
| (42) Sonstige betriebliche Aufwendungen..... | 123 |
| (43) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen | 123 |
| (44) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen..... | 123 |
| (45) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft | 123 |
| (46) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 124 |
| (47) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen | 124 |
| (48) Sonstige finanzielle Verpflichtungen | 125 |
| (49) Außerbilanzielle Geschäfte | 126 |
| Sonstige Angaben | 128 |
| (50) Konsolidierungskreis zum 31. März 2015 | 128 |
| (51) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2015..... | 129 |
| (52) Besondere Beteiligungen | 133 |
| (53) Angabe der Abschlussprüferhonorare | 134 |
| (54) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen..... | 134 |
| (55) Patronatserklärungen | 134 |
| (56) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten | 134 |
| (57) Termingeschäfte | 135 |
| (58) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente | 135 |
| (59) Nicht realisierte Ergebnisse | 136 |
| (60) Die Vergütung des Vorstands | 139 |
| (61) Die Vergütung des Aufsichtsrats | 139 |
| (62) Bezüge des Beraterkreises | 139 |
| (63) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises | 139 |
| (64) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitärbeitskräften) | 139 |
| (65) Organe | 140 |
| Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers | 142 |

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

das Geschäftsjahr 2014/15 verlief insgesamt zufriedenstellend. Dies gilt umso mehr, als die Rahmenbedingungen sehr herausfordernd waren. Erhebliche Unsicherheiten in der europäischen Wirtschaftsentwicklung führten zu einer Investitionszurückhaltung unserer mittelständischen Kunden, das Niedrigzinsumfeld erfordert eine hohe Flexibilität in unserer strategischen Disposition und zunehmende regulatorische Auflagen verursachen einen erheblichen Aufwand an Zeit und Kosten.

In diesem Umfeld haben wir das Geschäftsjahr erneut mit einem positiven Konzernergebnis abschließen können, obwohl steigende Kosten und ein steuerlicher Sondereffekt das Ergebnis belasteten. Darüber hinaus haben wir das Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank (EZB) erfolgreich bestanden. Dabei wurden die Substanz und die Stressresistenz der Bank einem anspruchsvollen Test unterzogen.

Dieser Erfolg ist ein Qualitätssiegel für die IKB. Darüber hinaus konnten wir unsere Eigenkapitalbasis im Vergleich zu den Werten, die dem EZB-Test zugrunde lagen, weiter verbessern. Mit 10,9 % hartem Eigenkapital (CET 1) per Ende März 2015 verfügen wir über eine solide Basis. Auch unsere Verschuldungskennziffer (Leverage Ratio) liegt mit 8,5 % erheblich über dem voraussichtlich zu erwartenden aufsichtlichen Mindestwert von 3 %. Mit einer aktuellen Liquidity Coverage Ratio von 273 % liegen wir deutlich über dem ab Oktober 2015 einzuhaltenden Wert von 60 %. Unsere Liquidität sehen wir als gesichert an.

Eine wesentliche Herausforderung ist und bleibt die Bankenregulierung: Der Prozess der Schaffung der Bankenunion und die begleitenden Maßnahmen gehen in die nächste Runde. Die geplanten und möglichen Regulierungsvorhaben für Banken (z. B. das sogenannte „Basel IV“-Paket) belasten mittelgroße Institute wie die IKB in nicht unerheblichem Maße.

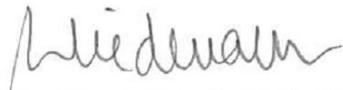
Umso wichtiger ist es, dass wir den Fokus auf unser Geschäft mit den Mittelstandskunden weiter verstärken. Für größere Unternehmen bauen wir maßgeschneiderte Finanzierungslösungen, Kapitalmarktfinanzierungen und Beratung kontinuierlich aus. Um unser Mittelstandsangebot abzurunden, bedienen wir kleinere und mittlere Unternehmen mit unserer Leasing-Tochter, die fast 20.000 Kunden betreut.

Steht der Kunde vor einer komplexen Gesamtsituation, sind wir in der Lage, innerhalb kurzer Zeit individuell passende Lösungen zu finden. Dabei gehen wir selektiv vor, um einen angemessenen Ertrag für die eingegangenen Risiken und adäquate Margen im Kreditgeschäft zu erzielen. Beides ist uns in den letzten Jahren trotz des intensiven Wettbewerbs gelungen. Engagements ohne Mittelstandsbezug bauen wir konsequent ab.

Zudem wurden die Provisionseinnahmen weiter gesteigert. Wir sind auf einem guten Weg und können mittlerweile eine große Zahl interessanter Transaktionen vorweisen, die für unsere Kunden Wert schaffen. Ein weiteres Beispiel für neue Geschäftsansätze ist die Anfang des Jahres erfolgte Auflage eines Fremdkapitalfonds, mit dem wir 475 Mio. € in den Mittelstand investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe meine Position als Vorstandsvorsitzender im Januar 2015 von Hans Jörg Schüttler übernommen. Der kurz zuvor bestandene Stresstest der Europäischen Zentralbank war für die IKB eine Zäsur. Die Bank ist vernünftig mit Liquidität ausgestattet, hat genügend Eigenkapital und das Geschäftsmodell neu aufgestellt. Mit unseren engagierten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehe ich gute Perspektiven, unser traditionelles Geschäft in intelligenter Weise mit dem Aufbruch in neue Geschäftsfelder zu verbinden und zur Stärkung des deutschen Mittelstands im internationalen Wettbewerb beizutragen.

Düsseldorf, im Juni 2015

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wiedmann', written in a cursive style.

Dr. Michael H. Wiedmann

Mittelstand im Fokus: Mittelständler aus den großen Exportbranchen haben konjunkturschwache Jahre gut bewältigt

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren trotz Krisen und Marktturbulenzen als erfreulich stabil erwiesen. Dazu haben nicht zuletzt die größeren Mittelstandsunternehmen beigetragen: Sie zeichnen sich durch ein besonders robustes Wachstum aus und sind daher eine wichtige Stütze für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Im Besonderen gilt dies für mittelgroße Unternehmen aus der Industrie und hier wiederum vor allem aus den großen Exportbranchen. Gerade Firmen aus diesen Sektoren stehen zunehmend im Blick internationaler Anleger und Finanziers, die auf der Suche nach attraktiven Engagements an der positiven Entwicklung des deutschen Mittelstands partizipieren wollen.

Im Rahmen einer Auswertung der IKB Deutsche Industriebank AG wurden insgesamt ca. 570 Industrieunternehmen mit Umsätzen in der Größenordnung von etwa 20 Mio. € bis 5 Mrd. € erfasst. Darunter befinden sich jeweils 90 Maschinenbauer und Automobilzulieferer, 55 Unternehmen aus der Elektrotechnik/Elektronik und 45 Chemiefirmen. In Summe repräsentieren die erfassten Industrieunternehmen ein Umsatzvolumen von etwa 230 Mrd. €.

Allerdings hat auch in der deutschen Industrie die wirtschaftliche Dynamik nach den expansiven Jahren 2010 und 2011 deutlich nachgelassen. Die Umsätze stagnierten in den Jahren 2012 und 2013, und erst 2014 kam es wieder zu einer leichten Belebung. Die großen Exportbranchen blieben von der Konjunkturabschwächung nicht ausgenommen: Insgesamt lagen ihre Umsätze 2013 unter oder allenfalls leicht über dem Stand von 2011. Besser haben die mittelgroßen Unternehmen speziell aus Maschinenbau, Elektroindustrie, Automobilzulieferindustrie und Chemischer Industrie (ohne Pharma) abgeschnitten; dies zeigt die IKB-Auswertung von Jahresabschlüssen 2011 bis 2013 (inklusive einiger Zwischenabschlüsse aus dem Jahr 2014).

Insgesamt lässt die Auswertung den Schluss zu, dass sich viele der mittelgroßen Unternehmen aus den bedeutenden Exportbranchen – nach zurückhaltendem Agieren in den letzten Jahren – in einer

sehr soliden finanziellen Verfassung befinden, die es ihnen erlaubt, ihre Investitionsaktivitäten auszuweiten und damit die Basis für künftiges Wachstum zu festigen. Schon 2014 gab es Anzeichen dafür, dass die Firmen wieder bereit waren, höhere Ausgaben zu tätigen, ehe dann Unsicherheiten wirtschaftlicher und politischer Natur erneut die Zuversicht dämpften. Allerdings deuten Zwischenabschlüsse zum 30. Juni bzw. 30. September 2014 darauf hin, dass die Firmen im vergangenen Jahr ihre Umsätze wieder stärker steigern konnten als in den beiden Jahren zuvor. So ergab sich in der Zulieferindustrie ein unterjähriges Umsatzplus von gut 8 % sowie im Maschinenbau und in der Elektrotechnik von jeweils gut 5 %. Gleichzeitig konnten die EBT-Margen um einen halben bis einen ganzen Prozentpunkt verbessert werden.

Diese Entwicklung sollte den Unternehmen Mut machen, grundsätzlich wieder mit größerem Optimismus in die Zukunft zu schauen, vor allem im Hinblick auf die Absatzperspektiven in den aufstrebenden Wachstumsmärkten. Für die Industrieproduktion am Standort Deutschland sind, auch unter diesem Aspekt, die Aussichten auf mittlere Sicht positiv. Die IKB erwartet zwar für 2015 nur ein moderates Produktionswachstum, doch 2016 sollte sich der Aufwärtstrend wieder verstärken. Daran sind dann vor allem auch die großen Exportbranchen beteiligt. Den stärksten Zuwachs erwartet die IKB im Rahmen ihrer aktuellen Branchenprognose im Automotive-Sektor (2,5 % im Jahr 2015 und über 3 % 2016), gefolgt von Elektroindustrie (1 % und gut 3 %) und Maschinenbau (1 % und gut 2,5 %). Für die Chemie wird mit einem Anstieg von etwa 0,5 % und 2 % gerechnet. Sollte der Abwertungsdruck auf den Euro-Wechselkurs weiter anhalten – wofür derzeit einiges spricht –, so wäre insbesondere für diejenigen Branchenfelder, die in wachsendem Umfang Absatzmärkte außerhalb der Euro-Zone beliefern, auch eine spürbar stärkere Belebung vorstellbar. Vor diesem Hintergrund geht die IKB davon aus, dass es den größeren Mittelstandsunternehmen aus diesen Sektoren gelingt, ihr überdurchschnittliches Wachstum fortzusetzen und ihre Erträge zu steigern.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2014/15 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Schwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB und die Entwicklung des Konzernrisikos insbesondere mit der Umsetzung der neuen Anforderungen der europäischen Bankenaufsicht im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie und den dazugehörigen weiteren Regelwerken (CRD IV) und den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015/16, der Mittelfristplanung und dem tatsächlichen Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2014/15.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Sitzung vor. Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsberichterstattungen gingen den Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu. Über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie Groß- oder Organkreditbeschlüsse, fasste das Aufsichtsratspräsidium Beschluss.

Im Geschäftsjahr 2014/15 hielt der Aufsichtsrat sieben Sitzungen ab. Die regulären Sitzungen fanden im Juni, September, November und März statt. Darüber hinaus kam der Aufsichtsrat im September im Anschluss an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2013/14 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Eine Telefonkonferenz im Oktober 2014 befasste sich mit den Ergebnissen des Stresstests im Rahmen des EZB-Comprehensive-Assessments. Weiter kam der Aufsichtsrat im Januar 2015 aufgrund des Ausscheidens von Herrn Hans Jörg Schüttler aus dem Vorstand zusammen. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus. In einigen Sitzungen des Aufsichtsrats waren einzelne Mitglieder entschuldigt abwesend.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

In allen Aufsichtsratssitzungen des Berichtsjahrs 2014/15 verschaffte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Hierbei erläuterte der Vorstand dem Aufsichtsrat auch, wie sich Geschäftsvolumen und Ergebnis im Konzern entwickelt hatten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Kapital- und Finanzlage sowie das Konzernrisiko. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Umsetzung regulatorischer Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank sowie von CRD IV und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

Einen Schwerpunkt der Arbeit im Aufsichtsrat bildeten die Auswirkungen der neuen europäischen Bankenaufsicht inklusive der damit einhergehenden gestiegenen regulatorischen Anforderungen sowie die Teilnahme der IKB am EZB-Comprehensive-Assessment.

In seiner Bilanzsitzung im Juni 2014 prüfte der Aufsichtsrat unter anderem den Jahres- und den Konzernabschluss sowie den Abhängigkeitsbericht. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe. Die Konzernrevision und der Chief Compliance Officer erstatteten ihre jeweiligen Jahresberichte für 2013/14. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2014 mit dem zusammengefassten Lagebericht und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2013/14. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Zudem wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013/14 beschlossen. Weitere Themen waren die schriftliche und mündliche Erläuterung der Fünfjahresplanung und der Vergütungssysteme für das Unternehmen. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die Hauptversammlung 2014 der IKB und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Des Weiteren setzte der Aufsichtsrat die variable Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013/14 fest. Die sich aus der Neufassung der Institutsvergütungsverordnung ergebenden Änderungen der Vorstandsverträge wurden beschlossen.

In seinen folgenden vierteljährlichen Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat jeweils mit der Geschäftsentwicklung und dem Konzernrisiko einschließlich der im Sanierungsplan festgelegten Sanierungsindikatoren und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der regulatorischen Kapitalsituation, insbesondere mit Blick auf die weiteren Anforderungen nach Basel III bzw. CRD IV. Gegenstand der Sitzungen war jeweils auch der Bericht der Konzernrevision. Zu diesen Themen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich.

Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich umfassend die Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung einschließlich der strategischen Weiterentwicklung der IKB.

Weitere Themen im Berichtszeitraum waren die Geschäfts- und Risikostrategie. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich zudem mit der quantitativen und qualitativen mittelfristigen Personalplanung und -entwicklung.

In organisatorischer Hinsicht befasste sich der Aufsichtsrat mit den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat und passte diese insbesondere an neue regulatorische Vorgaben an.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Aufbereitung der Krise der IKB im Geschäftsjahr 2007/08 und der Geltendmachung von etwaigen weiteren Schadenersatzansprüchen gegen Vorstandsmitglieder.

Der Sonderprüfer, Herr Dr. Harald Ring, hat seine Prüfung im Februar 2014 abgeschlossen. Der Prüfungsbericht wurde am 28. Februar 2014 dem Vorstand der IKB zugänglich gemacht. Zusammenfassend kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass den damaligen Mitgliedern des Aufsichtsrats im Zusammenhang mit den krisenauslösenden Ereignissen keine Pflichtverletzungen zur Last fallen. Für die damaligen Mitglieder des Vorstands stellt der Bericht zwar vereinzelt Pflichtverletzungen fest; nach dem Ergebnis der Sonderprüfung haben diese vereinzelt Pflichtverletzungen aber nicht oder jedenfalls nicht mit hinreichender Sicherheit zu der späteren Krise der Gesellschaft geführt. In seiner Sitzung am 17. Juni 2014 hat der Aufsichtsrat den Bericht umfassend erörtert. In diesem Zusammenhang hat der Aufsichtsrat nach gründlicher Analyse beschlossen, gegen ehemalige Vorstandsmitglieder Schadenersatzansprüche wegen des Unterlassens der Veröffentlichung einer gesetzlich vorgeschriebenen Ad-hoc-Mitteilung im Juli 2007 geltend zu machen

(Sachverhalt Anlegerklagen). Mit Schreiben vom 31. Juli 2014 hat der Aufsichtsrat sodann Schadenersatz gegenüber Herrn Braunsfeld in Höhe von 1.436.099,43 € sowie 300.329,73 USD und gegenüber Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Ortseifen in Höhe von 1.623.094,26 € sowie 300.329,73 USD geltend gemacht. Darüber hinaus kommen aufgrund der vorstehend beschriebenen Ergebnisse der aktienrechtlichen Sonderprüfung keine weitergehenden Schadenersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder in Betracht.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Risiko- und Prüfungsausschuss, den Vergütungskontrollausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium bereitete im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vor und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns einschließlich der Diskussion strategischer Aspekte. Zudem befasste sich das Aufsichtsratspräsidium mit der Vorbereitung der ordentlichen Hauptversammlung und Vorstandsangelegenheiten.

Die Arbeit des Risiko- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionssystems, der Risikostrategie und der Compliance sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. So wurden die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die Bestellung des Abschlussprüfers beraten. Der Risiko- und Prüfungsausschuss erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Nominierungsausschuss erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung am 4. September 2014. Der Nominierungsausschuss nahm im Übrigen die ihm zustehenden gesetzlichen Aufgaben wahr.

Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich mit den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und ihren Auswirkungen auf die Vergütungssysteme der IKB, insbesondere auch des Vorstands. Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich auch mit der Anpassung der Dienstverträge der Mitglieder des Vorstands an die neuen regulatorischen Rahmenbedingungen mit Fragen der Vorstandsvergütung sowie mit Fragen zu den Pensionen ehemaliger Vorstände.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss sowie für etwaige prüferische Durchsichten oder etwaige Prüfungen des Zwischenabschlusses bzw. Konzernzwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts bzw. Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2014/15 sowie aller weiteren Zwischenabschlüsse bzw. Konzernzwischenabschlüsse und Zwischenlageberichte bzw. Konzernzwischenlageberichte, die vor der ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2015 aufgestellt werden, hat die Hauptversammlung die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, gewählt. PwC hat die Jahresabschlüsse der IKB AG und des Kon-

zerns sowie den zusammengefassten Lagebericht für die IKB AG und den Konzern geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Es wurden prüferische Durchsichten des verkürzten Zwischenabschlusses und des verkürzten Konzernzwischenabschlusses jeweils zum 30. Juni 2014 sowie des verkürzten Zwischenabschlusses und des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nebst Konzernzwischenlagebericht jeweils für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2014/15 durchgeführt.

Die Prüfungen und Beratungen über den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zugehörigen zusammengefassten Lagebericht sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von PwC für das Geschäftsjahr 2014/15 im Risiko- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenium fanden am 15./16. Juni 2015 statt. Alle Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder haben diese Unterlagen rechtzeitig vor der jeweiligen Sitzung erhalten. Daher konnten sie sich rechtzeitig vor der Sitzung mit den jeweiligen Inhalten befassen. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. Juni 2015 präsentierten sie die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung unter Einbeziehung von Feststellungen zum rechnungslegungsprozessbezogenen internen Kontrollsystem und zum Risikomanagementsystem der Bank, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht vor.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 16. Juni 2015 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 27. Mai 2015 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16. Juni 2015 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2014/15

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2014/15 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 15./16. Juni 2015 haben sich zunächst der Risiko- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers bereits vor der jeweiligen Sitzung, sodass sie sich rechtzeitig mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Risiko- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. Juni 2015 berichteten sie über das Ergebnis ihrer Prüfung und standen für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 16. Juni 2015 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts zu erheben.

Personalia – Aufsichtsrat

Die Herren Stefan A. Baustert, Arndt G. Kirchhoff und Bruno Scherrer, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 4. September 2014 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversamm-

lung am 4. September 2014 erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Die Wahl erfolgte jeweils für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016/17 beschließt.

Herr Bruno Scherrer wurde in der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter wurde Frau Nicole Riggers in den Aufsichtsrat wiedergewählt. Frau Nicole Riggers wurde aus dem Kreis der Arbeitnehmer wieder zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums und zum Mitglied des Vergütungskontrollausschusses gewählt.

Herr Dr. Andreas Tuczka legte mit Wirkung zum 27. Oktober 2014, Herr Dr. Karsten von Köller mit Wirkung zum 15. Februar 2015 seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat nieder. Infolgedessen wurden die Herren Benjamin Dickgießer und William D. Young mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 17. Februar 2015 zu neuen Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Herr Dr. Karl-Gerhard Eick wurde als Nachfolger von Herrn Dr. Karsten von Köller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Herr Dr. Karl-Gerhard Eick auch Mitglied in allen Ausschüssen des Aufsichtsrats der IKB. Zudem wählten ihn die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses am 5. März 2015 als dessen neuen Vorsitzenden. Herr Benjamin Dickgießer wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 5. März 2015 zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums, des Risiko- und Prüfungsausschusses sowie des Vergütungskontrollausschusses gewählt. Herr Bruno Scherrer schied mit Wirkung zum 5. März 2015 aus dem Risiko- und Prüfungsausschuss aus.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

Personalia – Vorstand

Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Hans Jörg Schüttler, ist mit Wirkung zum Ablauf des 4. Januar 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Zum Nachfolger als Vorsitzenden des Vorstands bestellte der Aufsichtsrat mit Wirkung zum 5. Januar 2015 Herrn Dr. Michael H. Wiedmann. Am 13. Februar 2015 wurde Herr Dr. Michael H. Wiedmann für weitere drei Jahre, bis zum Ablauf des 31. Januar 2018, zum Mitglied des Vorstands der IKB bestellt und für diesen Zeitraum zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Neben Herrn Dr. Michael H. Wiedmann gehören dem Vorstand weiterhin die Herren Dr. Dieter Glüder und Claus Momburg an.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 16. Juni 2015

Der Aufsichtsrat



Bruno Scherrer

Vorsitzender

Mittelstand im Fokus: Der Schuldschein im Aufwind – eine Studie von IKB und FINANCE

In der Unternehmensfinanzierung hat der Schuldschein in den vergangenen Jahren ein beeindruckendes Comeback erlebt. Durch eine Sonderkonjunktur in der Finanzkrise wuchs der Markt im Jahr 2008 kurzfristig sogar auf über 18 Mrd. € an – selbst viele Dax-Unternehmen platzierten in dieser Ausnahmesituation Schuldscheine, als traditionelle Finanzierungsquellen verschlossen waren oder keine akzeptablen Konditionen boten. Seither hat sich der Markt auf einem hohen Niveau stabilisiert. Für viele mittelständische Unternehmen ist der Schuldschein mittlerweile ein erster Schritt, um neue Investoren über die Hausbankenfinanzierung hinaus zu gewinnen und sich im Kapitalmarkt zu positionieren.

Trotz dieser wichtigen Rolle des Schuldscheins als Finanzierungsinstrument lag bisher keine Studie vor, die systematisch die Einschätzungen von Unternehmen und Investoren erhoben hat. Um erstmals mehr Licht in den Schuldscheinmarkt zu bringen, haben IKB Deutsche Industriebank AG und FINANCE-Research eine Studie durchgeführt, an der über 400 Unternehmen und Investoren teilgenommen haben. Aus der Gegenüberstellung von Emittenten- und Investoren-Meinungen ergeben sich interessante Erkenntnisse, die Schlussfolgerungen für Marktentwicklungen zulassen.

Die Studie präsentiert aber nicht nur die Ergebnisse der Umfrage, sie erläutert auch anhand von Fallbeispielen Erfahrungen, die Kunden der IKB als Schuldschein-Emittenten gemacht haben. Sie geben Einblicke in die Finanzierungsstrategien der Unternehmen, die Motive auf Schuldscheine zu setzen, sowie die Funktionsweise einer erfolgreichen Platzierung des Schuldscheins.

Die wesentlichen Ergebnisse der Studie sind:

- *Die Diversifizierung der Finanzierungsstruktur ist das mit Abstand wichtigste Argument für die Platzierung eines Schuldscheins.*
- *Der Schuldschein weist Charakteristika auf, die vielen Mittelständlern entgegenkommen: weitgehend bekannter Investorenkreis, relativ geringe*

Vorbereitungszeit, schlanke und flexible Dokumentation, weniger restriktive Anforderungen an Rechnungslegung und Publizität.

- *Gleichwohl finanziert sich die Mehrzahl der in der Studie befragten Unternehmen zurzeit ohne Schuldschein. Denn viele Firmen haben aktuell keinen Finanzierungsbedarf oder kommen dafür aus anderen Gründen nicht in Frage (z. B. aufgrund nicht ausreichender Bonität). Deutlich mehr als jeder dritte Befragte (38,5 %), der heute noch keinen Schuldschein einsetzt, kann sich vorstellen, ihn künftig zu nutzen. Daraus lässt sich erhebliches Marktpotenzial ableiten.*
- *Der Schuldschein wird als unkompliziertes Finanzierungsinstrument eingeschätzt. Kritisch wurde lediglich die komplexe Gläubigerkoordination in einer Krise angemerkt.*
- *Die Entwicklung des Schuldscheins in der Unternehmensfinanzierung wird begünstigt von der starken Nachfrage der Investoren. Diese sehen im Schuldschein eine Möglichkeit, ihr Portfolio zu diversifizieren, und erhoffen sich einen Renditeaufschlag im aktuellen Niedrigzinsumfeld.*
- *Da Schuldscheine an keinem Markt gehandelt werden, können sie zu Anschaffungskosten bilanziert werden, was ebenfalls viele Investoren begrüßen. Schwankungen aus der Bilanzierung zu aktuellen Marktwerten lassen sich dadurch vermeiden.*
- *Sparkassen und Genossenschaftsbanken stellen die dominante Investorengruppe dar, Auslandsbanken gewinnen an Bedeutung.*
- *Die Anforderungen der Investoren an die Emittenten sind heterogen. Der Großteil der Investoren legt eher konservativ an.*

Die Bedeutung des Schuldscheins wird nach Meinung der meisten befragten Unternehmen und Investoren gleichbleiben oder zunehmen.

Die IKB hat in den vergangenen Jahren über 50 mittelständische Unternehmen teilweise mehrfach bei Schuldschein-Emissionen begleitet.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2014/15

1. Grundlagen des Konzerns

Das Geschäftsmodell der IKB ist auf den Mittelstand konzentriert. Dabei begleitet die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB, als Synonym für den Konzern, und IKB AG für die Einzelgesellschaft) mittelständische Unternehmen in Deutschland und Europa mit der Vergabe von Krediten, bietet ihnen umfassende Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen an, unterstützt beratend auch bei Fragen des Risikomanagements und stellt Instrumente für das Management von Marktrisiken zur Verfügung. Das Leasinggeschäft über die Tochter IKB Leasing ergänzt die Finanzierungspalette der IKB und erweitert die Zusammenarbeit auch auf eine Vielzahl kleinerer Unternehmen des Mittelstands. Neben dem Finanzierungsangebot aus eigenen Mitteln erschließt die IKB als Spezialist ihren Kunden den Zugang zu Förderprogrammen und zunehmend auch die bankunabhängige Refinanzierung über den Kapitalmarkt oder durch Kreditfonds. Seit ihrer Gründung im Jahr 1924 ist die IKB als unabhängige Privatbank eng mit den deutschen Unternehmen und Unternehmern verbunden und hatte sich vor allem auf langfristige Finanzierungen für wachstumsstarke Unternehmen und anspruchsvolle Projekte spezialisiert. Das Geschäftsmodell der Bank basiert auf diesen langjährigen und stabilen Kundenbeziehungen sowie einem ausgeprägten Verständnis für Mittelstandsthemen. In den Jahren seit der Krise der IKB wurde das Geschäftsmodell wieder auf den Mittelstand fokussiert und um wesentliche Dienstleistungen für diese Unternehmen erweitert.

Die Restrukturierungsmaßnahmen aus den Nachkrisenjahren des IKB-Konzerns sowie die Anpassungen des Geschäftsmodells zeigen zunehmend positive Resultate. Das Institut weist vor allem wieder eine solide Kernkapitalbasis auf. Das hat sich auch im Comprehensive Assessment bestätigt, das die Europäische Zentralbank (EZB) durchgeführt und an dem die IKB teilgenommen hat – vgl. hierzu auch die Ausführungen in den Kapiteln 2. „Wirtschaftsbericht“ und 4. „Risikobericht“. Bereits das damals (Stichtag des EZB-Stresstests: 31. Dezember 2013) vorhandene Kernkapital hat in allen Tests mit Abstand ausgereicht. Die harte Kernkapitalquote wurde danach weiter erhöht.

Die IKB ist mittlerweile ein Institut, das auf eine stabile und diversifizierte Einlagenbasis zur Refinanzierung zurückgreifen kann. Nimmt man die Nutzung von Förderprogrammen für den Mittelstand hinzu, dann hat sich die Kapitalmarktabhängigkeit – wie sie in Zeiten vor der Finanzkrise bestand – fast vollständig abgebaut.

Die IKB konzentriert sich auf das Kundengeschäft und ihre Aktivitäten im Bereich von Beratung, Kapitalmarkt, Kredit- und Asset-Management. Durch ihren integrierten Geschäftsansatz aus Regionalvertrieb, Industriegruppen und Produktgruppen wird eine lösungsorientierte, hochwertige Beratung für die Kunden sichergestellt. Im Zielkundensegment ist es der IKB gelungen, Neukunden zu akquirieren und aktive Kundenbeziehungen auszubauen. Die Zielkunden der IKB sind überwiegend dem industriellen Mittelstand zugehörig, häufig wachstumsstarke Unternehmen, die in den nächsten Jahren nach den Erwartungen der IKB ihren Umsatz ausbauen werden und sich zudem bereits stark internationalisiert haben.

Die IKB verfügt über ein Vertriebsnetz aus Standorten der IKB AG und der IKB Leasing-Gruppe, das alle Regionen Deutschlands abdeckt. Der inländische Vertrieb wird durch ausgewählte europäische Standorte ergänzt. Die IKB Leasing-Gruppe ist mit 14 Leasing-Gesellschaften in zehn europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechien, Ungarn) tätig.

Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland hatte die Bank einen Marktanteil von rd. 4,5 % zum 31. Dezember 2014. Bei der Vergabe von gewerblichen Förderkrediten lag der Marktanteil der IKB zum gleichen Zeitpunkt bei rd. 9 %. Ferner ist es der IKB gelungen, ihre Syndizierungs- und Platzierungskompetenz für den Mittelstand im Kapitalmarktgeschäft zu nutzen und weiter auszubauen. Stärkste Wettbewerber der IKB AG sind große Universalbanken sowie einige größere Institute

aus dem öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor. Im Hinblick auf Akquisitionsfinanzierungen arbeitet die IKB mit Private-Equity-Häusern zusammen.

Die IKB erschließt für ihre Kunden auch Finanzierungslösungen, die unabhängig von ihrer eigenen Bilanz genutzt werden können. Dazu zählt zum einen die Begleitung von Unternehmen bei ihrem teils ersten Kapitalmarktauftritt, der auch zunächst in der Begebung von Schuldscheinen bestehen kann. Zum anderen hat die IKB zusammen mit einer Reihe von Investoren, die nicht dem Bankenbereich entstammen, Fondslösungen (Valin Funds) aufgebaut, die Unternehmen finanzieren und damit ebenfalls unabhängig vom Bankkredit machen. Die interessierten Unternehmen können so sowohl auf sehr langfristige Finanzierungen als auch auf Nachrangmittel zurückgreifen.

Nach der Gründung der Bankenunion und damit der Übernahme der Bankenaufsicht durch die EZB ist die IKB wie folgt eingestuft:

- Es erfolgt keine direkte Aufsicht durch die EZB.
- Die IKB wird durch die BaFin beaufsichtigt und ist aufgrund ihrer Einstufung nach dem Kreditwesengesetz aufgefordert worden, einen Sanierungsplan zu erstellen.

Das Geschäftsmodell der IKB wird wesentlich durch die Rahmenbedingungen beeinflusst, die die Bankenregulierung durch eine Vielzahl von Vorschriften setzt. Bislang hat sich auch für das Geschäftsmodell der IKB abgezeichnet, dass

- eine Versorgung der Kunden mit Finanzierungsmitteln in zunehmendem Maße über alternative Finanzierungskanäle organisiert wird,
- die Kreditlaufzeiten in der Unternehmensfinanzierung sich insgesamt verkürzen, obwohl seitens der Unternehmen entsprechende Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen vorhanden ist,
- die Absicherung mit Derivaten für Unternehmen teurer wird,
- die Zurverfügungstellung von kurzfristig abrufbarer Liquidität sich verteuern wird,
- sich aufgrund erhöhter Kapitalerfordernisse und der notwendigen Preisdisziplin auch für die Kunden höhere Kreditkosten ergeben,
- die Finanzierung über Einlagen ein wesentlicher Baustein sein muss,
- vor allem Unternehmenskredite im Wesentlichen aus Einlagen refinanziert werden, soweit sich keine Förderprogramme einsetzen lassen.

Nunmehr wird quasi in einer zweiten Phase der Neuregulierung verstärkt das Geschäftsmodell der Banken und die Governance bewertet sowie individuell die Höhe des erforderlichen Kapitals und der Liquidität ökonomisch überprüft werden. Generell möchte die Aufsicht auf Basis umfassender Informationen frühzeitiger in das Geschehen eingreifen können. Hinzu kommt, dass fortlaufend die Sanierungs- und Abwicklungsfähigkeit überwacht wird und neue Kapitalanforderungen in Form einer „Bail-in“-Quote entstehen werden. Die deutlich steigenden Meldeanforderungen verbinden sich mit Anforderungen an die Qualität (Genauigkeit, Sicherheit, Schnelligkeit) der Informationssysteme, die die Aufsicht vorgibt und die auf die Bankprozesse und die IT-Architektur tiefgreifend zurückwirken.

Aus der Regulierung entstehen erhebliche Belastungen, die auch das Geschäftsmodell beeinflussen. Eine Belastung ergibt sich aus dem höchst komplexen, teils widersprüchlichen Zielsystem für die Gesamtbanksteuerung, das sich aus den verschiedenen Regulierungen entwickelt hat und weiter entwickeln wird. Für kleinere Banken zeichnen sich an vielen Stellen Größennachteile ab. Regulatorische Vorgaben berühren mittlerweile fast alle Bereiche/Prozesse bzw. sind eingewoben in die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation. Deshalb bleiben für das Geschäftsmodell eine hohe Kostendisziplin, insbesondere auch bei der Um-

setzung von Regulierungsvorgaben, eine Optimierung der risikogewichteten Aktiva und eine Antizipation möglicher zukünftiger Regulierung von hoher Relevanz. Hinzu kommt eine erhöhte Bedeutung der IT-Sicherheit und des Aufbaus einer IT-Architektur, die ein flexibles und zeitnahe Berichtswesen vor allem auch für die Bankenaufsicht effizient gewährleisten.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im Sommer 2014 merklich verlangsamt. Insbesondere geopolitische Konflikte belasteten die weltweite Konjunktur zur Mitte des Jahres. Damit blieb die globale Dynamik im historischen Vergleich unterdurchschnittlich.

In den Schwellenländern hat sich das Bild weiter differenziert. Die rohstoffreichen Schwellenländer leiden seit der zweiten Jahreshälfte unter den deutlich gesunkenen Energie- und Rohstoffpreisen. Hinzu kommen zahlreiche Emerging Markets mit einem hohen wirtschaftspolitischen Reformbedarf. In Russland wirkt sich zudem der politische Konflikt mit dem Westen in Verbindung mit den gegenseitigen Sanktionen negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung, das Investorenvertrauen und die eigene Währung aus. Die Dynamik in China hat sich ebenfalls verlangsamt, liefert aber aufgrund des zunehmenden Gewichts weiterhin bedeutende globale Wachstumsimpulse.

Bei den Industrieländern sind es weiterhin vor allem der Euro-Raum und Japan, die sehr wenig zur globalen Wirtschaftsdynamik beitragen. Dagegen verzeichneten die USA und Großbritannien robuste Zuwachsraten und einen beschleunigten Beschäftigungsaufbau. Die Erholung in diesen Ländern ist weiter fortgeschritten als im Euro-Raum und wird von der verbesserten Vermögensposition der privaten Haushalte, einem relativ gut kapitalisierten Bankensektor und einer weiterhin sehr expansiven Geldpolitik getragen. Die Euro-Zone konnte zwar 2014 erstmals seit 2011 wieder wachsen, aber die Dynamik des Bruttoinlandsprodukts (BIP) blieb mit einem Zuwachs von 0,9 % moderat. Dämpfend auf die Konjunktur wirkten im Sommerhalbjahr die Unsicherheiten um die Ukraine sowie die damit verbundenen gegenseitigen Wirtschaftssanktionen im Zusammenhang mit dem politischen Konflikt mit Russland. Dagegen brachten der niedrige Ölpreis und die Euro-Abwertung Impulse für die Konjunktur, die sich allerdings erst im Verlauf von 2015 vermehrt auswirken sollten. Auch blieben 2014 negative Effekte auf die Euro-Konjunktur angesichts der Verhandlungen mit Griechenland um neue Hilfsprogramme und damit einhergehende Befürchtungen um einen „Grexit“ (Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion) aus.

In den für die IKB bedeutenden Regionen hat sich die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls differenziert dargestellt. So befindet sich die Wirtschaft Großbritanniens seit Anfang 2013 im Aufschwung. Das BIP expandierte 2014 mit einer Wachstumsrate von 2,6 % gegenüber dem Vorjahr. Italien und Frankreich blieben dagegen weiter wachstumsschwach. So gelang der französischen Wirtschaft nur ein BIP-Plus von 0,4 %, und Italiens BIP schrumpfte erneut mit -0,4 %. Positiver dagegen stellt sich die Situation in Spanien dar. Hier konnte die Wirtschaft erstmals seit 2008 wieder expandieren und erzielte ein BIP-Wachstum von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Die deutsche Gesamtwirtschaft legte 2014 mit einem Plus von 1,6 % zu. Dabei hatte die Konjunktur nach der Schwächephase über weite Strecken des Jahres 2014 noch vor dem Jahreswechsel wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Mit der Abwertung des Euro und dem Ölpreisverfall, die gegen Jahresmitte 2014 einsetzten und sich zum Jahresende spürbar verstärkten, haben sich einige Eckwerte des Umfelds für Deutschland erheblich verbessert. In der Folge wurde die Industrieproduktion ausgeweitet. Die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung beruhte aber vor allem auf dem Inlandsmarkt. Ein besonders kräftiger Impuls kam hier vom Privaten Verbrauch. Das ohnehin vorteilhafte Konsumumfeld mit spürbaren realen Entgeltzuwächsen und hoher Beschäftigung verbesserte sich durch die Energiepreiserückgänge zusätzlich. Von den Ausrüstungsinvestitionen sind im Jahresverlauf dagegen nur wenige Impulse gekommen; demgegenüber wurde auch bedingt durch die niedrigen Zinsen mehr in Bauten investiert.

Die geldpolitische Ausrichtung in den Industrieländern stellte sich im Verlauf des Jahres wie folgt dar: In den USA wurde aufgrund der konjunkturellen Erholung das Ankaufprogramm für Wertpapiere schrittweise been-

det. Der US-Leitzins liegt weiter an der Nullprozentmarke. Eine Anhebung wird in der zweiten Jahreshälfte 2015 erwartet. Die Bank von England hat bereits seit Juli 2012 das Volumen der angekauften Wertpapiere nicht mehr erhöht. Der Leitzinssatz liegt weiterhin bei 0,5 % und wird 2015 voraussichtlich ebenfalls angehoben.

Die EZB hat von Oktober 2013 bis Oktober 2014 eine umfassende Bestandsaufnahme der Bilanzen systemrelevanter Banken inklusive eines Stresstests durchgeführt (Comprehensive Assessment), mit dem Ziel, Schwachstellen im europäischen Bankensektor zu identifizieren. Von den 130 teilnehmenden Instituten bestand nur bei 13 Instituten – darunter kein deutsches – bei Bekanntgabe der Ergebnisse im Oktober 2014 noch ein Kapitalbedarf, der zu decken war. Mit dem vorliegenden Ergebnis sollte der Großteil der europäischen Banken auch gegenüber verschiedenen Stressereignissen gut gerüstet sein.

Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur hat die EZB im Euro-Raum im September 2014 den Hauptrefinanzierungssatz auf 0,05 % und den Einlagensatz auf -0,20 % gesenkt. Zudem wurden verschiedene Aufkaufprogramme beschlossen. Am 22. Januar 2015 kündigte der EZB-Rat aufgrund der zunehmenden Besorgnis über die Preisstabilität ein erweitertes Ankaufprogramm für Vermögenswerte an, das auch den Kauf von Staatsanleihen umfasst. Das Programm ist im März 2015 mit 60 Mrd. € pro Monat gestartet. Es ist beabsichtigt, die monatlichen Käufe in diesem Umfang bis Ende September 2016 durchzuführen. In jedem Fall aber solange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit dem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erreichen.

Ausschlaggebend für die Entscheidung, die Geldpolitik weiter zu lockern, war der bis zuletzt kontinuierliche Rückgang der Inflationsraten im Euro-Raum. Zudem waren im Verlauf von 2014 die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen weiter gesunken und es war davon auszugehen, dass die jährlichen HVPI-Inflationsraten (HVPI – Harmonisierter Verbraucherpreisindex) wegen der gedämpften Energiepreisentwicklung kurzfristig niedrig oder negativ sein werden. Zum anderen hatte das bisherige Ausmaß an geldpolitischer Akkommodierung nicht ausgereicht, um den erhöhten Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation ausreichend zu begegnen. Dennoch wurde gerade in Deutschland das Aufkaufprogramm zum Teil scharf kritisiert und auf die Risiken – wie z. B. mögliche Marktverzerrungen, Blasenentstehung auf Vermögensmärkten und der sich abschwächende Reformdruck zur Haushaltskonsolidierung – hingewiesen.

Der Außenwert des Euro hat sich infolge der verschiedenen EZB-Maßnahmen und insbesondere mit der Ankündigung des Aufkaufprogramms im Januar 2015 spürbar abgeschwächt. Die geldpolitische Divergenz geht mit erheblichen Verschiebungen bei den Wechselkursen einher. Zuletzt kamen einige europäische Währungen unter starken Aufwertungsdruck gegenüber dem Euro. Die Schweizer Nationalbank gab im Januar überraschend die Untergrenze von 1,20 Franken je Euro, die sie seit dem Sommer 2011 verteidigt hatte, auf. In der Folge pendelte der Franken um die Parität zum Euro.

Die Kreditvergabe an Unternehmen in der Euro-Zone entwickelte sich 2014 weiter sehr verhalten. Sie war anhaltend rückläufig, zeigt aber zum Ende des Jahres die Tendenz zur Stabilisierung. So ist sie insbesondere in den IKB-relevanten Ländern wie Italien und Spanien anhaltend schwach. In Frankreich und Deutschland ist der Rückgang der Unternehmenskredite zumindest zum Stillstand gekommen, und die Entwicklung ist in der Tendenz wieder aufwärtsgerichtet. Dennoch blieb auch hier das Firmenkundenkreditgeschäft der Banken vor dem Hintergrund einer weiterhin gedämpften Investitionstätigkeit verhalten. Außerdem konnte ein großer Teil des Gesamtfinanzierungsbedarfs der deutschen Unternehmen aus erwirtschafteten Eigenmitteln bestritten werden oder die Unternehmen griffen weiterhin auch auf alternative Finanzierungsquellen wie den Kapitalmarkt zurück. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist.

Ungeachtet des insgesamt positiven Ergebnisses des Comprehensive Assessments der EZB sieht sich der Bankensektor jedoch weiterhin großen Herausforderungen gegenüber. Nachdem die Erträge in der Branche rückläufig waren, ist auch im laufenden Jahr der Spielraum begrenzt, die Profitabilität zu erhöhen. Auf der

Kostenseite belasten Restrukturierungsmaßnahmen und die verschärften regulatorischen Anforderungen. Die Nachfrage nach bankspezifischen Produkten wie Unternehmenskrediten bleibt verhalten; zudem ermöglicht die reichliche Liquiditätsbereitstellung den Unternehmen, alternative Finanzierungsquellen über den Kapitalmarkt zu nutzen. Auch sind gerade in Deutschland viele Unternehmen so gut aufgestellt, dass sie ihre Investitionen zu großen Teilen aus Eigenmitteln finanzieren konnten. Darüber hinaus wirkt sich das extrem niedrige Zinsniveau zunehmend negativ auf die Margenentwicklung vieler Institute aus. Zusammen mit den zahlreichen regulatorischen Vorschriften nimmt der Ertragsdruck in Verbindung mit einem intensiven Wettbewerb weiter zu. Es bedarf der Anpassung der geschäftspolitischen Ausrichtung, um die Profitabilität nachhaltig zu verbessern und damit Spielräume für eine kontinuierliche Stärkung der Kapitalbasis zu schaffen.

Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Teilnahme der Bank am Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank

Die IKB hat an der umfassenden Bankenprüfung der EZB (Comprehensive Assessment) teilgenommen. Diese Prüfung umfasste eine aufsichtliche Risikobewertung, eine Bilanzprüfung und einen Stresstest.

Die EZB hat am 26. Oktober 2014 die finalen Ergebnisse ihrer europaweiten mehrstufigen Überprüfung von 130 europäischen Banken (Comprehensive Assessment) veröffentlicht. Ziel der EZB war die Aufdeckung von Risiken und Schwachstellen der Banken, bevor sie ab dem 4. November 2014 die einheitliche Bankenaufsicht im Euro-Raum übernommen hat. Wesentliche Elemente des Comprehensive Assessments waren die Prüfung der Qualität der zum 31. Dezember 2013 vorhandenen Bankaktiva im Rahmen des Asset Quality Reviews (AQR) sowie ein zukunftsgerichteter Stresstest, der die Widerstandsfähigkeit der Banken unter verschärften Rahmenbedingungen untersuchen sollte. Der Stresstest umfasste zwei unterschiedliche Szenarien. Im Basis-Szenario (Baseline Scenario) des Stresstests wurde ein typischer Konjunkturverlauf über einen Zeitraum von drei Jahren simuliert, während das Stress-Szenario (Adverse Scenario) von einer schweren Wirtschaftskrise im Euro-Raum ausging. Die EZB hat eine Benchmark von 8 % für die harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote) für den AQR, bezogen auf den Stichtag 31. Dezember 2013, festgelegt. Für den Stresstest galt im Baseline Scenario ebenfalls eine Benchmark von 8 % CET 1 und im Adverse Scenario eine Benchmark von 5,5 % CET 1, in beiden Szenarien allerdings mit einer gegenüber dem AQR abweichenden Kapitaldefinition. Für den Stresstest galten sowohl die Kapitaldefinition als auch die Kapitalanforderungen, die sich unter Berücksichtigung der ratierlichen Phase-in-Regelungen der CRR (Capital Requirements Regulation) für den dreijährigen Betrachtungshorizont ergeben. Die Aufsatzwerte des Stresstests wurden durch den sogenannten Join-up-Prozess um die Ergebnisse des AQR angepasst.

Die IKB hat das Comprehensive Assessment erfolgreich abgeschlossen. Die IKB war zum 31. Dezember 2013 mit einer CET 1-Quote von 9,36 % in das Comprehensive Assessment gestartet. Durch die AQR-Ergebnisse kam es für Zwecke des Comprehensive Assessments zu einer Adjustierung der CET 1-Quote um 31 Basispunkte auf 9,05 %. Im Baseline Scenario des Stresstests erreichte die IKB eine CET 1-Quote von 8,69 % und im Adverse Scenario eine CET 1-Quote von 6,53 %. Aufgrund der erreichten Comprehensive-Assessment-Ergebnisse waren auch bereits per 31. Dezember 2013 keine Kapitalmaßnahmen notwendig.

Hervorzuheben ist, dass die von der EZB für die Zwecke des Asset Quality Reviews zugrunde gelegte Methodik zum Teil deutlich von handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätzen abgewichen ist. Die dem AQR zugrunde liegende Methodik dient ausschließlich der Beurteilung der Kapitalausstattung durch die EZB. Die IKB hat die ihr mitgeteilten Prüfungsergebnisse aus dem AQR auf Auswirkungen auf die Rechnungslegung untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Anpassungen vorzunehmen sind.

Die IKB ist auch nach dem 4. November 2014 unter der direkten Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank verblieben, da sie nicht als bedeutendes Institut im Sinne des Art. 6 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 (Single Supervisory Mechanism-/SSM-Verordnung) eingestuft worden ist.

Unterjährige Berücksichtigung von Zwischenergebnissen in den Eigenmitteln

Zum 31. März 2014 betrug die CET 1-Quote der IKB-Institutsguppe nach Feststellung des Konzernabschlusses 10,4 %. Die IKB hat per 30. Juni 2014 eine Zurechnung der Zwischengewinne des ersten Quartals des Geschäftsjahres 2014/15 zum harten Kernkapital (CET 1) vorbehaltlich der Erlaubnis der BaFin vorgenommen. Die BaFin hat die gemäß Art. 26 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation – CRR) erforderliche Erlaubnis zur stichtagsgleichen Zurechnung der Zwischengewinne zum harten Kernkapital erteilt. Berechnet nach den Bestimmungen der CRR, die zum 1. Januar 2014 gelten, und dem aktuellen Interpretationsstand der European Banking Authority (EBA), wies die IKB-Institutsguppe bei Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses zum 30. September 2014 eine harte Kernkapitalquote von 11,4 % (inklusive Zwischengewinnen zum 30. Juni 2014) aus.

Einstufung als potenziell systemgefährdendes Institut

Die IKB wurde von der BaFin und der Deutschen Bundesbank gemäß § 47 Kreditwesengesetz (KWG) a.F. als sogenanntes potenziell systemgefährdendes Kreditinstitut eingestuft und aufgefordert, wie alle anderen als potenziell systemgefährdend eingestuften Institute einen Sanierungsplan nach § 47a KWG a.F. zu erstellen. Die IKB hat den Sanierungsplan im Juli 2014 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingereicht. Der Sanierungsplan wird zukünftig fortlaufend an geänderte gesetzliche und aufsichtsbehördliche Anforderungen anzupassen sein.

Veränderungen im Konzern

Die Zweckgesellschaft German Mittelstand Equipment Finance S.A. wurde zum 30. September 2014 erstmals im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Ankauf von Leasingforderungen von Konzernunternehmen der IKB.

Die IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH wurde zum 30. September 2014 als Tochterunternehmen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Die IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, die IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, die IKB Beteiligungsgesellschaft 4 mbH und die IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH wurden zum 30. November 2014 als Tochterunternehmen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Sie dienen dem Erwerb, Halten und der Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen sowie der Verwaltung des eigenen Vermögens.

Die Gesellschaft European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS wurde erstmalig zum 31. März 2014 als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss aufgenommen. Im Juni 2014 erlangte die IKB AG mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf den Investmentfonds, weshalb die European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert in den Konzernabschluss einbezogen wurde. Die Übergangskonsolidierung endete im November 2014 mit der Liquidation der Gesellschaft und deren Entkonsolidierung im Konzernabschluss.

Die von der IKB Equity Capital Fund GmbH, einem Tochterunternehmen der IKB AG, an der Oechsler AG, Ansbach, gehaltene Beteiligung wurde im Februar 2015 veräußert.

Rechtlich relevante Ereignisse

Ergebnisse der aktienrechtlichen Sonderprüfung

Anfang September 2014 hat der aktienrechtliche Sonderprüfer seinen Abschlussbericht zum Handelsregister eingereicht. Die IKB hat den Bericht außerdem auf ihrer Internetseite zur Einsicht bereitgestellt. Ausführ-

lichere Darstellungen zu den Ergebnissen der aktienrechtlichen Sonderprüfung befinden sich im Kapitel 4. „Risikobericht“, Unterkapitel „Rechtsrisiken“. Der Sonderprüfungsbericht wird Gegenstand der Tagesordnung der Hauptversammlung 2015 sein.

Debt Issuance Programme

Das Debt Issuance Programme wurde zum 28. November 2014 aktualisiert. Dieses Programm wurde seitdem für verschiedene Neuemissionen genutzt.

Personalia

Aufsichtsrat

Die Herren Stefan A. Baustert, Arndt G. Kirchhoff und Bruno Scherrer, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 4. September 2014 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 4. September 2014 erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 4. September 2014 erfolgte die Wiederwahl von Herrn Bruno Scherrer zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Turnusgemäß schied mit Ablauf der Hauptversammlung am 4. September 2014 Frau Nicole Riggers aus dem Aufsichtsrat aus. Sie wurde von den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat wiedergewählt. Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 4. September 2014 Frau Nicole Riggers zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums und des Vergütungskontrollausschusses wiedergewählt.

Im Berichtszeitraum gab es zwei Amtsniederlegungen von Aufsichtsratsmitgliedern. Herr Dr. Andreas Tuczka hat sein Amt mit Wirkung zum 27. Oktober 2014 und Herr Dr. Karsten von Köller hat sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum 15. Februar 2015 niedergelegt. Daraufhin wurde Herr Dr. Karl-Gerhard Eick, Mitglied des Aufsichtsrats seit dem 5. September 2013, mit Wirkung ab dem 16. Februar 2015 zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender ist Herr Dr. Karl-Gerhard Eick als Nachfolger von Herrn Dr. Karsten von Köller auch Mitglied in allen Ausschüssen des Aufsichtsrats der IKB geworden. Zudem haben ihn die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses am 5. März 2015 als dessen neuen Vorsitzenden gewählt.

Auf Antrag des Vorstands sind anstelle der beiden ausgeschiedenen Mitglieder die Herren Benjamin Dickgießer und William D. Young durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 17. Februar 2015 bis zum Ablauf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung als Mitglieder des Aufsichtsrats der IKB bestellt worden.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 5. März 2015 beschlossen, Herrn Benjamin Dickgießer anstelle des ausgeschiedenen Herrn Dr. Andreas Tuczka zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums und des Vergütungskontrollausschusses zu wählen. Im Risiko- und Prüfungsausschuss gab es einen weiteren personellen Wechsel. Herr Bruno Scherrer schied zum 5. März 2015 aus diesem Gremium aus, und Herr Benjamin Dickgießer wurde auch hier zum neuen Mitglied gewählt.

Vorstand

Der bisherige Vorstandsvorsitzende Hans Jörg Schüttler hat sein Amt als Vorstand der Bank mit Wirkung zum Ablauf des 4. Januar 2015 niedergelegt. Daraufhin hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Michael H. Wiedmann mit Wirkung vom 5. Januar 2015 zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Am 13. Februar 2015 wurde Herr Dr. Michael H. Wiedmann für weitere drei Jahre, bis zum Ablauf des 31. Januar 2018, zum Mitglied des Vorstands der IKB bestellt und für diesen Zeitraum zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Ordentliche Hauptversammlung am 4. September 2014

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB für das Geschäftsjahr 2013/14 fand am 4. September 2014 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung wurden der Bank nicht zugestellt.

Valin Funds

Der am 3. Juni 2014 durch die IKB gegründete Investmentfonds Valin Mittelstand Senior Debt Fund S.A., SICAV-SIF, wurde im Januar 2015 mit Kapitalzusagen von Investoren in Höhe von rd. 475 Mio. € erfolgreich geschlossen. Investoren sind deutsche und ausländische institutionelle Anleger, die die Wahl haben, direkt in Aktien des Fonds oder in Schuldverschreibungen mit Rating zu investieren. Die Anlagestrategie des Fonds sieht vor, Senior Loans deutscher Mittelstandsunternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 250 Mio. € für das Portfolio zu erwerben. Die IKB fungiert als Investment-Manager des Fonds, der seine Investitionstätigkeit im April 2015 aufgenommen hat. Zu weiteren Einzelheiten wird auf Kapitel 3. „Nachtragsbericht“ verwiesen.

Rio Debt Holdings

Die Bank hat im Dezember 2014 durch ihr Luxemburger Tochterunternehmen IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l. das Mezzanine Loan angekauft, das die LSF Aggregated Lendings S.à.r.l., eine Gesellschaft der Lone Star Funds-Gruppe, an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited vergeben hatte. Das Geschäft wurde zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Das Mezzanine Loan, das bis auf einen US-Dollar getilgt ist, berechtigt die IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l. zum Erhalt von 20 % aller noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen auf Wertpapiere aus dem Rio-Portfolio. Die übrigen 80 % aller noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen auf Wertpapiere aus dem Rio-Portfolio stehen der IKB Invest GmbH als Junior Lender zu.

Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung

Die IKB wurde gegen Ende des Geschäftsjahres 2014/15 von der Finanzverwaltung darüber informiert, dass diese eine abweichende Auffassung zur Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG im Zusammenhang mit der unterjährig erfolgten Kapitalerhöhung der IKB AG und dem anschließenden Verkauf der IKB-Anteile der KfW an Lone Star im Geschäftsjahr 2008/09 vertritt und entsprechende Steuerbescheide zu erlassen beabsichtigt.

Weitere Ausführungen im Zusammenhang mit der abweichenden Auslegung der §§ 8c KStG/10a GewStG finden sich im Kapitel 4. „Risikobericht“, Unterkapitel „Rechtsrisiken“ und im Kapitel 5. „Chancenbericht“.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die nachstehenden Aussagen sowohl für den Konzernlagebericht (Konzern) als auch für den Lagebericht der IKB AG (IKB AG).

Geschäftliche Entwicklung

Trotz verhaltener Kreditnachfrage am Markt und der selektiven Kreditvergabe durch die IKB stieg das Neugeschäftsvolumen des Konzerns im Geschäftsjahr 2014/15 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mrd. € auf 3,2 Mrd. €. Vom Neugeschäftsvolumen entfällt der überwiegende Anteil auf die IKB AG. Im Berichtszeitraum lag der Eigenmittelkreditanteil am Neugeschäftsvolumen bei 55 % (Vorjahr: 39 %), der Fördermittelkreditanteil bei 27 % (Vorjahr: 36 %) und der Mobilienleasinganteil bei 19 % (Vorjahr: 25 %).

Der trotz des gestiegenen Neugeschäftsvolumens rückläufige Bestand der Forderungen gegenüber Kunden liegt im Rahmen der Erwartungen des Vorjahres. Aufgrund der positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten

ten konnten erwartungsgemäß per saldo Bewertungsgewinne durch Veräußerungen von Finanzinstrumenten realisiert werden.

Ertragslage

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2014/15 einen Konzernüberschuss nach Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €) erzielt. Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, die das Ergebnis als Aufwand belastet, betrug im Geschäftsjahr 2014/15 5 Mio. € (Vorjahr: 402 Mio. €).

Wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage hatten der Zins- und Leasingüberschuss in Höhe von 290 Mio. € (Vorjahr: 310 Mio. €), das Sonstige Ergebnis nach der aufwandswirksamen Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB mit einem Ertrag in Höhe von 161 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. € Aufwand) und Steueraufwendungen in Höhe von 120 Mio. € (Vorjahr: 133 Mio. € Steuerertrag).

In der IKB AG lag der Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag nach Steuern gegenüber dem Vorjahr inklusive Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB unverändert bei 0 Mio. €.

Wesentliche Gründe für die erneut positive Ertragslage des Konzerns und der AG ist die weiterhin allgemein für die IKB vorteilhafte Lage an den Kapitalmärkten, die von der Bank zur Realisierung von Marktwertgewinnen genutzt wurde, und das leicht rückläufige Zinsniveau, das sich positiv auf den Zinsaufwand ausgewirkt hat. Nachdem die deutsche Wirtschaft zum Jahresende 2014 wieder Fahrt aufgenommen hat und die deutsche Exportwirtschaft durch die Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar positiv beeinflusst wurde, hat sich die Investitionstätigkeit der Wirtschaft erhöht. Dies trug zum Wachstum der Geschäftstätigkeit der IKB bei.

Zins- und Leasingüberschuss

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und -aufwendungen, laufende Erträge aus Finanzinstrumenten, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Close-Out-Zahlungen für vorzeitige Auflösungen von Derivategeschäften des Bankbuchs im Rahmen der laufenden Portfoliopflege. Der Leasingüberschuss (nur Konzern) setzt sich zusammen aus Leasingerträgen, -aufwendungen und -abschreibungen.

Der Zins- und Leasingüberschuss des Konzerns lag wie prognostiziert im Berichtszeitraum unter dem Vorjahreswert von 310 Mio. €; der Rückgang fiel mit 20 Mio. € auf 290 Mio. € jedoch moderat aus. 14 Mio. € des Rückgangs erklären sich aus der erforderlichen, rückwirkenden Erstanwendung der am 4. Mai 2015 veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung des Bankenfachausschusses zur handelsrechtlichen Behandlung von Kreditderivaten im Nichthandelsbestand (neue Fassung) vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW RS BFA 1 n.F.).

Der Zinsüberschuss der IKB AG lag aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr höheren Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften an die IKB AG im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 349 Mio. € (Vorjahr: 233 Mio. €). Der Zinsüberschuss liegt damit deutlich über dem erwarteten Niveau.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss im Konzern lag mit 42 Mio. € (IKB AG: 46 Mio. €) über dem Vorjahreswert in Höhe von 29 Mio. € (IKB AG: 38 Mio. €). Die Provisionserträge konnten im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft, den Financial-Markets-Aktivitäten und Beratung wie erwartet erhöht werden.

7 Mio. € des Anstiegs erklären sich aus der erforderlichen, rückwirkenden Erstanwendung des am 4. Mai 2015 veröffentlichten IDW RS BFA 1 n.F.

Insgesamt konnte der Provisionsüberschuss im Konzern wie erwartet deutlich gesteigert und in der IKB AG hingegen nur leicht erhöht werden.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand umfasst folgende Posten: Personalaufwand, Anderer Verwaltungsaufwand sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der Personalaufwand im Konzern ist um 22 Mio. € auf 183 Mio. € angestiegen (IKB AG: um 21 Mio. € auf 148 Mio. € gestiegen). Der Anstieg ist insbesondere auf den Personalaufbau im Marktbereich im Geschäftsjahr 2013/14 zurückzuführen, der im Geschäftsjahr 2014/15 vollständig aufwandswirksam wurde. Daneben wirkten sich auch die Anpassung des Vergütungssystems der IKB (siehe Kapitel 4. „Risikobericht“, Unterkapitel „Personalrisiken“), die Erhöhung der Pensionen für ehemalige Vorstandsmitglieder sowie die Erhöhung der Variablen Erfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2013/14 durch Anpassung des Bankfaktors aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Bank erhöhend aus. Der Personalaufbau soll die Vertriebsaktivitäten der IKB stärken.

Der Andere Verwaltungsaufwand sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind im Konzern um 5 Mio. € auf 129 Mio. € (IKB AG: um 27 Mio. € auf 143 Mio. €) gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Mehraufwand für die neue europäische Bankenabgabe sowie dem Mehraufwand aus den zusätzlichen Belastungen im Zusammenhang mit der von der EZB vorgegebenen Teilnahme der IKB am EZB-Comprehensive-Assessment. Der Anstieg in der IKB AG resultiert im Wesentlichen aus der außerplanmäßigen Abschreibung des konzernintern von der IKB Luxemburg S.A. im Geschäftsjahr 2010/11 erworbenen Geschäfts- oder Firmenwertes für das Kunden-derivateneugeschäft.

Damit ist der Verwaltungsaufwand entgegen der Prognose im Konzern um 27 Mio. € auf 312 Mio. € gestiegen (IKB AG: um 49 Mio. € auf 290 Mio. € gestiegen).

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis umfasst die Sonstigen betrieblichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie die Abschreibungen, Zuschreibungen und das Veräußerungsergebnis auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere. Darüber hinaus enthält das Sonstige Ergebnis wie im Vorjahr die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Wesentliche Einflussgrößen auf das Sonstige Ergebnis, das sich von -73 Mio. € um 234 Mio. € auf 161 Mio. € (IKB AG: um 172 Mio. € auf 83 Mio. €) erhöht hat, werden im Folgenden dargestellt.

Aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens ergaben sich per saldo Erträge in Höhe von 384 Mio. € (IKB AG: 330 Mio. €) nach Erträgen im Vorjahr von per saldo 141 Mio. € (IKB AG: 126 Mio. €).

Aus Close-Out-Zahlungen im Rahmen von strategischen vorzeitigen Auflösungen von Derivategeschäften des Bankbuchs ergaben sich per saldo Aufwendungen in Höhe von 257 Mio. € (IKB AG: per saldo 255 Mio. €) gegenüber den per-saldo-Erträgen im Vorjahr in Höhe von 148 Mio. € (IKB AG: per saldo 144 Mio. €).

25 Mio. € Aufwand entfallen auf die per-saldo-Zuführung zu Rückstellungen für Zinsen auf Steuerverpflichtungen (Vorjahr: 19 Mio. € Ertrag aus per-saldo-Auflösung).

Im Berichtszeitraum wurde aufgrund der Bildung einer Steuerrückstellung (siehe Kapitel 4. „Risikobericht“ unter „Rechtsrisiken“) eine geringere als im Geschäftsbericht 2013/14 erwartete Dotierung des Fonds für

allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB vorgenommen (5 Mio. €, Vorjahr: 402 Mio. €), die als Aufwand im Sonstigen Ergebnis erfasst wurde. In entsprechender Höhe wurde das harte Kernkapital der IKB erhöht.

Risikovorsorgesaldo

(Hinweis: Ergänzende Informationen zur Risikovorsorge finden sich im Kapitel 4. „Risikobericht“, Tabelle Risikovorsorge.)

Der Risikovorsorgesaldo, in dem die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie die Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten sind, verminderte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013/14 um betragsmäßig 23 Mio. € auf -65 Mio. € (IKB AG: betragsmäßig um 12 Mio. € auf -71 Mio. €).

Die darin enthaltene Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat sich im Konzern um 21 Mio. € auf -66 Mio. € verringert (IKB AG: um 12 Mio. € auf -71 Mio. € verringert).

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft des Konzerns sind 17 Mio. € (IKB AG: 22 Mio. €) Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Direktabschreibungen enthalten. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 101 Mio. € (IKB AG: 92 Mio. €). Der Grund hierfür liegt insbesondere in der niedrigeren Nettozuführung zu Einzelwertberichtigungen.

Bei den Pauschalwertberichtigungen für das Kreditgeschäft des Konzerns ergab sich im Berichtsjahr eine Nettozuführung in Höhe von 49 Mio. € (IKB AG: 49 Mio. €) gegenüber einer Nettoauflösung im Vorjahr in Höhe von 31 Mio. € (IKB AG: 31 Mio. €). Die Zuführung steht im Zusammenhang mit latenten erhöhten Adressenausfallrisiken in den Bereichen Akquisitionsfinanzierungen, Private-Finance-Initiative-Finanzierungen im Rahmen von Public Private Partnerships, den Auswirkungen der EU-Sanktionen gegenüber Russland sowie der Verschärfung der Gesetzgebung im Segment erneuerbare Energien in Südeuropa.

Im Risikovorsorgesaldo sind Ergebnisse aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve sowie Derivaten in Höhe von +1 Mio. € (IKB AG: 0 Mio. €) nach -1 Mio. € (IKB AG: +1 Mio. €) im Vorjahr enthalten.

Steuern

Der Steueraufwand lag im Berichtszeitraum bei 120 Mio. € (IKB AG: 125 Mio. €); im Wesentlichen aufgrund der hohen Belastung durch Rückstellungen für Steuern des Geschäftsjahres 2008/09, wie im Kapitel 4. „Risikobericht“ unter „Rechtsrisiken“ beschrieben. Im Vorjahr lag ein Steuerertrag in Höhe von 133 Mio. € (IKB AG: 136 Mio. € Steuerertrag) vor, der im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern und Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr erforderlichen Steuerrückstellungen resultierte.

Ergebnis

Entsprechend der im Prognosebericht des Geschäftsberichts 2013/14 dargestellten Erwartung konnte im Konzern ein positives Ergebnis erzielt werden. Im Geschäftsjahr 2014/15 ergibt sich ein Konzernüberschuss von 5 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €). In der IKB AG liegt das Ergebnis – wie angekündigt – unverändert bei 0 Mio. €.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtszeitraum um 2,3 Mrd. € gesunken und lag am Berichtsstichtag bei 22,4 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 2,3 Mrd. € auf 21,7 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen, das auch das außerbilanzielle Geschäft enthält (siehe auch Kapitel 4. „Risikobericht“), ist im Konzern per Berichtsstichtag von 26,6 Mrd. € auf 25,6 Mrd. € gesunken (IKB AG: von 27,4 Mrd. € auf 26,3 Mrd. €) und umfasst im Wesentlichen Forderungen an Kunden und Kreditinstitute, Schuldverschreibungen, Eventualverbindlichkeiten und positive Marktwerte der Derivate des Anlagebuchs.

Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute sind im Konzern um 0,1 Mrd. € auf 2,3 Mrd. € gestiegen (IKB AG: von 2,1 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € gestiegen).

Die Forderungen an Kunden gingen wie erwartet im Konzern um 1,2 Mrd. € auf 11,1 Mrd. € zurück (IKB AG: Reduzierung um 1,4 Mrd. € auf 12,9 Mrd. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine verhaltene Kreditnachfrage am Markt und eine selektive Kreditvergabe durch die IKB zurückzuführen. Das gestiegene Neugeschäftsvolumen konnte die Tilgungen im Berichtszeitraum nicht vollständig kompensieren.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind im Konzern um 1,0 Mrd. € auf 6,5 Mrd. € gesunken (IKB AG: Reduzierung um 1,1 Mrd. € auf 5,4 Mrd. €).

Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insbesondere aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme von Fördermitteln um 1,3 Mrd. € auf 8,9 Mrd. € gesunken (IKB AG: Reduzierung um 1,3 Mrd. € auf 8,9 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich um 1,5 Mrd. € auf 8,2 Mrd. €, im Wesentlichen aufgrund geringerer Kundeneinlagen (IKB AG: Reduzierung um 1,4 Mrd. € auf 8,2 Mrd. €).

Der Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich im Konzern um 0,4 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € (IKB AG: von 0,7 Mrd. € auf 1,0 Mrd. €), im Wesentlichen durch die Neuemission von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 0,7 Mrd. € (IKB AG: 0,5 Mrd. €) bei Fälligkeiten in Höhe von 0,3 Mrd. € (IKB AG: 0,2 Mrd. €).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten liegen im Konzern mit 1,0 Mrd. € und in der IKB AG mit 0,5 Mrd. € auf Vorjahresniveau.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken besteht aus Reserven gemäß § 340g HGB und § 340e HGB, die gemäß der CRR und dem CRD IV-Bankenreformpaket als hartes Kernkapital qualifiziert sind. Der Fonds wurde im Geschäftsjahr 2014/15 aufgrund der Dotierungen in Höhe von 6 Mio. € (davon 5 Mio. € gemäß § 340g HGB) auf 580 Mio. € erhöht.

Eigenkapital

Insbesondere aufgrund des Konzernüberschusses und der im Eigenkapital erfassten Veränderungen der Währungsumrechnungsdifferenzen (im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der IKB Capital Corporation i.L.) der Berichtsperiode ist das Eigenkapital von 983 Mio. € um 18 Mio. € auf 1.000 Mio. € angestiegen (IKB AG: unverändert bei 1.207 Mio. €).

Bei der Berechnung der regulatorischen Eigenmittel mit Bilanzfeststellung und unter stichtagsgleicher Zurechnung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken ist der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 580 Mio. € als hartes Kernkapital zu berücksichtigen.

Bei Finanzinstrumenten im Anlagebuch in Form von Wertpapieren, aus Derivaten und aus nicht fristenkongruenter Refinanzierung des Kreditbuchs sind in den vergangenen Geschäftsjahren durch die Veränderungen von Marktzinssätzen, Währungskursen und Bonitäten unrealisierte Gewinne und unrealisierte Verluste entstanden. Vor dem Hintergrund positiver Entwicklungen am Kapitalmarkt realisierte der Konzern im Berichtszeitraum 2014/15 Wertsteigerungen bei Derivaten und Wertpapieren in Höhe von per saldo 128 Mio. € durch Verkäufe oder Änderungen der Derivateposition.

Trotz dieser Realisierung hat sich bei den nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in den Bilanzposten Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie bei Derivaten der Saldo aus unrealisierten Gewinnen und Verlusten zum Bilanzstichtag

im Vergleich zum Vorjahr um 560 Mio. € auf -216 Mio. € verbessert. Für weitere Details zur Ermittlung der unrealisierten Gewinne und Verluste wird auf den Anhang unter „Sonstige Angaben“, „Nicht realisierte Ergebnisse“ verwiesen. In den künftigen Geschäftsjahren können sich aus unrealisierten Verlusten Belastungen des Zinsüberschusses oder Veräußerungsverluste ergeben. Aus der Ermittlung gemäß der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 ergab sich wie im Vorjahr kein Rückstellungsbedarf.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB ist stabil. Aufgrund des Funding-Mix und des gesunkenen Zinsniveaus ist die Refinanzierung insgesamt günstiger als in den Vorperioden. Neben zweckbestimmten und anderen besicherten Refinanzierungen nimmt die IKB revolving Einlagen von Geschäfts- und Privatkunden herein. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundenbereich, baut weiterhin liquiditätswirksam nicht-strategische Aktiva ab und betreibt das Kreditneugeschäft selektiv.

Zur Darstellung der Fälligkeit von Verbindlichkeiten wird auf die Restlaufzeitengliederung im Anhang verwiesen. Zur Liquiditäts- und Finanzierungssituation wird auf das Kapitel 4. „Risikobericht“ verwiesen.

Gesamtaussage

Die Ertragslage ist, bereinigt um die hohe Belastung durch Rückstellungen für Steuern des Geschäftsjahres 2008/09, für die Bank zufriedenstellend. Die Finanz- und die Vermögenslage sind geordnet.

Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der Bank insgesamt positiv verlaufen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Steuerung bei der IKB von untergeordneter Bedeutung. Neben einer Vielzahl von steuerungsrelevanten Sub-Größen nutzt die IKB die nachfolgenden finanziellen Indikatoren als wesentliche Leistungsindikatoren zur Steuerung.

Aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote

Die aufsichtsrechtliche harte Kernkapitalquote bzw. CET 1-Quote wird als Prozentsatz des aufsichtsrechtlichen harten Kernkapitals bzw. CET 1 in Bezug zu den aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva ermittelt. Hinsichtlich der Überleitung des aufsichtsrechtlichen CET 1 und der Risikoaktiva wird auf die Ausführung zur regulatorischen Kapitalsituation im Kapitel 4. „Risikobericht“ verwiesen.

Zum 31. März 2015 lag die CET 1-Quote für die IKB-Gruppe bei 10,9 % und für die IKB AG bei 14,6 % (Details siehe Kapitel 4. „Risikobericht“). Damit hat die IKB, wie im Geschäftsbericht zum 31. März 2014 prognostiziert, die gesetzliche (CRR) Mindestanforderung für die CET 1-Quote von 4,5 % übertroffen.

Leverage Ratio

Als Ergänzung zu den risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen im Solvabilitätsregime wurde mit den Regularien der CRR zum 1. Januar 2014 die Leverage Ratio als Verschuldungs-Kennziffer eingeführt.

Die Leverage Ratio setzt die weitgehend ungewichtete Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte in Beziehung zum regulatorischen Kernkapital. Es handelt sich derzeit noch um eine Beobachtungskennziffer, die voraussichtlich erst ab dem 1. Januar 2019 verbindlich einzuhalten sein wird. Auch wenn die genaue Festlegung für diesen Zeitpunkt noch unsicher ist, hat sich international eine Benchmark von mindestens 3,0 % etabliert.

Die Leverage Ratio der IKB-Gruppe gemäß Artikel 429 CRR betrug nach den Übergangsbestimmungen (ohne Anwendung der voraussichtlich frühestens für Meldungen ab 31. Dezember 2015 erstmalig anzuwendenden Delegierten Verordnung EU 2015/62 vom 17. Januar 2015) zum 31. März 2015 8,5 % (IKB AG:

8,1 %). Die Benchmark von 3,0 % wird damit deutlich übertroffen und liegt, wie im Geschäftsbericht zum 31. März 2014 prognostiziert, auf etwa konstantem Niveau im Vergleich zum Vorjahr.

Gewinn nach Steuern und vor Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB)

Wie im Geschäftsbericht 2013/14 prognostiziert, hat die IKB im Geschäftsjahr 2014/15 im operativen Geschäft einschließlich Veräußerungen von Finanzinstrumenten insgesamt positive Ergebnisse erzielt. Diese wurden zum Ausgleich der hohen Belastung durch Rückstellungen für Steuern des Geschäftsjahres 2008/09 genutzt. Darüber hinaus gehende Ergebnisse wurden wie im Vorjahr zur Stärkung des harten Kernkapitals genutzt. Der Konzernüberschuss vor Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) betrug zum 31. März 2015 9 Mio. € (IKB AG: Jahresüberschuss von 5 Mio. €). Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurde mit 5 Mio. € dotiert.

Bankeinkommen und Netto-Bankeinkommen

Das Bankeinkommen des Konzerns, das den Zins- und Leasingüberschuss und den Provisionsüberschuss (IKB AG: Zins- und Provisionsüberschuss) umfasst, lag zum 31. März 2015 im Konzern bei 332 Mio. € (IKB AG: 395 Mio. €) gegenüber 339 Mio. € (IKB AG: 271 Mio. €) im Vorjahr.

Das Netto-Bankeinkommen umfasst das Bankeinkommen abzüglich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft und lag zum 31. März 2015 im Konzern bei 267 Mio. € (IKB AG: 324 Mio. €) gegenüber 252 Mio. € (IKB AG: 188 Mio. €) im Vorjahr.

Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) Liquiditätsverordnung

Die Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) der Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung – LiqV) wird zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos herangezogen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV ist das Verhältnis zwischen den im Zeitraum bis zu einem Monat verfügbaren Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraumes abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Dabei muss die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1 oder mehr betragen, um die Anforderung zu erfüllen.

Mit einer Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) LiqV zwischen 1,74 und 2,37 in der IKB AG im gesamten Berichtszeitraum verfügte die IKB AG jederzeit über einen ausreichenden Liquiditätspuffer. Die Liquiditätskennziffer bewegte sich damit im oberen Bereich bzw. über der von der IKB im Geschäftsbericht 31. März 2014 für das Geschäftsjahr 2014/15 erwarteten Bandbreite zwischen 1,25 und 2,00.

3. Nachtragsbericht (Ereignisse nach dem 31. März 2015)

Seit dem 31. März 2015 haben sich die folgenden wichtigen Entwicklungen ergeben:

Veränderungen im Konzern

Nach Verkauf der von der IKB Equity Capital Fund GmbH gehaltenen Aktien an der Axit AG, Frankenthal, im Februar 2015 erfolgte die Anteilsübertragung Anfang April 2015.

Valin Funds

Mit Wirkung zum 8. April 2015 hat die IKB die von ihr an dem Fonds gehaltenen Aktien vollständig veräußert. Sie bleibt über Schuldverschreibungen, die von einem Verbriefungsvehikel auf die Aktien emittiert werden, mittelbar in den Fonds investiert.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Bank betreibt unter Berücksichtigung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie sonstiger einschlägiger Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden ein umfassendes Risikomanagement, welches sie laufend weiterentwickelt. Es werden sämtliche wesentlichen Risiken in das Risikomanagement-System einbezogen.

Das Management der geschäftsstrategischen Ausrichtung sowie der damit verbundenen Chancen erfolgt vom Risikomanagement getrennt durch den Bereich Strategische Planung (siehe Kapitel 5. „Chancenbericht“).

Die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Die in die Risikosteuerung einbezogenen Unternehmen werden in Abhängigkeit der Wesentlichkeit von Risiken getrennt nach Risikoarten (Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken etc.) festgelegt. Basis für die Festlegung der Wesentlichkeit ist die konzernweite Risikoinventur, die alle wesentlichen Konzerngesellschaften einbezieht.

Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche sind in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt.

Aufsichtsrat

Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand

Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung wurde mit Ausscheiden von Herrn Schüttler und Verkleinerung des Vorstands auf drei Personen neu festgelegt. Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Sinne der einzelgeschäftbezogenen Risikoüberwachung, der Intensivbetreuung sowie der Problemkreditbearbeitung liegt ebenso wie die Ressortverantwortung für das Compliance-Risiko bei Herrn Momburg. Die Risikocontrollingfunktionen sowie die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung sind Herrn Dr. Glüder zugeordnet. Die Überwachung der wesentlichen Rechtsrisiken liegen im Verantwortungsbereich von Herrn Dr. Wiedmann. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse

Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Strategie- und Risikoausschuss, welcher die in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten Ziele bezüglich deren Umsetzung überwacht, aktuelle Marktentwicklungen und -erwartungen in die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen einfließen lässt und Anpassungsnotwendigkeiten zur Geschäfts- und Risikostrategie er-

örtert. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den Bereichsleitungen verschiedener Markt- und Marktfolgebereiche zusammen und tagt mindestens vierteljährlich.

Kreditrisikomanagement

Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses sowie die fortlaufende Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken. Hierzu zählt auch der marktunabhängige Votierungsprozess bei Investments in Wertpapiere und derivative Instrumente. Darüber hinaus obliegt dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement, welche auch den Impairment-Prozess für diese Engagements verantworten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden für die Bank zu reduzieren. Neben Non-performing Loans – unabhängig davon, ob für diese auch nachhaltige Wertminderungen erwartet werden – stehen auch alle Engagements in einem besonderen Fokus, die aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen und intensiven Betreuung durch die auf Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen.

Ebenso erfolgt der Kreditgenehmigungs- und Impairment-Prozess für Verbriefungen und strukturierte Kreditprodukte durch eine hierauf spezialisierte Einheit des Kreditrisikomanagements.

Risikocontrolling

Dem Bereich Risikocontrolling obliegen die Berechnung und Analyse der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite sowie die Berichterstattung über die Risikopositionen auf Konzernebene.

Darüber hinaus erfolgen hier die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die Betreuung und die Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

In gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank und die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist ebenfalls zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Darüber hinaus handelt es sich auch bei dem Geschäftsrisiko um ein wesentliches Risiko, welches in die Risikotragfähigkeitsberechnungen einbezogen wird. Die Überwachung des Geschäftsrisikos erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung

Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich führt der Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling sowie die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte durch.

Interne Revision

Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren organisiert. Er arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstand. Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht. Schwerpunkte sind die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Beratungsgeschäfts sowie des Handelsgeschäfts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstands anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Die von der IKB an andere Dienstleister ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten werden im Rahmen eines fortlaufenden Auslagerungscontrollings sowie durch eigene Prüfungsaktivitäten der Konzernrevision bei den Auslagerungsunternehmen überwacht. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat auf Basis des Jahresberichts über die aktuellen Entwicklungen und die wesentlichen Ergebnisse. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision seit dem ersten Quartal 2014 dem Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 25c Abs. 4a lit. 3g KWG quartalsweise über die unterjährige Entwicklung der wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen sowie über ausgewählte Aspekte der Revisionsarbeit. Unabhängig davon ist sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtsorgans oder des Finanz- und Prüfungsausschusses unter Einbeziehung des Vorstands direkt bei dem Leiter der Revision Auskünfte einholen kann.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung

Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung seit dem 1. Januar 2014 nach den Regularien der CRR. Für das Adressausfallrisiko wendet sie dabei den Kreditrisiko-Standardansatz, für die Ermittlung der Credit Valuation Adjustment-Charge die Standardmethode, für das operationelle Risiko den Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko die aufsichtlich vorgegebenen Standardmethoden (Zinsrisiken: Durationsmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode bzw. Szenario-Matrix-Methode) an. Weiterhin nutzt die Bank zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate den aufsichtsrechtlichen Nettingansatz unter Berücksichtigung von bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen. Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten, wie sie mit Bilanzfeststellung wirksam werden.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe unter CRR/CRD IV¹⁾

| Werte in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|---------------|---------------|
| Adressenausfallrisiko (inklusive CVA-Charge 123 Mio. €, Vorjahr: 162 Mio. €) | 12.736 | 13.528 |
| Marktrisikoäquivalent | 153 | 252 |
| Operationelles Risiko | 451 | 289 |
| Total Risk Weighted Assets (RWA) | 13.340 | 14.069 |
| Common Equity Tier 1 (CET 1) | 1.453 | 1.464 |
| Additional Tier 1 (AT 1) | 326 | 346 |
| Total Tier 1 (T 1) | 1.779 | 1.810 |
| Tier 2 (T 2) | 448 | 461 |
| Own Funds | 2.228 | 2.271 |
| CET 1-Ratio | 10,9% | 10,4% |
| T 1-Ratio | 13,3% | 12,9% |
| Own Funds Ratio | 16,7% | 16,1% |

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Alle Angaben nach Bilanzfeststellung und unter stichtagsgleicher Zurechnung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im CET 1 sowie unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR des Jahres 2015 bzw. des Vorjahres. Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. März 2015 bzw. des Vorjahres inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Einzelinstitutsebene unter CRR/CRD IV¹⁾

| Werte in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|---------------|---------------|
| Adressenausfallrisiko (inklusive CVA-Charge 123 Mio. €, Vorjahr: 162 Mio. €) | 11.670 | 11.837 |
| Marktrisikoäquivalent | 86 | 117 |
| Operationelles Risiko | 262 | 194 |
| Total Risk Weighted Assets (RWA) | 12.018 | 12.148 |
| Common Equity Tier 1 (CET 1) | 1.754 | 1.733 |
| Additional Tier 1 (AT 1) | 0 | 0 |
| Total Tier 1 (T 1) | 1.754 | 1.733 |
| Tier 2 (T 2) | 306 | 366 |
| Own Funds | 2.060 | 2.099 |
| CET 1-Ratio | 14,6% | 14,3% |
| T 1-Ratio | 14,6% | 14,3% |
| Own Funds Ratio | 17,1% | 17,3% |

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Alle Angaben nach Bilanzfeststellung und unter stichtagsgleicher Zurechnung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im CET 1 sowie unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR des Jahres 2015 bzw. des Vorjahres. Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. März 2015 bzw. des Vorjahres inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2015 resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen, außerplanmäßigen Tilgungen und Verkäufen nicht-strategischer Aktiva bei gleichzeitig begrenztem Neugeschäft.

Mit 10,9 % auf Gruppen- und 14,6 % auf Einzelinstitutsebene liegen die CET 1-Ratios der IKB über der von der EZB im Rahmen des Comprehensive Assessments (AQR und Stresstest-Baseline-Scenario) geforderten Mindestquote von 8 %. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an das CET 1 sind damit deutlich übertroffen.

Der Vorstand geht davon aus, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen auch in Zukunft eingehalten werden können (siehe auch Kapitel 6. „Prognosebericht“). Obwohl die CRR bereits seit dem 1. Januar 2014 verbindlich anzuwenden ist, bestehen unverändert Unsicherheiten in der Interpretation der neuen Verordnung. Dies zeigt auch die Vielzahl der Auslegungsfragen, die an die EBA gestellt werden und für eine Auslegung des Regelwerkes von hoher Bedeutung sind. Weiterhin liegen zum jetzigen Zeitpunkt eine Vielzahl von technischen Regulierungsstandards der EBA noch nicht in ihrer finalen Fassung vor bzw. werden gemäß dem ursprünglichen Zeitplan der EBA verspätet veröffentlicht (siehe Nachtrag der EBA zum Work Programme 2015 vom 27. März 2015). Die nicht immer vorhersehbaren Ergebnisse des internationalen Bankenregulierungsprozesses und die europäischen Vorhaben für eine einheitliche Beaufsichtigung verursachen weitere Unsicherheiten. Dies betrifft insbesondere die Umsetzung der Regelungen aus der Banking Recovery and Resolution Directive (BRRD) mit der nationalen Umsetzung im Rahmen des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes sowie die Vorbereitung auf den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) gemäß den Guidelines der EBA. Darüber hinaus hat der Baseler Ausschuss (BCBS) zur Novellierung des Kreditrisikostandardansatzes (BCBS 307), zum Kontrahentenausfallrisiko (BCBS 279), zur Überarbeitung der Verbriefungsvorschriften (BCBS 303), zu den Handelsbuchvorschriften (BCBS 305), zum operationellen Risiko (BCBS 291) und zur Floor-Gestaltung bei den fortgeschrittenen Messansätzen (BCBS 306) eine Vielzahl von Arbeitspapieren zur Konsultation gestellt, deren genaue Wirkungsweise und damit deren Auswirkungen auf die künftigen Kapitalanforderungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend quantifiziert werden können. Auch der Zeitpunkt für ein verbindliches Inkrafttreten im EU-weit harmonisierten Bankenaufsichtsrecht steht derzeit noch nicht fest.

Risikotragfähigkeit

Die Erhaltung der Risikotragfähigkeit bildet das Fundament der risikoseitigen Banksteuerung. Der Gesetzgeber hat die Grundlage für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit als wesentliche Zielgröße in § 25a KWG gelegt. Die Bankenaufsicht hat daran anschließend Präzisierungen in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement vorgenommen, die sich als Vorgaben an die Institute richten. Danach haben die Institute auf der Grundlage ihres Gesamtrisikoprofils sicherzustellen, dass alle als wesentlich eingestuftes Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (die Risikodeckungsmasse – RDM) abgedeckt sind.

Die IKB sieht im Rahmen der Risikotragfähigkeit die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter Beachtung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen als ihr Oberziel an. Selbst wenn in der Betrachtungsperiode von einem Jahr sowohl die erwarteten als auch die unerwarteten Verluste einträten, sollen weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllt sein. Vor diesem Hintergrund benutzt die IKB die Going-Concern-Sicht als führendes Steuerungsinstrument. Ergänzend analysiert die Bank die Gesamtrisikoposition und das Risikodeckungspotenzial im Sinne einer Liquidationssicht (Gone-Concern-Sicht).

Der ökonomische Kapitalbedarf zur Abdeckung des unerwarteten Gesamtbankrisikos [Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko (nur in der Going-Concern-Sicht) sowie allgemeines Geschäftsrisiko und operationelles Risiko] wird mittels bankeigener quantitativer Modelle bestimmt. Da sich Reputationsrisiken letztlich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko niederschlagen, werden Reputationsrisiken nicht nochmals explizit in die Berechnungen des Gesamtbankrisikos einbezogen. Für Beteiligungsrisiken wird gegenwärtig kein ökonomischer Kapitalbedarf berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung. Rechtsrisiken sind Bestandteil des operationellen Risikos.

In Übereinstimmung mit dem von der BaFin veröffentlichten „Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ verwendet die IKB für ihre Going-Concern-Sicht eine vollständig Gewinn- und Verlust-(GuV)/bilanzorientierte Sichtweise. Auf Basis der regulatorischen Eigenkapitalpositionen wird die Risikodeckungsmasse in der Weise bestimmt, dass im Betrachtungszeitraum auch bei vollständiger Aufzehrung der Risikodeckungsmasse weiterhin alle Mindestkapitalanforderungen erfüllt sind. Verändern sich die regulatorischen Mindestanforderungen in der Betrachtungsperiode, so wird dies bei der Ermittlung

der Risikodeckungsmasse berücksichtigt. Zusätzlich wird bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse sichergestellt, dass Kapitalpositionen, die nicht an laufenden Verlusten teilnehmen, nicht Bestandteil der Risikodeckungsmasse sind.

Analog zur bilanzorientierten Ableitung der Risikodeckungsmasse werden in der Going-Concern-Sicht alle betrachteten Risiken ebenfalls GuV-/bilanzorientiert ermittelt, um den hierfür erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarf zu bestimmen.

Die nachstehende Tabelle stellt den ökonomischen Kapitalbedarf in der Going-Concern-Sicht, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 95 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur Verfügung stehen wird.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Going-Concern-Sicht

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Adressenausfallrisiko | 180 | 50% | 206 | 50% |
| Marktpreisrisiko | 30 | 8% | 58 | 14% |
| Operationelles Risiko | 25 | 7% | 25 | 6% |
| Geschäftsrisiko | 99 | 27% | 99 | 24% |
| Liquiditätsrisiko | 28 | 8% | 26 | 6% |
| Summe | 362 | 100% | 414 | 100% |
| abzgl. Diversifikationseffekte | -68 | | -74 | |
| Gesamtrisikoposition | 294 | | 340 | |
| Risikodeckungsmasse | 868 | | 873 | |

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Gesamtrisikoposition ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 46 Mio. € auf 294 Mio. € gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang des Adressenausfallrisikos sowie des Marktpreisrisikos.

Zum Stichtag 31. März 2015 beträgt der Auslastungsgrad der Risikodeckungsmasse durch die Gesamtrisikoposition 34 % (31. März 2014: 39 %). Damit reicht die Risikodeckungsmasse mit Abstand aus, um den ökonomischen Kapitalbedarf aus den unerwarteten Risiken über den Risikohorizont abzudecken. Sollten die unerwarteten Risiken tatsächlich eintreten, sind – auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten – weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen gemäß Basel III erfüllt.

Ergänzend zur oben beschriebenen Going-Concern-Sicht beobachtet und analysiert die Bank auch die Gesamtrisikoposition und die Risikodeckungsmasse im Sinne einer Liquidationssicht. Im Vergleich zur primär steuerungsrelevanten Going-Concern-Sicht ergibt sich die Risikodeckungsmasse in der Liquidationssicht aus allen der Bank dienenden Kapitalbestandteilen inklusive Genussrechts- und Nachrangkapitalien. Gleichzeitig werden sämtliche Stillen Lasten/Reserven aus Krediten, Wertpapieren und Derivaten vollumfänglich berücksichtigt.

In der Liquidationssicht hat sich die Risikodeckungsmasse im Vergleich zum Geschäftsjahresbeginn um 312 Mio. € erhöht und beträgt 1.904 Mio. €. Damit kann die RDM die Gesamtrisikoposition auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (abgeleitet aus einem BBB-Rating) mit einer Auslastung von 78 % abdecken (31. März 2014: Auslastung der RDM 77 %). Auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten übersteigt die RDM die Gesamtrisikoposition.

Prognoserechnungen und Stresstests

Mit Blick auf die nach wie vor von Unsicherheit geprägte gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden beiden Geschäftsjahre. Basis für diese Prognoserechnungen ist der Business-Plan der Bank. Daneben führt die Bank regelmäßig und anlassbezogen verschiedene Stresstests durch. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Business-Plans die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Kapitalbedarf für unerwartete Risiken in der Going-Concern-Sicht in den nächsten beiden Geschäftsjahren übersteigen wird.

Die Analyse der Stresstests zeigt, dass bei extremen Annahmen, wie z. B. dem Zerfall der Euro-Zone mit gesamtwirtschaftlichen Folgen für den gesamten EU-Wirtschaftsraum, die Risikodeckungsmasse nicht mehr in der Lage wäre, die damit verbundene Gesamtrisikoposition vollständig abdecken zu können.

Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2014/15 wurden alle Risikostrategien unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung sowie der konjunkturellen Lage überarbeitet. Die im Strategie- und Risikoausschuss identifizierten Anpassungsnotwendigkeiten der Strategien wurden dabei berücksichtigt.

Kreditrisikostrategie

Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter auf niedrigem Niveau begrenzen. Neben der Beschränkung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Die nach Produktformen differenzierten Mindestbonitätsanforderungen im Neugeschäft haben in den letzten Jahren zu einer kontinuierlichen Verbesserung der durchschnittlichen Bonität im gesamten Kreditbestand geführt. Trotz der hohen Bonitäts- und Risikoanforderungen haben sich gleichzeitig die Ergebnisbeiträge aus dem Kreditgeschäft in den letzten Jahren positiv entwickelt.

Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt der IKB in Deutschland liegen. Die geringen Aktivitäten im Ausland beschränken sich (mit Ausnahme des Leasinggeschäfts) derzeit auf Westeuropa, insbesondere auf Frankreich, Italien und Spanien. Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung.

Marktpreisrisikostrategie

Die Marktpreisrisikostrategie beschreibt, welches Risikoprofil die IKB bei der Übernahme von Marktpreisrisiken bereit ist zu akzeptieren, wie dessen Messung und Steuerung erfolgt und welche Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Risiken ergriffen werden. Marktpreisrisiken resultieren derzeit primär aus dem Investmentportfolio und dem Treasury. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei Credit-Spread- sowie Zinsänderungsrisiken, die angesichts des auch für das Geschäftsjahr 2015/16 erwarteten Niedrigzinsniveaus im Hinblick auf den geplanten Zinsüberschuss unverändert im Fokus stehen werden. Für Geschäfte im Handelsbuch beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar, wobei die hiermit verbundene maximale Risikoposition sehr gering gehalten wird.

Liquiditätsstrategie

Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen, der Ausgabe von Schuldscheinen, den Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form sowie der Teilnahme am EZB-Tenderverfahren. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen, diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere.

Risikostrategie operationaler Risiken

Das Oberziel des Managements operationeller Risiken in der IKB ist die Reduzierung von Verlusten, die aus operationellen Schadensfällen resultieren. Aufbauend auf den Daten aus der Business-Impact-Analyse, die die geschäfts-, prozess- und systemimmanenten operationellen Risiken erfasst und bewertet, werden mindestens für die als „unternehmenskritisch“ eingestufteten Risiken Notfallpläne erstellt. In den Notfallplänen werden für die konkrete Notfallsituation sowohl Sofortmaßnahmen als auch notwendige Wiederherstellungsmaßnahmen für die geordnete Rückkehr zum Normalbetrieb beschrieben. Neben der Business-Impact-Analyse erfolgt eine vierteljährliche Einzelanalyse der OpRisk-Lage im Hinblick auf Personalwirtschaft, Prozesse, Projekte, Rechtsrisiken und Infrastruktur sowie der jeweils zur Risikoreduktion oder -vermeidung eingeleiteten Maßnahmen.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlement-Prozesses darstellt.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit, Neugeschäfts- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den erwarteten Risikovorsorgebedarf.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Bonitätsanalyse, Votierung) sowie der Engagementüberwachung (Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den marktunabhängigen Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch Gremien unter Einbindung des Vorstands getroffen. Kredit- und Kontrahenten(limit)entscheidungen können von Kompetenzträgern des Kreditrisikomanagements nur herbeigeführt werden, sofern Branchen- und Länderlimite sowie weitere in der Risikostrategie vorgegebene Kriterien eingehalten werden. Werden einzelne Kriterien nicht eingehalten, wird die Entscheidung im Gremium unter Einbindung des Vorstands getroffen.

Die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations und bei komplexeren Einzelfällen unter Einbindung des Bereichs Recht.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer auf Basis von Jahresabschlüssen, Planzahlen und Liquiditätsplanungen kommt der Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt und der Zukunftsaussichten bei der Kreditanalyse eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit bzw. Syndizierbarkeit – von Krediten gelegt.

Im Konsortialgeschäft, bei Akquisitionsfinanzierungen sowie einzelfallbezogen bei weiteren Unternehmensfinanzierungen, bei denen die Übernahme von Underwriting-Risiken und die spätere Ausplatzierung vorgesehen sind, existiert ein Limitsystem bezüglich der Größe einzelner Underwriting-Positionen sowie zur Summe aller Underwriting-Positionen, um sicherzustellen, dass die für einen nur kurzfristigen Verbleib im Kreditbuch vorgesehenen Risikopositionen auch im genehmigten Zeitrahmen syndiziert werden.

Die Kreditentscheidungen über Investments in Wertpapiere, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch den Vorstand getroffen.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisikomanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Jahresturnus die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Wertpapierinvestments, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte werden ebenfalls durch den Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingsysteme

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingsysteme. Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird regelmäßig überprüft und im Rating berücksichtigt. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Bei klassischen Unternehmensfinanzierungen setzt die IKB ein Unternehmensrating ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Für Akquisitionsfinanzierungen verwendet die Gesellschaft ein speziell für Leveraged-Finance-Transaktionen entwickeltes System. Das System berücksichtigt sowohl die Finanzierungsstruktur unter Verwendung von Kennzahlen als auch qualitative Faktoren der Transaktion.

Die Bewertung der Bonität von Banken erfolgt ebenfalls in einem speziell für Banken entwickelten System unter Verwendung von quantitativen und qualitativen Unternehmensinformationen und berücksichtigt dabei außerdem Einflüsse des Bankensystems sowie marktdatenbasierte Faktoren. Das bisher eingesetzte Verfahren wurde im Berichtsjahr durch ein neues, von einem externen Dienstleister zur Beurteilung von Banken entwickeltes System abgelöst. Die Weiterentwicklung, die Pflege und der Betrieb des Ratingsystems sind an den externen Dienstleister ausgelagert.

Die Entwicklung, die Pflege und der Betrieb der Ratingsysteme für Akquisitionsfinanzierungen und Banken sind an einen externen Dienstleister ausgelagert.

Bei Projekt- und Spezialfinanzierungen werden Ratingverfahren eingesetzt, die unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen, da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilienrating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Da sowohl Projektfinanzierungen als auch Immobilienfinanzierungen nicht mehr zum strategischen Fokus der IKB gehören und keine Neugeschäfte mehr erfolgen, werden beide Ratingverfahren von der Bank nicht mehr weiterentwickelt.

Länderrisiken

Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes in einem speziellen System. Das bisher eingesetzte Verfahren wurde im Berichtsjahr durch ein neues, von einem externen Dienstleister zur Beurteilung von Ländern entwickeltes System abgelöst. Die Weiterentwicklung, die Pflege und der Betrieb des Rating-systems sind an den externen Dienstleister ausgelagert.

Quantifizierung des Kreditrisikos

Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird ein eigenentwickeltes Portfoliomodell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlös-raten und Branchen-/Asset-Korrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung

Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt gemeinsam durch auf Branchenrisiken spezialisierte Einheiten in der Marktfolge. Deren umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der Risikosteuerung. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren. Darüber hinaus finden in der Regel monatliche Portfoliobesprechungen zwischen den Firmenbetreuern und Sanierungsspezialisten der Marktfolge in den Niederlassungen statt, um frühzeitig über potenzielle Problemengagements zu diskutieren und Maßnahmen zur Reduzierung des Ausfallrisikos einzuleiten.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern der Bereiche Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement und Risikocontrolling sowie der Marktbereiche zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen und Portfoliokennzahlen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturfälle auf die einzelnen Wirtschaftszweige Branchenlimite festgelegt und gegebenenfalls zusätzlich Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Im Bereich Kreditrisikomanagement erfolgt darüber hinaus eine fortlaufende Überwachung des Kreditportfolios durch die auf Industriesektoren spezialisierten Risikoanalysten.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos

Das Kreditvolumen zum 31. März 2015 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

| in Mio. € | Konzern | | | IKB AG | | |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | Änderung | 31.3.2015 | 31.3.2014 | Änderung |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.300 | 2.235 | 65 | 2.158 | 2.109 | 49 |
| Forderungen an Kunden | 11.090 | 12.263 | -1.173 | 12.865 | 14.232 | -1.367 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Schuldverschreibungen | 5.764 | 6.820 | -1.056 | 5.433 | 6.524 | -1.091 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 483 | 568 | -85 | 1 | - | 1 |
| Handelsbestand | 271 | 318 | -47 | 271 | 318 | -47 |
| Beteiligungen ¹⁾ | 23 | 25 | -2 | - | - | - |
| Leasingvermögen | 1.030 | 1.170 | -140 | - | - | - |
| Zwischensumme: Bilanzaktiva | 20.961 | 23.399 | -2.438 | 20.728 | 23.183 | -2.455 |
| Eventualverbindlichkeiten ²⁾ | 2.184 | 1.376 | 808 | 3.116 | 2.370 | 746 |
| Positive Marktwerte im Derivate-Anlagebuch ³⁾ | 2.066 | 1.412 | 654 | 2.089 | 1.435 | 654 |
| Wertberichtigungen ⁴⁾ | 474 | 497 | -23 | 445 | 455 | -10 |
| Leasing: Passivische Rechnungsabgrenzungsposten und geleistete Anzahlungen | -74 | -78 | 4 | - | - | - |
| Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate | -52 | -41 | -11 | -52 | -41 | -11 |
| abzüglich auf Dritte entfallende Teile von Schuldverschreibungen und Forderungen an Kreditinstitute | - | -15 | 15 | - | - | - |
| Bruttokreditvolumen | 25.559 | 26.550 | -991 | 26.326 | 27.402 | -1.076 |
| nachrichtlich: weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens | | | | | | |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | 1.080 | 822 | 258 | 969 | 767 | 202 |
| Beteiligungen ¹⁾ und Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen | 39 | 73 | -34 | 170 | 148 | 22 |

1) Beteiligungen sind im Konzern nach Konsolidierung Bestandteil des Bruttokreditvolumens, in der IKB AG außerhalb des Bruttokreditvolumens.

2) Ohne derivative Bestandteile nicht getrennter strukturierter Produkte (Credit Default Swaps – CDS), die in dem Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden, vor Abzug von Risikovorsorge. In dieser Position sind alle Protection Seller CDS-Nominalwerte enthalten, darin auch nominal 1.222 Mio. €, die aufgrund der Regelungen des IDW RS BFA 1 n.F. zum 31. März 2015 bilanziell als Derivategeschäft behandelt werden.

3) Inklusive 15 Mio. € positive Marktwerte aus Protection Seller CDS, deren Nominalvolumina aufgrund der Regelungen des IDW RS BFA 1 n.F. zum 31. März 2015 bilanziell als Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden.

4) ohne Drohverlustrückstellungen aus in strukturierte Produkte eingebettete Derivate; Kreditvolumen nach Abzug von Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Das Konzernbruttokreditvolumen ist im vergangenen Geschäftsjahr um rd. 1 Mrd. € zurückgegangen. Das ist im Wesentlichen auf den tilgungsbedingten Rückgang der Kundenforderungen und den Abbau von Schuldverschreibungen zurückzuführen. Durch neue Protection Seller CDS und den Anstieg der positiven Derivate-Marktwerte erhöhte sich das nicht als Bilanzaktiva ausgewiesene Kreditvolumen.

In der IKB AG verlief die Entwicklung analog.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2015 Anzahl ¹⁾ | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|-----------------------------------|------------------------|-------------------|
| kleiner 5 Mio. € | 2.931 | 11% | 20.908 | 3.254 | 12% |
| 5 Mio. € bis unter 10 Mio. € | 1.606 | 6% | 225 | 1.809 | 7% |
| 10 Mio. € bis unter 20 Mio. € | 2.407 | 9% | 174 | 2.867 | 11% |
| 20 Mio. € bis unter 50 Mio. € | 3.515 | 14% | 113 | 3.050 | 11% |
| 50 Mio. € und größer | 14.032 | 55% | 63 | 13.555 | 51% |
| Zwischensumme | 24.491 | 96% | 21.483 | 24.535 | 92% |
| Risikoausplatzierungen ²⁾ | 1.068 | 4% | - | 2.015 | 8% |
| Gesamt | 25.559 | 100% | 21.483 | 26.550 | 100% |

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Während sich der Rückgang des Kreditvolumens – vor allem aufgrund von Tilgungsleistungen – sowohl absolut als auch relativ überproportional in den Risikoausplatzierungen und Größenklassen bis 20 Mio. € niederschlägt, ist der Anteil der Größenklasse „50 Mio. € und größer“ von 51 % auf 55 % bzw. um 0,5 Mrd. € gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf neue Protection Seller CDS im öffentlichen Sektor zurückzuführen. Das auf den öffentlichen Sektor entfallende Volumen in dieser Klasse stieg daher von 4,1 Mrd. € auf 4,5 Mrd. €.

Das in dieser Größenklasse auf Kreditinstitute und den Finanzsektor entfallende Kreditvolumen blieb mit 8,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dies ist auch beim Volumen der Unternehmensfinanzierungen in dieser Größenklasse so, das wie zu Geschäftsjahresbeginn 1,5 Mrd. € beträgt. Die durchschnittliche Engagementshöhe pro Kreditnehmereinheit in dieser Größenklasse beträgt 223 Mio. € (Vorjahr: 205 Mio. €) bei 63 Kreditnehmereinheiten.

Der Großteil der Größenklasse „kleiner 5 Mio. €“ besteht aus Leasingfinanzierungen. Dies betrifft sowohl das Volumen als auch die Anzahl.

Das Volumen der Risikoausplatzierungen hat sich überwiegend durch Tilgungen der mittels Verbriefungstransaktionen ausplatzierten oder abgesicherten Kredite um 1 Mrd. € auf 1,1 Mrd. € reduziert. Die Risikoausplatzierungen setzen sich zusammen aus Haftunterbeteiligungen durch Kreditinstitute (überwiegend KfW Bankengruppe – KfW) in Höhe von 880 Mio. €, öffentlichen Bürgschaften inklusive Hermesdeckung in Höhe von 82 Mio. € und synthetischen Verbriefungen in Höhe von 106 Mio. €, bei denen die KfW das Kreditrisiko absichert.

Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen werden. Die Betreuung der Kreditnehmer erfolgt auch bei ausplatzierten Krediten unverändert durch die IKB.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2015 Anzahl ¹⁾ | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|-----------------------------------|------------------------|-------------------|
| kleiner 5 Mio. € | 1.226 | 5% | 1.006 | 1.537 | 6% |
| 5 Mio. € bis unter 10 Mio. € | 1.561 | 6% | 218 | 1.707 | 6% |
| 10 Mio. € bis unter 20 Mio. € | 2.321 | 9% | 166 | 2.741 | 10% |
| 20 Mio. € bis unter 50 Mio. € | 3.387 | 13% | 108 | 3.099 | 11% |
| 50 Mio. € und größer | 12.861 | 49% | 59 | 12.033 | 44% |
| Zwischensumme | 21.356 | 81% | 1.557 | 21.117 | 77% |
| Risikoausplatzierungen ²⁾ | 1.068 | 4% | - | 2.015 | 7% |
| Konzerninterne Geschäfte | 3.902 | 15% | - | 4.270 | 16% |
| Gesamt | 26.326 | 100% | 1.557 | 27.402 | 100% |

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen

Für das traditionelle Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen bedeutenden Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert. Leasinggegenstände sind der Kategorie Sicherungsübereignung zugeordnet.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|---|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Grundpfandrechte | 3.247 | 13% | 3.799 | 14% |
| Sicherungsübereignung und Leasinggegenstände | 2.393 | 9% | 2.564 | 10% |
| Sonstige Sicherheiten ¹⁾ | 2.711 | 11% | 2.361 | 9% |
| Collateralized | 2.057 | 8% | 1.458 | 5% |
| Besichertes Kreditvolumen²⁾ | 10.408 | 41% | 10.182 | 38% |
| Blankokredite ³⁾ | 14.083 | 55% | 14.353 | 54% |
| Zwischensumme | 24.491 | 96% | 24.535 | 92% |
| Risikoausplatzierungen ⁴⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 8% |
| Gesamt | 25.559 | 100% | 26.550 | 100% |

1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativerklärungen

2) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile

3) inklusive von der Bank im Interbankenmarkt gestellte Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die durch Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten besicherten Engagements sind im vergangenen Geschäftsjahr tilgungsbedingt insgesamt um 0,4 Mrd. € zurückgegangen.

Der Anstieg der „Sonstige Sicherheiten“ resultiert im Wesentlichen aus Neugeschäften, bei denen Sicherheiten wie Bürgschaften und Positiv-/Negativerklärungen vereinbart wurden.

Da die Bank im Rahmen der Kreditvolumendarstellung Derivate mit positiven Marktwerten nicht mit Derivaten mit negativen Marktwerten gegenüber denselben Kontrahenten saldiert, gleichwohl gegeneinander aufrechnen darf, wenn der Kontrahent ausfällt, wird unter „Collateralized“ das Derivatevolumen dargestellt, bei dem den Derivaten mit positiven Marktwerten in gleicher Höhe Derivate mit negativen Marktwerten gegen-

überstehen. Durch das höhere Kreditvolumen im Derivategeschäft ist auch das Volumen in der Kategorie „Collateralized“ angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Volumen von 1,5 Mrd. € auf 2,1 Mrd. €.

Sofern die Bank im Interbankenmarkt ebenfalls Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate stellt, werden diese unter den „Blankokrediten“ ausgewiesen.

Durch den überproportionalen Rückgang des risikoausplatzierten und besicherten Volumens ist der Anteil der Blankokredite am Gesamtkreditvolumen von 54 % auf 55 % gestiegen. Der größte Teil der Blankokredite entfällt auf „Kreditinstitute und Finanzsektor“ (6,5 Mrd. €, Vorjahr: 7,2 Mrd. €) sowie den öffentlichen Sektor (4,6 Mrd. €, Vorjahr: 4,2 Mrd. €). Die auf Kreditinstitute und den öffentlichen Sektor entfallenden Blankokredite betreffen überwiegend Wertpapiere, die der Liquiditätsanlage dienen und EZB-fähig sind, darin aktuell 1,4 Mrd. € Pfandbriefe und Covered Bonds. Von den Blankokrediten entfallen 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,0 Mrd. €) auf Unternehmensfinanzierungen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|---|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Grundpfandrechte | 3.247 | 12% | 3.798 | 14% |
| Sicherungsübereignung | 523 | 2% | 452 | 2% |
| Sonstige Sicherheiten ¹⁾ | 2.711 | 10% | 2.361 | 9% |
| Collateralized | 2.057 | 8% | 1.458 | 5% |
| Besichertes Kreditvolumen²⁾ | 8.538 | 32% | 8.069 | 29% |
| Blankokredite ³⁾ | 12.818 | 49% | 13.048 | 48% |
| Zwischensumme | 21.356 | 81% | 21.117 | 77% |
| Risikoausplatzierungen ⁴⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 7% |
| Konzerninterne Geschäfte | 3.902 | 15% | 4.270 | 16% |
| Gesamt | 26.326 | 100% | 27.402 | 100% |

1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativerklärungen

2) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile

3) inklusive von der Bank im Interbankenmarkt gestellte Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Geografische Struktur

Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Inland | 11.219 | 44% | 11.687 | 44% |
| Ausland | 13.272 | 52% | 12.848 | 48% |
| Westeuropa | 10.420 | 41% | 10.481 | 39% |
| Osteuropa | 1.179 | 5% | 1.149 | 4% |
| Nordamerika | 1.314 | 5% | 1.099 | 4% |
| Sonstige Länder | 359 | 1% | 119 | 0% |
| Zwischensumme | 24.491 | 96% | 24.535 | 92% |
| Risikoausplatzierungen ¹⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 8% |
| Gesamt | 25.559 | 100% | 26.550 | 100% |

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Das Kreditvolumen im Ausland ist im vergangenen Geschäftsjahr angestiegen. Der Anstieg in Nordamerika ist auf höhere Derivatemarktwerte, Protection Seller CDS und gestellte Collaterals zurückzuführen. Das auf Osteuropa entfallende Volumen ist nahezu gleich geblieben. Von dem auf Osteuropa entfallenden Länderobligo in Höhe von 1,2 Mrd. € betreffen rund 11 % Geschäftsaktivitäten in Russland. Mit der Ukraine bestehen keine geschäftlichen Verbindungen. Der Anstieg in den Sonstigen Ländern betrifft neue Protection Seller CDS mit der Referenz Volksrepublik China, Wahlmonarchie Malaysia und Australien.

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Inland | 9.823 | 37% | 9.799 | 36% |
| Ausland | 11.533 | 44% | 11.318 | 41% |
| Westeuropa | 9.350 | 36% | 9.643 | 35% |
| Osteuropa | 585 | 2% | 528 | 2% |
| Nordamerika | 1.239 | 5% | 1.028 | 4% |
| Sonstige Länder | 359 | 1% | 119 | 0% |
| Zwischensumme | 21.356 | 81% | 21.117 | 77% |
| Risikoausplatzierungen ¹⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 7% |
| Konzerninterne Geschäfte | 3.902 | 15% | 4.270 | 16% |
| Gesamt | 26.326 | 100% | 27.402 | 100% |

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – Konzern

| 31.3.2015 in Mio. € | Länderbonitäten ¹⁾ | | | | | |
|------------------------|-------------------------------|---------------|--------------|------------|-----------|----------|
| | Gesamt ²⁾ | 1-6 | 7-9 | 10-12 | 13-15 | 16-19 |
| Westeuropa | 10.420 | 9.408 | 981 | 31 | - | - |
| Osteuropa | 1.179 | 829 | 100 | 250 | - | - |
| Nordamerika | 1.314 | 1.314 | - | - | - | - |
| Sonstige Länder | 359 | 304 | 1 | 44 | 10 | - |
| Gesamt | 13.272 | 11.855 | 1.082 | 325 | 10 | - |

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

89 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren im Konzern den sechs besten Länderratings 1-6 zuzuordnen. Das auf die Risikoklassen 13-15 entfallende Länderobligo betrifft im Wesentlichen je ein Engagement im Iran und in Ägypten.

Potenzielle Länderrisiken werden sowohl im Ratingverfahren der Bank als auch bei der Berechnung der Quantifizierung von Risikovorsorgemaßnahmen berücksichtigt. Grundsätzlich wird für Länderobligos ab einer Länderbonität 8 eine Länderrisikovorsorge in Form einer Pauschalwertberichtigung mindestens in Höhe des 1-Jahres-Expected-Loss gebildet. Dabei prüft die Bank, ob in Einzelfällen eine darüber hinaus gehende pauschale Länderrisikovorsorge erforderlich erscheint. Für die Risikoklassen 13-15 wurde deshalb zum 31. März 2015 wie im Vorjahr eine höhere Länderrisikovorsorge gebildet, die sich an den veröffentlichten steuerlichen Bandbreiten orientiert.

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – IKB AG

| 31.3.2015 | | Länderbonitäten ¹⁾ | | | | |
|-----------------|----------------------|-------------------------------|------------|------------|-----------|----------|
| in Mio. € | Gesamt ²⁾ | 1-6 | 7-9 | 10-12 | 13-15 | 16-19 |
| Westeuropa | 9.350 | 8.456 | 863 | 31 | - | - |
| Osteuropa | 585 | 502 | - | 83 | - | - |
| Nordamerika | 1.239 | 1.239 | - | - | - | - |
| Sonstige Länder | 359 | 304 | 1 | 44 | 10 | - |
| Gesamt | 11.533 | 10.501 | 864 | 158 | 10 | - |

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

Innerhalb von Westeuropa verteilen sich die Risiken auf folgende Staaten:

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – Konzern

| 31.3.2015 in Mio. € | Kredit- volumen nach Risiko- entlastung | davon öffentlicher Sektor | davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾ | davon restliche Adress- ausfall- risiken |
|------------------------|--|---------------------------------|---|--|
| Großbritannien | 2.893 | - | 2.121 | 772 |
| Frankreich | 1.620 | 349 | 841 | 430 |
| Spanien | 1.527 | 896 | 225 | 406 |
| EU ²⁾ | 1.403 | 631 | 772 | - |
| Italien | 971 | 493 | 121 | 357 |
| Irland | 562 | 386 | 97 ³⁾ | 79 |
| Belgien | 395 | 296 | 93 | 6 |
| Niederlande | 313 | 14 | 233 | 66 |
| Schweiz | 282 | - | 186 | 96 |
| Österreich | 198 | 93 | 30 | 75 |
| Dänemark | 123 | 116 | 7 | - |
| Finnland | 41 | - | 2 | 39 |
| Schweden | 37 | - | - | 37 |
| Portugal | 31 | - | - | 31 |
| Sonstige | 24 | - | 1 | 23 |
| Gesamt | 10.420 | 3.274 | 4.729 | 2.417 |

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Council of Europe Development, European Stability Mechanism und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 39 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – IKB AG

| 31.3.2015 in Mio. € | Kredit- volumen nach Risiko- entlastung | davon öffentlicher Sektor | davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾ | davon restliche Adress- ausfall- risiken |
|------------------------|--|---------------------------------|---|--|
| Großbritannien | 2.869 | - | 2.097 | 772 |
| Spanien | 1.493 | 896 | 191 | 406 |
| EU ²⁾ | 1.270 | 526 | 744 | - |
| Frankreich | 1.198 | 349 | 625 | 224 |
| Italien | 854 | 493 | 8 | 353 |
| Irland | 527 | 356 | 92 ³⁾ | 79 |
| Niederlande | 299 | - | 233 | 66 |
| Schweiz | 282 | - | 186 | 96 |
| Österreich | 184 | 93 | 30 | 61 |
| Belgien | 125 | 46 | 73 | 6 |
| Dänemark | 123 | 116 | 7 | - |
| Finnland | 41 | - | 2 | 39 |
| Schweden | 37 | - | - | 37 |
| Portugal | 31 | - | - | 31 |
| Sonstige | 17 | - | - | 17 |
| Gesamt | 9.350 | 2.875 | 4.288 | 2.187 |

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Council of Europe Development, European Stability Mechanism und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 34 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Branchenstruktur

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Industriebranchen | 10.743 | 42% | 11.173 | 42% |
| Maschinenbau | 1.130 | 4% | 1.206 | 5% |
| Einzelhandel | 787 | 3% | 868 | 3% |
| Dienstleistungen | 763 | 3% | 744 | 3% |
| Metallerzeugnisse | 727 | 3% | 733 | 3% |
| Energieversorgung | 682 | 3% | 716 | 3% |
| Sonstige Industriebranchen | 6.654 | 26% | 6.906 | 26% |
| Immobilien | 622 | 2% | 699 | 3% |
| Finanzsektor | 1.726 | 7% | 1.780 | 7% |
| Banken | 6.714 | 26% | 6.654 | 25% |
| Öffentlicher Sektor | 4.686 | 18% | 4.229 | 16% |
| Zwischensumme | 24.491 | 96% | 24.535 | 92% |
| Risikoausplatzierungen ¹⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 8% |
| Gesamt | 25.559 | 100% | 26.550 | 100% |

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die IKB ordnet jedem Kunden eine der insgesamt rund 430 Branchen nach Wirtschaftszweigsystematik zu. Diese Branchen werden gruppiert und in Branchenclustern zusammengeführt.

Der Abbau des Kreditvolumens schlägt sich in nahezu allen Branchenclustern nieder. In den Industriebranchen ist das Kreditvolumen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mrd. € und im Immobilienbereich um 0,1 Mrd. € zurückgegangen. Die Erhöhung im Bankensektor ist vor allem auf den US-Dollarkursanstieg zurückzuführen.

Unverändert hoch ist der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. Mit Ausnahme des Branchencluster Dienstleistungen ging das Volumen bei den aktuell größten Industriebranchen Maschinenbau und Einzelhandel und bei den übrigen Branchen zurück.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| Industriebranchen | 8.726 | 33% | 9.054 | 33% |
| Maschinenbau | 937 | 4% | 932 | 3% |
| Einzelhandel | 756 | 3% | 836 | 3% |
| Energieversorgung | 680 | 3% | 713 | 3% |
| Dienstleistungen | 576 | 2% | 538 | 2% |
| Metallerzeugnisse | 506 | 2% | 478 | 2% |
| Sonstige Industriebranchen | 5.271 | 20% | 5.557 | 20% |
| Immobilien | 610 | 2% | 682 | 2% |
| Finanzsektor | 1.644 | 6% | 1.660 | 6% |
| Banken | 6.114 | 23% | 5.531 | 20% |
| Öffentlicher Sektor | 4.262 | 16% | 4.190 | 15% |
| Zwischensumme | 21.356 | 81% | 21.117 | 77% |
| Risikoausplatzierungen ¹⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 7% |
| Konzerninterne Geschäfte | 3.902 | 15% | 4.270 | 16% |
| Gesamt | 26.326 | 100% | 27.402 | 100% |

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bonitätsstruktur

Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|--------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| 1-4 | 9.297 | 36% | 7.781 | 29% |
| 5-7 | 8.063 | 32% | 8.270 | 31% |
| 8-10 | 4.263 | 17% | 4.907 | 18% |
| 11-13 | 1.628 | 6% | 2.165 | 8% |
| 14-15 | 341 | 1% | 387 | 1% |
| Non-performing Assets ²⁾ | 899 | 4% | 1.025 | 4% |
| Zwischensumme | 24.491 | 96% | 24.535 | 92% |
| Risikoausplatzierungen ³⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 8% |
| Gesamt | 25.559 | 100% | 26.550 | 100% |

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten einzelwertberechtigter Wertpapiere

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bei insgesamt zurückgegangenem Kreditvolumen hat sich der Anteil der beiden besten Bonitätsgruppen (1-4 und 5-7) von 60 % auf 68 % des Gesamtkreditvolumens erhöht. Der Volumenanstieg der sehr guten Ratingstufen 1-4 geht vor allem auf die geschäftlichen Aktivitäten mit Kreditinstituten, dem Finanzsektor und dem öffentlichen Sektor zurück.

Der größte Teil des Volumenrückgangs in den Ratingstufen 8-10 erklärt sich durch Bonitätsverbesserungen im Staats- und Bankbereich.

Der Kreditvolumenrückgang im Unternehmenssektor zeigt sich vor allem in den Bonitätsstufen 11-13. Ein nennenswerter Anteil in den Bonitäten 14-15 entfällt auf Leasingengagements, für die Leasinggüter als Sicherheit dienen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2015 in % | 31.3.2014 in Mio. € | 31.3.2014 in % |
|-------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|-------------------|
| 1-4 | 8.447 | 32% | 7.152 | 26% |
| 5-7 | 7.555 | 29% | 7.504 | 27% |
| 8-10 | 3.364 | 13% | 4.011 | 15% |
| 11-13 | 1.038 | 4% | 1.398 | 5% |
| 14-15 | 121 | 0% | 131 | 0% |
| Non-performing Assets ²⁾ | 831 | 3% | 921 | 3% |
| Zwischensumme | 21.356 | 81% | 21.117 | 77% |
| Risikoauspätzierungen ³⁾ | 1.068 | 4% | 2.015 | 7% |
| Konzerninterne Geschäfte | 3.902 | 15% | 4.270 | 16% |
| Gesamt | 26.326 | 100% | 27.402 | 100% |

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten einzelwertberechtigter Wertpapiere

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Non-performing Assets (Problemengagements)

Tabelle: Non-performing Assets¹⁾ – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2014 in Mio. € | Veränderung in Mio. € | Veränderung in % |
|------------------------------|------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| Einzelwertberichtigte Assets | 638 | 838 | -200 | -24% |
| Nicht wertgemindert | 290 | 227 | 63 | 28% |
| Gesamt | 928 | 1.065 | -137 | -13% |
| In % des Kreditvolumens | 3,6% | 4,0% | | |

1) Kreditvolumen inklusive Verluste einzelwertberechtigter Wertpapiere (31. März 2015: 29 Mio. €; 31. März 2014: 40 Mio. €)

Non-performing Assets sind Kreditvolumina von Schuldern, die einen Schuldnerausfall nach § 178 Capital Requirements Regulation (CRR) aufweisen. Ein Schuldnerausfall liegt vor, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, Zinsen oder Kapitalrückzahlungen an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen in Verzug sind oder wenn andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Wertpapiere werden bereits den Non-performing Assets zugeordnet, wenn die Bank eine nachhaltige Wertminderung für wahrscheinlich hält.

Kommt die Bank im Rahmen ihrer Einzelfallüberprüfung zu der Erkenntnis, dass die vertraglichen Verpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können, wird die Forderung als nachhaltig wertgemindert eingestuft und einzelwertberichtigt. Non-performing Assets, die als nachhaltig wertgemindert eingestuft worden sind, werden als „Einzelwertberichtigte Assets“ gesondert dargestellt. Bei der Bemessung der Höhe der Einzelwertberichtigung berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der jeweils verfügbaren Sicherheiten.

In den nicht einzelwertberichtigten Non-performing Assets sind auch Engagements mit einer krisenbedingten Restrukturierung (Forbearance) ohne Einzelwertberichtigungsbedarf zumindest innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten ab Beginn der Restrukturierungsmaßnahmen enthalten.

Dem Definitionsvorschlag der European Banking Authority (EBA)¹ entsprechend, werden auch Engagements mit einer krisenbedingten Restrukturierung (Forbearance) ohne Einzelwertberichtigungsbedarf den Non-performing Assets zumindest innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten ab Beginn der Restrukturierungsmaßnahme zugeordnet.

In den Non-performing Assets sind nicht enthalten:

- Risikoausplatzierungen (149 Mio. €, Vorjahr: 278 Mio. €), die auf Non-performing Assets entfallen, da diese Kreditrisiken von anderen Banken, öffentlichen Stellen oder über Collateralized-Loan-Obligations (CLO)-Ausplatzierung übernommen sind und auf die Haftungsübernehmer abgestellt werden (Bonitätswechsel). Die übernommenen Krediteile werden nur dann als Non-performing Assets angesehen, wenn der Haftungsübernehmer ebenfalls eines der Default-Kriterien erfüllt (Double Default).
- Nicht gezogene Zusagen bei Schuldern, deren Restengagement als Non-performing Asset geführt wird (19 Mio. €, Vorjahr: 20 Mio. €); offene Zusagen werden nicht im Kreditvolumen dargestellt, und
- Wertpapiere, die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden – vgl. hierzu das Unterkapitel „Adressenausfallrisiken“/„Strukturierte Kreditprodukte“ im Kapitel 4. „Risikobericht“.

Die einzelwertberichtigten Assets sind im Geschäftsjahr 2014/15 stark zurückgegangen.

Der Anstieg der nicht wertgeminderten Non-performing Assets ist beeinflusst durch zwei größere neue Fälle mit Restrukturierungsbedarf, ohne dass Einzelwertberichtigungen erforderlich waren.

Tabelle: Non-performing Assets¹⁾ – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2014 in Mio. € | Veränderung in Mio. € | Veränderung in % |
|------------------------------|------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| Einzelwertberichtigte Assets | 604 | 754 | -150 | -20% |
| Nicht wertgemindert | 256 | 194 | 62 | 32% |
| Gesamt | 860 | 948 | -88 | -9% |
| In % des Kreditvolumens | 3,3% | 3,5% | | |

1) Kreditvolumen inklusive Verluste einzelwertberichtigter Wertpapiere (31. März 2015: 29 Mio. €; 31. März 2014: 27 Mio. €)

¹ „EBA FINAL draft Implementing Technical Standards On Supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures under article 99(4) of Regulation (EU) No 575/2013“ (ITS) vom 21. Oktober 2013

Tabelle: Einzelwertberichtigte Assets – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2014 in Mio. € | Veränderung in Mio. € | Veränderung in % |
|---|------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| Inland | 321 | 431 | -110 | -26% |
| Ausland | 254 | 318 | -64 | -20% |
| Einzelwertberichtigte Kredite | 575 | 749 | -174 | -23% |
| Einzelwertberichtigte Wertpapiere ¹⁾ | 63 | 89 | -26 | -29% |
| Einzelwertberichtigte Assets gesamt | 638 | 838 | -200 | -24% |
| In % des Kreditvolumens | 2,5% | 3,2% | | |

1) Buchwerte zuzüglich Verluste einzelwertberichtigter Wertpapiere (31. März 2015: 29 Mio. €; 31. März 2014: 40 Mio. €)

Der Rückgang der einzelwertberichtigten Kredite um 174 Mio. € betraf Abwicklungs- und Verkaufsmaßnahmen im In- wie im Ausland. Dabei konnte sich die Bank auch von älteren Non-performing Assets trennen und gleichzeitig bereits gebildete EWB auflösen. Der Rückgang der einzelwertberichtigten Wertpapiere betraf Ausbuchungen.

Tabelle: Einzelwertberichtigte Assets – IKB AG

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2014 in Mio. € | Veränderung in Mio. € | Veränderung in % |
|---|------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|
| Inland | 305 | 400 | -95 | -24% |
| Ausland | 236 | 284 | -48 | -17% |
| Einzelwertberichtigte Kredite | 541 | 684 | -143 | -21% |
| Einzelwertberichtigte Wertpapiere ¹⁾ | 63 | 70 | -7 | -10% |
| Einzelwertberichtigte Assets gesamt | 604 | 754 | -150 | -20% |
| In % des Kreditvolumens | 2,3% | 2,7% | | |

1) Buchwerte zuzüglich Verluste einzelwertberichtigter Wertpapiere (31. März 2015: 29 Mio. €; 31. März 2014: 27 Mio. €)

Risikovorsorge

Tabelle: Risikovorsorge – Konzern

| | 31.3.2015 in Mio. € | 31.3.2014 in Mio. € | Veränderung in % |
|--|------------------------|------------------------|---------------------|
| Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen ¹⁾ | 133,8 | 213,2 | -37% |
| Direktabschreibungen | 2,7 | 6,0 | -55% |
| Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen | -13,8 | -9,7 | 42% |
| Auflösung und Unwinding von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen ¹⁾ | -106,3 | -91,1 | 17% |
| Zuführung zu/Auflösung von Pauschalwertberichtigungen ²⁾ | 49,1 | -30,9 | |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 65,5 | 87,5 | -25% |
| eingebettete Derivate/Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen von Portfolioinvestments | 0,3 | -0,7 | |
| Nettozuführung zur Risikovorsorge | 65,8 | 86,8 | -24% |
| Ergebnis aus Wertpapieren und Derivaten der Liquiditätsreserve | -1,0 | 0,7 | |
| Risikovorsorgesaldo | 64,8 | 87,5 | -26% |
| Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen³⁾ | | | |
| Anfangsbestand | 406,6 | 409,0 | -1% |
| Inanspruchnahme | -120,8 | -123,4 | -2% |
| Auflösung | -96,5 | -80,0 | 21% |
| Umgliederung und Saldo aus Auf- und Abzinsungen | 14,1 | - | |
| Unwinding | -9,8 | -11,1 | -12% |
| Zuführung Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen | 133,8 | 213,2 | -37% |
| Fremdwährungsänderung | 3,3 | -1,1 | |
| Bestand EWB/Rückstellungen | 330,7 | 406,6 | -19% |
| Pauschalwertberichtigungen⁴⁾ | | | |
| Anfangsbestand | 109,9 | 140,8 | -22% |
| Zuführung/Auflösung | 49,1 | -30,9 | |
| Umgliederung | 0,2 | - | |
| Bestand Pauschalwertberichtigungen | 159,2 | 109,9 | 45% |
| Bestand Risikovorsorge gesamt (inklusive Rückstellungen) | 489,9 | 516,5 | -5% |

1) ohne als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten, per saldo 2,7 Mio. € Zuführung im Zeitraum 1. April 2014 bis 31. März 2015; Vorjahreszeitraum 1,0 Mio. € Zuführung; Vorjahresausweis geändert

2) inklusive als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten; Vorjahresausweis geändert

3) ohne Rückstellungen auf eingebettete Derivate, ohne als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten 31. März 2015: 7,3 Mio. €; 31. März 2014: 4,6 Mio. €; Vorjahresausweis geändert

4) inklusive als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten; Vorjahresausweis geändert

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDS sowie bei in Credit Linked Notes (CLN) eingebetteten CDS wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet. Vgl. auch die Erläuterungen im Anhang Ziffer 5 Risikovorsorge.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit 66 Mio. € um 22 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 88 Mio. €. Grund für den Rückgang sind um 37 % niedrigere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen. EWB-Zuführungen auf große Einzelfälle, die im Vorjahr die Risikovorsorgezuführung mit 49 Mio. € beeinflusst hatten, blieben aus. Die im Vergleich zum Vorjahr angestiegenen EWB-Auflösungen und Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen konnten beim Abbau auch von älteren Non-performing Assets erzielt werden.

Den Pauschalwertberichtigungen wurden im vergangenen Geschäftsjahr 49 Mio. € zugeführt nach einer Auflösung von 31 Mio. € im Vorjahr. Die Zuführung steht im Zusammenhang mit latenten erhöhten Adres-

senausfallrisiken in den Bereichen Akquisitionsfinanzierungen, Private-Finance-Initiative-Finanzierungen im Rahmen von Public Private Partnerships, den Auswirkungen der EU-Sanktionen gegenüber Russland sowie der Verschärfung der Gesetzgebung im Segment erneuerbare Energien in Südeuropa.

Risikoreporting

Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Strukturierte Kreditprodukte

Die Risiken aus den verbliebenen strukturierten Kreditprodukten entfallen auf Positionen, die im Wesentlichen auf Risiken von Unternehmen und Staaten referenzieren, sowie auf Rückbehalte von IKB-Eigenverbriefungen. Ökonomische Risiken aus Investments mit Subprime-Bezug bestehen für die IKB nur noch aus den auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets.

Das Teilsegment Portfolioinvestments enthält per 31. März 2015 folgende Elemente:

- Verbriefungspositionen in Höhe von nominal 81 Mio. € (31. März 2014: 161 Mio. €) mit einem Buchwert von 49 Mio. € (31. März 2014: 114 Mio. €), die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören und größtenteils aus der Verbriefung eigener Kredite stammen. Diese Assets haben überwiegend ein Sub-Investment-Grade-Rating.
- Zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und Referenzaktiva auf Unternehmen und Staaten im Gesamtvolumen von nominal 200 Mio. € (31. März 2014: 200 Mio. €) und einem Buchwert von 200 Mio. € (31. März 2014: 200 Mio. €). Die Transaktionen verfügen über ein externes Rating von Baa.
- Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 179 Mio. € (31. März 2014: 244 Mio. €) und einem Buchwert von 75 Mio. € (31. März 2014: 80 Mio. €), die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden. Die Subprime-Risiken der IKB belaufen sich auf einen Buchwert von 30 Mio. € (31. März 2014: 36 Mio. €). Die aus dem Portfolio resultierenden Residualerlöse stehen mittlerweile gänzlich der IKB zu, da im Dezember 2014 der bis dahin von der LSF Aggregated Lendings S.à.r.l. gehaltene Mezzanine Loan zum Marktwert an die IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l. übertragen wurde.

Hinsichtlich der Asset-Klassen liegt der Schwerpunkt auf Investments mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) in Höhe von 239 Mio. € (31. März 2014: 305 Mio. €). Das Risiko der Assets mit ABS-Bezug (ABS und CDO of ABS) beträgt 84 Mio. € (31. März 2014: 74 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Die IKB fasst unter den Begriff Liquiditätsrisiko das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Liquiditäts-Fristentransformationsrisiko und das volkswirtschaftliche Liquiditätsrisiko.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko (auch operatives Liquiditätsrisiko) stellt hierbei das Risiko dar, dass gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachgekommen werden kann. Grundlage der Liquiditätsrisikoidentifikation und -analyse sind die erwarteten Cashflows des bereits kontrahierten Geschäfts und die ergänzenden Modellierungen, die Maßnahmen- und Neugeschäftsplanung sowie die Liquiditätsreserve (Geldaufnahmemöglichkeiten bei der EZB und Kassenbestand). Die Maßnahmenplanung umfasst hierbei im Wesentlichen die Prolongation und den Aufbau von Kundeneinlagen, die vom Einlagensicherungsfonds besichert sind. Darüber hinaus werden die so ermittelten zukünftigen

Liquiditätssalden über zusätzliche Stresskomponenten (Marktverwerfungen, Kreditverwerfungen, Änderung der Rahmenbedingungen etc.) verringert. Der so ermittelte minimale Liquiditätssaldo über einen 1-Jahres-Horizont wird limitiert. Darüber hinaus können auch Liquiditätssalden der langfristigen Liquiditätsablaufbilanz mittelfristig zu einem Zahlungsunfähigkeitsrisiko führen, sofern keine geeigneten Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Dieses strukturelle Liquiditätsrisiko wird über den Ausweis langfristiger Liquiditätssalden transparent gemacht und ebenso wie das Zahlungsunfähigkeitsrisiko vom Bereich Treasury gesteuert. Gleichwohl bezieht sich das steuerungsrelevante Liquiditätslimit in der Liquiditätsberichtserstattung auf einen 1-Jahres-Horizont.

Das Fristentransformationsrisiko beinhaltet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten (Refinanzierungsrisiko) sowie das Risiko, dass Transaktionen aufgrund von Marktstörungen nur mit Abschlägen glattgestellt werden können (Marktliquiditätsrisiko). Diese beiden Komponenten fließen in Form eines Kostenrisikos in die Risikotragfähigkeitsrechnung der Bank ein und werden im Rahmen des Limitierungskonzepts berücksichtigt.

Das volkswirtschaftliche Risiko stellt das Risiko dar, dass die IKB aufgrund von Marktverwerfungen bzw. einer Anpassung der Rahmenbedingungen in eine Krisensituation gerät. Diesem Risiko wird über die regelmäßige Aktualisierung von Stresstests sowie Stress-Szenarien Rechnung getragen. Im limitierten Szenario werden die jeweils negativsten Auswirkungen der kombinierten Stress-Szenarien berücksichtigt. Ziel ist, dass die IKB unter Planungsmaßnahmen bestimmte Stress-Szenarien für einen definierten Zeitraum aushalten kann. Darüber hinaus werden anlassbezogenen Stresstests durchgeführt.

Neben der regelmäßigen sowie anlassbezogenen Kalkulation von Einzel-Stresstests und kombinierten Stress-Szenarien hat die IKB ein Frühwarnsystem für Liquiditätsveränderungen implementiert. Die Frühwarnindikatoren und die potenziellen Folgen werden regelmäßig mit dem Bereich Treasury diskutiert.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die operative Steuerung der dargestellten und im Liquiditätsrisikobericht ausgewiesenen Liquiditätsrisiken obliegt dem Treasury. Treasury und Risikocontrolling diskutieren mindestens einmal pro Woche die Liquiditätssituation sowie die aktuell zur Verfügung stehenden Liquiditätsmaßnahmen. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation ebenfalls wöchentlich im Asset Liability Committee (ALCo) der Bank dargestellt und, sofern erforderlich, werden Maßnahmen diskutiert und beschlossen.

Refinanzierungssituation

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen im Interbankenmarkt (inklusive Eurex-Repo-Geschäften) und Refinanzierungen über die EZB das unter dem Einlagensicherungsfonds (ESF) besicherte Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren.

Per 31. März 2015 beläuft sich das besicherte Refinanzierungsvolumen im Interbankenmarkt inklusive der Refinanzierungen über die EZB auf etwa 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,4 Mrd. €).

Im Berichtszeitraum hat sich das Volumen von ESF-gesicherten Kundeneinlagen reduziert. Der Bestand beläuft sich per 31. März 2015 auf knapp 5,7 Mrd. € (Vorjahr: 6,5 Mrd. €).

Neben diesen Kundeneinlagen hat die IKB auch unter dem ESF gesicherte Schuldscheindarlehen mit einem Gesamtvolumen von 2,1 Mrd. € ausstehen (Vorjahr: 2,7 Mrd. €). Zudem hat die IKB AG die Emission von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundensegment auf ein Gesamtvolumen von knapp 0,5 Mrd. € zum 31. März 2015 ausgeweitet (Vorjahr: 0,3 Mrd. €).

Die Bank nutzt weiterhin für ihre Kunden aktiv Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken.

Liquiditätssituation

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts und unter Berücksichtigung der von Kunden nicht ausgenutzten Kreditlinien sowie Liquiditätszusagen mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 7 Mrd. € bis 8 Mrd. €. Der Mittelbedarf leitet sich aus den juristischen Fälligkeiten der Aktiv- und Passivpositionen sowie dem geplanten Kreditneugeschäft ab.

Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen aus heutiger Sicht im Wesentlichen wie bisher die Hereinnahme von besicherten Kundengeldern und Schuldscheindarlehen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren, Inhaberschuldverschreibungen und die Veräußerung von Bilanzaktiva zur Verfügung. Weiterhin stellen auch besicherte Refinanzierungsstrukturen eine Option für die Bank dar.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintritts mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, welche die Prolongation von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und den Verkauf von Bilanzaktiva nicht oder nicht ausreichend erlaubt. Für diesen Fall hat die IKB einen Liquiditätsnotfallplan, der gemeinsam von Treasury und Risikocontrolling entworfen wurde. Dieser beschreibt ein Maßnahmenbündel und eine festgelegte Vorgehensweise, mit welcher im Falle eines Liquiditätsengpasses reagiert wird.

Per 31. März 2015 hat die IKB die Liquiditätssituation für eine längere Zeit gesichert. So liegt der limitierte minimale Liquiditätssaldo um etwa 1,0 Mrd. € über dem Liquiditätslimit. Diese komfortable Liquiditätsausstattung wird auch daran deutlich, dass die Bank unter Berücksichtigung der juristischen Fälligkeiten von Aktiv- und Passivpositionen, der Geldaufnahmemöglichkeiten bei der Zentralbank sowie im besicherten Interbankenmarkt und ohne das geplante Kreditneugeschäft ceteris paribus (also insbesondere bei als gleichbleibend angenommenen Marktwerten) für einen längeren Zeitraum durchfinanziert ist. Marktwertänderungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve und bei Derivaten können über Veränderungen der Collateralwerte/-bestände zu Änderungen der Liquiditätssituation führen.

Das in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließende Fristentransformationsrisiko beträgt 28 Mio. € (siehe Tabelle im Anhang).

Die Bank wird ihre Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) in einem Korridor zwischen 1,25 und 2,0 steuern. Die Liquiditätskennziffer lag im Berichtszeitraum durchschnittlich bei 2,0 und damit deutlich über der gesetzlichen Mindestanforderung von 1,00.

Die Mindestanforderung für die Liquidity Coverage Ratio (LCR) liegt mit dem Inkrafttreten zum 1. Oktober 2015 gemäß Artikel 460 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 i. V. m. Artikel 38 Abs. 2 der Delegierten Verordnung 2015/61/EU bei 60 %. Die Bank ist bestrebt, diese Mindestanforderung deutlich zu übertreffen. Der dafür angestrebte Wert liegt bei über 100 %.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von ökonomischen und bilanziellen Wertverlusten bezeichnet, die durch Veränderungen von Marktpreisen entstehen.

Das Marktpreisrisiko unterteilt sich in die Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX (Foreign Exchange)-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten.

- Zins-Risiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Geschäften bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve.

- Credit-Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.
- FX-Kurs-Risiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro.
- Aktien- und Inflationsindex-Risiken bestehen in potenziellen Wertänderungen der betroffenen Aktien- und Inflationsindizes.
- Volatilitäts-Risiken bestehen in möglichen Wertänderungen von direkten oder indirekten Optionspositionen aufgrund von Schwankungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise.

Marktpreisrisikoprofil und Geschäftsfelder

Die IKB unterscheidet folgende Portfolios:

- Eigen- und Kundenhandel,
- Investmentportfolio einschließlich Liquiditätsreserve,
- Kreditrefinanzierung.

Für Geschäfte im Eigenhandel beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar. Im Kundenhandel liegt der Schwerpunkt mit Bezug auf mögliche Marktpreisrisiken in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements der Kunden. Ergänzt wird dies dadurch, dass Wertpapiere, die von Kunden emittiert worden sind, mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren in das Handelsbuch genommen werden. Die hiermit verbundene maximale Risikoposition wird gering gehalten.

Zinsänderungsrisiken werden in der IKB in Form von Refinanzierungs- und Strukturrisiken eingegangen.

Das relevante Credit-Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, den Kreditderivaten des Investmentportfolios sowie den verbliebenen Portfolioinvestments. Eine spezifische Steuerung/Absicherung der Credit-Spread-Risiken erfolgt selektiv in Abhängigkeit des jeweiligen Marktumfeldes. Infolge der grundsätzlichen Halteabsicht im Kreditgeschäft werden Credit-Spread-Risiken im Kreditgeschäft als nicht steuerungsrelevant für das Marktpreisrisiko betrachtet und nicht aktiv gemanagt.

In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP und CHF.

Bedingt durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) Anfang Januar 2015 die Koppelung des Schweizer Franken an eine Untergrenze zum Euro aufgegeben. Im Ergebnis führte die Maßnahme der SNB zu einem ökonomischen Gewinn von ca. 3,4 Mio. €.

Der Hauptteil der Marktpreisrisiken resultiert dementsprechend aus dem Investmentportfolio und der Kreditrefinanzierung. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread- sowie Zinsänderungsrisiken.

Quantifizierung und Beurteilung der Marktpreisrisiken

Die Risikoidentifikation erfolgt durch die Ermittlung des Value at Risk (VaR), ergänzt um Stresstests und Szenarioanalysen. Alle Portfolios werden täglich bewertet. Zur Messung des Marktpreisrisikos wird ein VaR-Ansatz mittels historischer Simulation verwendet, wobei alle relevanten Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten berücksichtigt werden. Es wird der Gesamtbestand berücksichtigt, zu dem alle wesentlichen Einheiten der Bank beitragen.

Für die tägliche operative Risikoüberwachung wird ein ökonomischer VaR auf einem Konfidenzniveau von 99 % unter der Annahme der Haltedauer von einem Tag berechnet. Zusätzlich wird auf täglicher Basis für

die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung der VaR auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (ökonomische Liquidationssicht) bzw. 95 % (bilanzorientierte Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

Der Ausweis des VaR erfolgt im internen Reporting nicht nur nach Portfolios, sondern zur umfassenden Bewertung der Risikosituation auch nach Risikoarten differenziert: Je Portfolio wird der Gesamt-VaR, Zins/Volatilitäts-VaR, FX/Volatilitäts-VaR, Credit-Spread-VaR und Inflations-VaR ermittelt.

Zur Unterstützung der Marktrisikosteuerung werden auf Einzelgeschäftsebene und nach Portfolios aggregiert Risikofaktor-Sensitivitäten ermittelt und regelmäßig berichtet.

Da die Marktpreisrisikomessung mittels VaR nur Aufschluss über die Entwicklung des Risikos unter „normalen“ Bedingungen geben kann bzw. im Fall der Historischen Simulation unter Bedingungen, wie sie innerhalb der letzten 250 Handelstage beobachtet wurden, wird die VaR-basierte Risikomessung durch Stresstests ergänzt. Je nach angewendetem Szenario geben Stresstests einen Aufschluss über die Entwicklung eines Portfolios auch unter „anormalen“ Bedingungen. Generell werden in der IKB bei der Stresstestrechnung verschiedene von der BaFin, der Bundesbank und von der IKB selbst vorgegebene historische und hypothetische extreme Marktveränderungen für alle Risikofaktoren vorgegeben und der aus diesen Szenarien resultierende barwertige Gewinn/Verlust bestimmt.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zum Backtesting werden im Rahmen des monatlichen Risikoreportings dem Vorstand berichtet.

Marktpreisrisikosteuerung und -absicherung

Wesentliche Aufgabe der Marktpreisrisikosteuerung ist das Management der von den einzelnen Geschäftsfeldern übernommenen marktpreissensitiven Positionen. Eine Risikonahme erfolgt jedoch immer innerhalb der zugeteilten Limite. Die Risikomessung und -überwachung erfolgen auf End-of-Day-Basis.

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verwendet die IKB eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Marktpreisrisiken werden aus der täglichen Bewertung aller Geschäfte abgeleitet. Hierbei wird regelmäßig geprüft, ob und inwieweit die Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für eindeutig abgegrenzte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Marktwerte verwendet.

Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Marktpreisrisiko, das Zinsergebnis und die Limitauslastung.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie das Marktrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis des VaR um das barwertige Risiko unter Stressannahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung über die Marktpreisrisiken informiert.

Begrenzung der Marktpreisrisiken auf Gruppenebene

Das Management von Marktpreisrisiken in der IKB erfolgt auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises. Die Begrenzung der Marktrisiken erfolgt im Rahmen der vereinbarten Portfoliostruktur der Bank über ein System, das folgende Elemente enthält:

- VaR-Limite,
- Bilanzielle Devisenpositions-Limite,
- Positions-Limite auf Nominal, Rating, Verweildauer im Bestand.

Die Überwachung der Limite erfolgt täglich im Rahmen der Erstellung des Marktpreisrisikoberichts. Bei Limitüberschreitungen wird die Geschäftsleitung unmittelbar informiert.

VaR-Limite werden aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Das betrifft die Limite für die bilanzorientierte Going-Concern-Sicht und die ökonomische Liquidationssicht. Die sich aus der ökonomischen Liquidationssicht ergebende Feinsteuerung besteht aus einem VaR-Limit, basierend auf einem 99 %-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von einem Tag.

Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken

Zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktrisiken im Handelsbuch verwendet die IKB Standardmethoden.

Marktpreisrisikoprofil im Jahresvergleich

Die folgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises mittels Zins- und Credit Spread-Basis Point Value sowie des Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

| in Mio. € | Stichtagswert zum | Stichtagswert zum |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Zins-Basis Point Value (BPV) | -1,5 | -0,2 |
| Credit Spread-BPV | -7,3 | -5,8 |
| VaR – Zins und Volatilität | -29,2 | -21,9 |
| VaR – Credit-Spread | -58,8 | -31,8 |
| VaR – FX und Volatilität | -1,5 | -1,4 |
| VaR – Inflation und Volatilität | -1,4 | -1,2 |
| Korrelationseffekt | 39,0 | 15,6 |
| VaR gesamt | -51,9 | -40,7 |
| davon Eigen- und Kundenhandel | -0,2 | -0,4 |

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das im Bereich Risikocontrolling angesiedelte Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften. Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Aufgabenschwerpunkt des ORM im Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen und Risikosteuerungsimpulse ableiten.

Zum Verantwortungsbereich des ORM gehört auch das konzernweite Notfallmanagement. Alle Notfallpläne sind sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in papiergebundener Form in Notfallmanage-

ment-Handbüchern hinterlegt. Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests und Benutzerübungen sichergestellt.

Alle eingetretenen oder beinahe eingetretenen wesentlichen Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen (z. B. Reputationswirkungen) untersucht. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine sofortige Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Bruttoschadensvolumen betrug insgesamt 5,0 Mio. € (aufgrund neuerer Erkenntnisse angepasster Vorjahreswert: 3,9 Mio. €) auf Konzernebene. Davon entfielen rund 3,3 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) auf die IKB AG. Aufgrund von Schadensminderungen (z. B. Versicherungs-, Vergleichs- oder Kulanzzahlungen) kann der GuV-wirksame Schaden geringer ausfallen. Sofern einzelne Schadenshöhen (noch) nicht exakt zu bestimmen sind, beruhen die Werte auf Schätzungen und können zum Teil erst mit erheblichem zeitlichen Nachlauf präzisiert werden. Vor diesem Hintergrund kann es auch für zurückliegende Perioden zu Wertaufhellungen kommen.

Die größten operationellen Risiken sieht die Bank trotz der Beilegung wesentlicher juristischer Auseinandersetzungen weiterhin im Rechtsrisiko (siehe hierzu Unterkapitel „Rechtsrisiken“) sowie in einer erheblichen Ressourcenanspannung durch umfangreiche parallele aufsichtsrechtliche Informationsanforderungen und Prüfungen.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Daneben sind aus vertraglichen Vereinbarungen resultierende Haftungsrisiken Teil der Rechtsrisiken.

Das Management der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht. Das Management der Steuerrechtsrisiken ist Aufgabe der Stabsabteilung Steuern.

Für die Bank relevante Rechtslagen und Rechtsentwicklungen werden identifiziert und durch Information, Beratung, Standardtexte und direkte Begleitung von Individualgeschäften in die Gesellschaft vermittelt.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt grundsätzlich durch interne Mitarbeiter. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Kreditgeschäft und kreditnahen Geschäft wird ein textbausteinbasiertes Mustervertragssystem verwendet. Für sonstige Geschäfte existieren teilweise Standardtexte. Abweichungen von diesen Mustern oder individuell gestaltete Verträge und Transaktionen werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in in- und externen Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

Als weitere Maßnahme wurde durch den Bereich Recht der Arbeitskreis Rechtsentwicklung gegründet, um aktuelle regulatorische und bankaufsichtsrechtliche Entwicklungen in koordinierender Weise zeitnah zu

identifizieren und deren Auswirkungen sowie daraus resultierende Umsetzungsbedarfe für die Bank abzustimmen.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Mitarbeiter, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und im Konzern verfügbaren Informationen erhalten, die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und des Konzerns und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bezüglich der steuerrechtlichen Themen gewährleistet die Stabsabteilung Steuern ebenfalls durch Einsatz spezialisierter Mitarbeiter, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und den Konzerngesellschaften verfügbaren Informationen erhalten, die gesetzeskonforme Deklaration sowie die Verteidigung der Steuerpositionen gegenüber der Finanzverwaltung. Bei Bedarf werden hier auch externe Steuerberater eingeschaltet. Auf Ebene der IKB AG oder ihrer Tochtergesellschaften könnte grundsätzlich zusätzlicher Steueraufwand bezüglich bislang noch nicht geprüfter Veranlagungszeiträume entstehen. Die letzte noch nicht abgeschlossene Steuerprüfung für den inländischen Organkreis betrifft die Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2006 (Umsatzsteuer bis einschließlich 2005). Die IKB befindet sich in der Situation der stetigen Anschlussbetriebsprüfung.

Im Rahmen des Managements der Rechtspositionen der IKB schließt die Gesellschaft mit potenziellen Anspruchstellern und -gegnern verjährungshemmende und Vergleichsvereinbarungen. Soweit Risiken erkennbar sind, wird eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Die IKB und zum Konzern gehörende Gesellschaften sind an rechtlichen Verfahren beteiligt. Anhängige Verfahren gegen die IKB und/oder zum Konzern gehörende Gesellschaften, die einen Streitwert von mehr als 15 Mio. € haben oder aus anderen Gründen für die IKB von Bedeutung sind, werden nachfolgend zusammenfassend dargestellt:

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation

Gegen die Gesellschaft sind seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 ursprünglich mehr als 140 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützten sich auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, zum Teil aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

Die genannten gerichtlichen Verfahren beliefen sich zwischenzeitlich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rund 14,6 Mio. €. Daneben sind weitere Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren außergerichtlich an die Gesellschaft mit der Forderung auf Schadenersatz herangetreten.

Bis auf ein Verfahren in zweiter Instanz mit einem Streitwert im niedrigen fünfstelligen Euro-Bereich sind alle Verfahren beendet. Die IKB hält die verbliebene Klage sowie mögliche neue Klagen von Anlegern und die o. g. außergerichtlichen Schadenersatzforderungen weiterhin für unbegründet.

Es ist aber auch mehr als sieben Jahre nach Ausbruch der Krise der Gesellschaft immer noch nicht gänzlich auszuschließen, dass weitere Anleger Schadenersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Weitere Rechtsstreitigkeiten

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC (RFCC), Delaware, und/oder Rhinebridge von an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird. Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließ-

lich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden.

Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die erkennbaren Rechtsrisiken aus den durch die Freistellungserklärung erfassten Transaktionen durch die Freistellung gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunfts-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung erfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas/USA (LSF6 Europe), nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Aktienrechtliche Sonderprüfung

Im August 2009 hatte das Landgericht Düsseldorf auf Antrag von Aktionären beschlossen, einen Sonderprüfer zu bestellen, der bei der IKB überprüfen sollte, ob Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen bezüglich der IKB-Krise begangen haben. Das Landgericht hatte den Auftrag zur Durchführung der Sonderprüfung Herrn Dr. Harald Ring, Mitglied des Vorstands der Treuhand- und Revisions-Aktiengesellschaft Niederrhein, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft in Krefeld, erteilt.

Rechtsbehelfe der IKB gegen die gerichtliche Bestellung des Sonderprüfers blieben aufgrund gerichtlicher Entscheidungen aus Dezember 2009 und März 2010 erfolglos. Im Nachgang zu diesen gerichtlichen Entscheidungen hatte Herr Dr. Ring seine Tätigkeit als Sonderprüfer wieder aufgenommen.

Ende Februar 2014 legte Herr Dr. Harald Ring seinen 1.836 Seiten umfassenden Abschlussbericht der IKB vor.

Am 17. April 2014 hatte die IKB beim Landgericht Düsseldorf einen Antrag auf Durchführung eines Schutzverfahrens gemäß § 145 Abs. 4 AktG gestellt. Erst am 12. August 2014 erlangte die Bank Kenntnis davon, dass das Gericht diesem Antrag nicht stattgegeben hat. Gegen diesen Gerichtsbeschluss hat die IKB kein Rechtsmittel eingelegt. Daraufhin wurde der Abschlussbericht vom Sonderprüfer zum Handelsregister eingereicht. Daneben hat die IKB den Bericht auch auf ihrer Internetseite zur Einsicht bereitgestellt.

Der Sonderprüfungsbericht wird Gegenstand der Tagesordnung der Hauptversammlung 2015 sein.

Der Bericht kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass den damaligen Mitgliedern des Aufsichtsrats im Zusammenhang mit den krisenauslösenden Ereignissen keine Pflichtverletzungen vorzuwerfen sind. Dieses Ergebnis wird auch durch die eigene Prüfung des Vorstands bestätigt. Insofern werden keine Scha-

denersatzansprüche gegen Mitglieder des Aufsichtsrats geltend gemacht, die in dem von der aktienrechtlichen Sonderprüfung abgedeckten Zeitraum amtierten.

Für die damaligen Mitglieder des Vorstands stellt der Sonderprüfungsbericht zwar vereinzelt Pflichtverletzungen fest. Diese hätten jedoch nicht oder jedenfalls nicht mit hinreichender Sicherheit zu der späteren Krise der IKB geführt. Der Aufsichtsrat hat den Bericht umfassend erörtert und nach gründlicher Analyse beschlossen, gegen ehemalige Vorstandsmitglieder Schadenersatzansprüche wegen des Unterlassens der Veröffentlichung einer Ad-hoc-Mitteilung im Juli 2007 geltend zu machen. Darüber hinaus werden aufgrund der Erkenntnisse der aktienrechtlichen Sonderprüfung keine weitergehenden Schadenersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder geltend gemacht, die in dem von der aktienrechtlichen Sonderprüfung abgedeckten Zeitraum amtierten.

Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass aufgrund der Sachverhaltsangaben und Wertungen des Sonderprüfers Klagen Dritter gegen die Gesellschaft ausgelöst werden. Die IKB geht davon aus, dass solche Klagen erfolglos bleiben werden.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen

Gegen die Beschlüsse der Hauptversammlung vom 25. März 2009 (u. a. Tagesordnungspunkte 3 und 4: Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats) sind derzeit noch Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen rechtshängig.

Entsprechende Verfahren wegen der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 28. August 2008 konnten im Laufe des Geschäftsjahres zugunsten der Gesellschaft rechtskräftig beendet werden. Hinsichtlich der Hauptversammlungen der Jahre 2008 und 2009 sind ferner Auskunftserzwingungsverfahren gemäß § 132 AktG bei Gericht anhängig; die Verfahren werden seit Jahren faktisch nicht betrieben.

Derivatgeschäft

Vereinzelt wurden von Kunden die Beratungsleistungen der Bank im Zusammenhang mit bestimmten Swap-Produkten moniert. Derzeit sind sechs Klagen, drei davon in zweiter Instanz, anhängig. In einem weiteren Fall strebt ein Kunde ein außergerichtliches Streitschlichtungsverfahren an. Die gerichtlichen Streitwerte und der Güteantrag summieren sich auf knapp 20 Mio. €.

Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung

Die IKB wurde gegen Ende des Geschäftsjahres 2014/15 von der Finanzverwaltung darüber informiert, dass diese eine abweichende Auffassung zur Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG im Zusammenhang mit der unterjährig erfolgten Kapitalerhöhung der IKB AG und dem anschließenden Verkauf der IKB-Anteile der KfW an Lone Star im Geschäftsjahr 2008/09 vertritt und entsprechende Steuerbescheide zu erlassen beabsichtigt. Streitbehaftet ist derzeit ein Gesamtbetrag von insgesamt 291 Mio. €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. März 2015 in Höhe von 145 Mio. € durch Bildung einer Rückstellung und Abschreibung einer bestehenden Steuerforderung berücksichtigt wurde. Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus einer möglichen Steuerbelastung von 235 Mio. € (der Betrag entfällt in etwa hälftig auf Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer) sowie auf die Steuern entfallende Zinsen in Höhe von 0,5 % pro Monat (unter der Annahme einer Bescheidung bis zum 30. Juni 2015: 56 Mio. €). Basis der angekündigten Bescheide ist eine erstmals von der Finanzverwaltung gegenüber der Gesellschaft geäußerte Vorgehensweise in Bezug auf §§ 8c KStG/10a GewStG. Diese betrifft die Methodik der Verrechnung steuerlicher, zeitanteilig ermittelter Verluste der IKB AG mit steuerlichen Gewinnen der IKB Beteiligungen GmbH, einer Organgesellschaft der IKB AG, im Geschäftsjahr 2008/09. Ein schädlicher Beteiligungserwerb i.S.v. §§ 8c KStG/10a GewStG kann im Falle einer Kapitalerhöhung oder einer Anteilsveräußerung vorliegen und zur Beschränkung der Verrechnung von Verlusten führen. Im Geschäftsjahr 2008/09 erfolgte eine

unterjährige Kapitalerhöhung der IKB AG sowie der anschließende Verkauf der IKB-Anteile der KfW an Lone Star.

Die im Rahmen der steuerlichen Verlustverrechnung relevanten Gewinne bzw. Einkünfte stammen insbesondere aus der im Jahr 2008 erworbenen IVG Kavernen GmbH. Die erworbene Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2008/09 auf die IKB Beteiligungen GmbH verschmolzen. Die IKB hatte damit die IVG bei der Strukturierung einer Verkaufstransaktion und der Reorganisation des Geschäftsfeldes Kavernen unterstützt. Die Finanzverwaltung vertritt derzeit die Auffassung, dass die Gewinne, die bei den Organgesellschaften vor dem Zeitpunkt der schädlichen Beteiligungserwerbe entstanden sind, bei der IKB AG für Zwecke der Verlustverrechnung nach §§ 8c KStG/10a GewStG nicht berücksichtigt werden dürften.

Die IKB hat mithilfe von internen und externen Experten eine umfangreiche steuerrechtliche Risikobewertung zur geäußerten Auffassung der Finanzverwaltung vorgenommen. Hinsichtlich der Körperschaftsteuer und des Solidaritätszuschlags sieht die IKB gute, im Hinblick auf die Gewerbesteuer sehr gute Erfolgsaussichten für ein letztinstanzliches Obsiegen in einem gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren.

Trotz der guten Erfolgsaussichten hat sich die IKB aufgrund des Vorsichtsprinzips des HGB entschieden, eine Steuerrückstellung für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und die auf die Körperschaftsteuer entfallenden Zinsen in Höhe von insgesamt 140 Mio. € zu bilden und eine bestehende Steuerforderung über 5 Mio. € abzuschreiben. Zu weiteren Ausführungen im Hinblick auf die Steuerrückstellung wird auf Kapitel 5. „Chancenbericht“ sowie die Ausführungen zu den „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ im Anhang verwiesen.

Für die Gewerbesteuer und die damit im Zusammenhang stehenden Zinsen war auf Grundlage der sehr guten Erfolgsaussichten für ein letztinstanzliches Obsiegen und der damit einhergehenden überaus positiven Risikoeinschätzung keine Rückstellung zu bilden. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Verfahrensverlauf eine Neueinschätzung der Risiken notwendig wird. Das Risiko für die Gewerbesteuer beläuft sich auf rd. 117 Mio. € zuzüglich Zinsen von 0,5 % pro Monat (unter der Annahme einer Bescheidung bis zum 30. Juni 2015: 29 Mio. €). Für den Fall, dass sich dieses Risiko realisieren würde, ergäben sich die folgenden Auswirkungen gemessen an den finanziellen Leistungsindikatoren per 31. März 2015:

- Die auf den 31. März 2015 ermittelte aufsichtsrechtliche harte Kernkapitalquote bzw. CET 1-Quote würde sich in der aufsichtsrechtlichen IKB-Gruppe um 1,1 %-Punkte, in der IKB AG um 1,2 %-Punkte verschlechtern.
- Die auf den 31. März 2015 ermittelte Leverage Ratio der aufsichtsrechtlichen Gruppe und der IKB AG würde um jeweils 0,7 %-Punkte sinken.
- Der Gewinn nach Steuern und vor Dotierung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) zum 31. März 2015 würde um 146 Mio. € sinken.

Auf die Liquidity Coverage Ratio und die Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) Liquiditätsverordnung würden sich keine Auswirkungen ergeben.

Risiken der Informationssicherheit

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die IKB die Prozesse der Informationssicherheit grundlegend neu geregelt und optimiert. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Herausforderungen an die Sicherheit von Daten, Systemen und Prozessen hat der Vorstand im März 2014 die Stelle eines Chief Information Security Officers (CISO) als Stabsstelle direkt unterhalb des Vorstands beschlossen und diese zum 1. April 2014 besetzt. Der CISO wurde beauftragt, das bestehende auf ISO 27001 basierende Informationssicherheitsma-

nagementsystems (ISMS) an die aktuell gestiegenen Anforderungen anzupassen. Das im ISMS durchgeführte Risikomanagement adressiert dabei alle relevanten Risiken der Informationssicherheit. Durch die aufbauorganisatorische Ansiedelung des CISO außerhalb der IT ist eine zusätzliche und neutrale Kontrollinstanz für alle Prozesse der Informationssicherheit entstanden.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte auf Maßnahmen zum Management der IT-Sicherheit. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des IT-Sicherheitsmanagements im Rahmen des am Standard ISO 27001 angelehnten ISMS der IKB (siehe auch „Risiken der Informationssicherheit“).

Dabei wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die sich verändernde externe Bedrohungslage angepasst. Risiken für die Verfügbarkeit der Infrastruktur werden durch die Verteilung der Rechenzentren auf zwei räumlich getrennte Standorte minimiert. Risiken der Auslagerungen wesentlicher IT-Dienstleistungen werden ebenfalls im ISMS berücksichtigt. Maßnahmen zur Risikobehandlung werden durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen verifiziert. Durch die Orientierung an standardisierten Prozessen (u. a. ITIL – IT Infrastructure Library) und der Weiterbildung der Mitarbeiter werden operative Risiken weiter verringert.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB einer Vielzahl von regulatorischen Vorgaben, auf deren Einhaltung die Maßnahmen der zu diesem Zweck eingerichteten verschiedenen Compliance-Funktionen ausgerichtet sind.

Hierzu gehören insbesondere die Rechtsnormen des KWG, des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) und des Geldwäschegesetzes (GwG), woraus Pflichten zur Vermeidung von Marktmissbrauch und Interessenkonflikten, zur ordnungsgemäßen Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen sowie zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen entstehen. Weiterhin sind die regulatorischen Vorgaben in Rundschreiben der BaFin wie z. B. den „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)“ umzusetzen. Im Fokus der Compliance-Funktion nach MaRisk stehen die Vorschriften, die wesentlich sind und deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann.

Die Erfüllung der regulatorischen Anforderungen erfolgt durch einen dreistufigen Organisationsaufbau, bei dem in der sogenannten ersten Verteidigungslinie („first line of defense“) die Mitarbeiter auf der Marktseite und in den unterstützenden Back-Office-Bereichen Dokumentations- und Verhaltenspflichten wahrnehmen. Die fachliche Beratung und Begleitung der Marktbereiche über Compliance-Erfordernisse, die Durchführung von Überwachungshandlungen sowie die Führung zentraler Verzeichnisse und Register finden präventiv und prozessbegleitend durch die Compliance-Funktionen als sogenannte zweite Verteidigungslinie („second line of defense“) statt. Die unabhängige Überwachung der Geschäftstätigkeit des Konzerns in Bezug auf Vorgaben zur Geldwäscheprävention wird durch die Geldwäschebeauftragten der IKB AG im Inland, den lokalen Geldwäschebeauftragten in den Auslandsniederlassungen und die Beauftragten der Tochtergesellschaften sichergestellt. Die Aufgaben des Compliance-Beauftragten nach WpHG/MaComp sowie MaRisk nimmt der Chief Compliance Officer der IKB AG wahr. Die Berichterstattung der Compliance-Beauftragten und des Geldwäschebeauftragten erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand sowie für die Compliance-Funktion auch an den Aufsichtsrat. Die Konzernrevision schließlich prüft prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren als sogenannte dritte Verteidigungslinie („third line of defense“).

Aus den Geschäftsaktivitäten der IKB erwachsen gesetzliche Folgepflichten für den Handel mit Finanzinstrumenten, die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenendienstleistungen sowie die Anlageberatung von Kunden. Mit den ganz überwiegend professionellen Kunden gibt es einen Austausch über eine Vielzahl sensibler Informationen im Zusammenhang mit der Erbringung des Kredit- und Beratungsgeschäfts. Aufgrund der damit verbundenen hohen Anzahl von Insidern in der Bank bedarf es vielfältiger Compliance-Maßnahmen, diese Informationen gegen interessenwidrigen Gebrauch zu schützen. Zu diesem Zweck erfolgt die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen, die Führung des Insider-Verzeichnisses und die Durchführung der Mitarbeitergeschäftskontrolle. Damit die Anforderungen und regulatorischen Entwicklungen den Mitarbeitern der first line umfassend bekannt sind, werden regelmäßig Schulungen durchgeführt und die erforderlichen Einzelmaßnahmen sowie Abläufe in Organisationsanweisungen/Handbüchern geregelt. Die Compliance-Funktion führt außerdem die Register für Interessenkonflikte, Zuwendungen, Finanzanalysen/Wertpapiermitteilungen sowie das Insiderverzeichnis. Die Zentrale Stelle administriert das Fraud-Register sowie das interne Hinweisgeber-System. Das Zentrale Beschwerderegister wird im Bereich Recht geführt.

Die Compliance-Funktion führt regelmäßig (mindestens jährlich) eine konzernweite Risikoanalyse durch, um Risiken hinsichtlich der Beachtung der relevanten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu identifizieren und Schwerpunkte für die laufende Beratungs- und Überwachungstätigkeit ermitteln zu können. Die Überwachungshandlungen der Compliance-Funktion werden auf der Basis eines risikobasierten Überwachungsplans durchgeführt. Die Aktivitäten und Maßnahmen zielen darauf ab, auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen durch die Fachabteilungen hinzuwirken.

Ergänzend beobachtet die Compliance-Funktion fortlaufend die relevante Rechtsprechung und die regulatorischen Entwicklungen, wertet Fachliteratur aus und arbeitet in Verbänden und Ausschüssen, um frühzeitig Handlungsbedarf zu erkennen und zu adressieren.

Darüber hinaus nimmt die Compliance-Funktion regelmäßig am Arbeitskreis Rechtsentwicklung der Bank teil. Der Arbeitskreis Rechtsentwicklung wurde mit dem Ziel gegründet, aktuelle regulatorische und bankaufsichtsrechtliche Entwicklungen in koordinierter Weise zeitnah zu identifizieren und deren Auswirkungen sowie daraus resultierende Umsetzungsbedarfe für die IKB abzustimmen. Weiterhin hat die Bank das vom Bank-Verlag in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband deutscher Banken (BdB) angebotene „BV Compliance Cockpit MaRisk“ erworben, welches einen umfassenden, ständig aktualisierten Überblick über bestehende gesetzliche und regulatorische Anforderungen gibt.

Darüber hinaus hat die IKB ein Compliance-Regelwerk implementiert, in dem zum einen die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapier-Compliance (Compliance-Konzept) für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt und zum anderen für die wesentlichen Bereiche der erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenendienstleistungen Prozessvorgaben (Organisationsanweisungen) beschrieben sind. In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur und der darauf aufbauenden Aktualisierung der Gefährdungsanalyse Anti Money Laundering und Fraud-Prevention wurden bezüglich der Geschäftstätigkeit der IKB im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöhte Risiken bezüglich Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung identifiziert. Insbesondere Geschäftsaktivitäten mit Geschäftspartnern außerhalb der EU erfordern erhöhte Sorgfaltspflichten. Aus den beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland resultieren zudem verstärkte Prüfungsaufwände, um die Einhaltung von Sanktionsbestimmungen sicherzustellen.

Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit hat die IKB insgesamt angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt. Das Einlagen- und Depotgeschäft mit Privatkunden wird täglich überwacht. Insgesamt unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag.

Die geschäftspolitische Ausrichtung auf Beratungsprodukte ist ebenfalls mit einem reduzierten Geldwäscherisiko verbunden.

Auch die Risiken aus betrügerischen und sonstigen strafbaren Handlungen zulasten des Instituts werden durch die Zentrale Stelle gemäß § 25c KWG in der Gefährdungsanalyse analysiert und bewertet. Insgesamt wird hier ein geringes bis mittleres Risiko gesehen. Der IKB drohen danach keine branchenunüblichen und übermäßigen Betrugsrisiken.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Die Anzahl der Personalabgänge und der Neueinstellungen hielten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/15 annähernd die Waage. Die Abgänge verteilten sich gleichermaßen auf alle Bereiche der Bank. Eine Nachbesetzung bzw. Besetzung neuer Stellen wird zunehmend schwieriger und verursacht bereits aktuell ansteigende Kosten für Personalberater.

Aufgrund der Vorgaben der novellierten Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 16. Dezember 2013 wurde die IKB bedeutendes Institut. Nach Rücksprache mit der BaFin mussten die erforderlichen regulatorischen Anpassungen erst mit Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres zum 1. April 2014 umgesetzt werden. Gemäß dem diesbezüglichen technischen Regulierungsstandard (Regulatory Technical Standards – RTS) der EBA, der im Juni 2014 in Kraft getreten ist, wurde entlang der qualitativen und quantitativen Kriterien eine Risikoanalyse zur Identifizierung von Risk Takern erstellt.

Für alle Mitarbeiter wurden die Regelungen zur variablen Vergütung entsprechend den neuen Vorgaben der InstitutsVergV angepasst. Das bedeutet u. a., dass die Auszahlung der variablen Vergütung nur unter den Voraussetzungen des § 7 InstitutsVergV erfolgen darf. Für Risk Taker wurden darüber hinaus Sonderregelungen zum Deferred Payment aufgestellt. Dies beinhaltet z. B. die Einführung von Deferred-Payment-Regelungen, wie aber auch die Einführung von Phantomstocks zur Abbildung der nachhaltigen Wertentwicklung des Instituts. Die Auszahlung der variablen Vergütung für Risk Taker wurde außerdem unter die Vorbehalte einer Malus- und Nachhaltigkeitsprüfung gesetzt. Darüber hinaus wurde ein Vergütungsbeauftragter und dessen Stellvertreterin ernannt, ein Vergütungskontrollausschuss installiert, die Ableitung der Ziele im Rahmen der Mitarbeitergespräche aus der Geschäfts- und Risikostrategie konkretisiert sowie die neuen Kontrolleinheiten definiert und schriftlich fixiert.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen entstehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden auf qualitativem Wege bewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer und kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands und des Zentralbereiches Strategische Planung und Beteiligungsmanagement. Hierzu gehört die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie durch den Vorstand unter Berücksichtigung der Implikationen auf den strategischen und operativen Planungsprozess. Darüber hinaus findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele, Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses, der Vorstandsklausurtagungen sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Optimierungsmaßnahmen.

Das Reputationsrisiko ist das Risiko einer negativen Wahrnehmung von Stakeholdern der Bank (z. B. Kunden, Gegenparteien, Anteilseignern, Investoren, Einlegern, Marktanalysten, Ratingagenturen, Mitarbeitern, weiterer relevanter Anspruchsgruppen oder Regulierungsbehörden), das zu Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten, verringertem Eigenkapital oder sinkender Liquidität führen kann, indem etwa die Fähigkeit des Hauses zum Bestands- oder Neugeschäft, die Pflege von Kundenbeziehungen oder die Nutzung von Refinanzierungsquellen (z. B. Interbanken- oder Verbriefungsmarkt) aktuell oder zukünftig nachteilig beeinflusst wird.

Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch ihre Öffentlichkeitswirkung.

Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Reputationsrisikos oder die Konsequenzen eines Eintritts lassen sich in aller Regel nicht quantifizieren.

Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die Methodik orientiert sich dabei weitestgehend am Management operationeller Risiken. Insbesondere wird beim Management von Reputationsrisiken einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die Basis für eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos dar. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Risikoreporting

Die Abweichungen von den Planungs- und Zielgrößen aus Risikosicht werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Marktbereichsleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Markt- und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Beteiligungsrisiken

Da die einzelnen wesentlichen Adressausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts- und operationellen Risiken im Beteiligungsportfolio bereits bei den einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden, wird das Beteiligungsrisiko (im Sinne von Dividendenausfall, Buchwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten und Reduktion der stillen Reserven) selbst nicht als eigenständige wesentliche Risikoart eingestuft.

Die IKB verfolgt grundsätzlich das Ziel, die Anzahl der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen niedrig zu halten.

Die Bank unterscheidet kreditsubstituierende und strategische Beteiligungen. Kreditsubstituierende Beteiligungen sind insbesondere Beteiligungen im Rahmen des Produktangebots der Bank. Strategische Beteiligungen geht die Bank ein, um einen nachhaltigen (strategischen) Mehrwert zu erzielen. Die Bank unterscheidet dabei strategische Beteiligungen, die das Kunden- und Marktpotenzial erweitern sollen und Bestandteil des Geschäftsmodells sind, sowie strategische Beteiligungen an (Gemeinschafts-)Unternehmen, die mit dem Ziel eingegangen werden können, das Produktangebot zu ergänzen, Synergien zu erschließen und neue Zielkunden zu erreichen (Kooperationen/Joint Ventures). Ergänzt werden diese um Beteiligungen an Unternehmen, die Dienstleistungen für die Bank erbringen (Outsourcing von Dienstleistungen), oder die Verbundbeteiligungen und Vorratsgesellschaften darstellen. Die strategischen Beteiligungen werden einmal jährlich einer Wesentlichkeitsprüfung unterzogen. Die sich daraus ergebenden wesentlichen Beteiligungen werden in den vierteljährlichen Beteiligungsreport übernommen.

Der Bereich Strategische Planung und Beteiligungsmanagement übernimmt bzw. koordiniert die operativen Beteiligungsprozesse. Der Bereich Recht verantwortet die Prüfung und Gestaltung aller gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Sachverhalte und berät hinsichtlich der rechtlichen Aspekte von strategischen Entscheidungen sowie bei der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen. Dem Bereich Finanzen obliegen das Beteiligungscontrolling und die Bewertung der strategischen Beteiligungen. Die Kompetenzen für Entscheidungen über strategische Beteiligungen liegen grundsätzlich beim Gesamtvorstand; in wenigen, definierten Einzelfällen (beispielsweise Kapitalentscheidungen bis 500.000 € oder Mandatsentscheidungen) obliegt die Entscheidungsbefugnis dem jeweils zuständigen Vorstandsmitglied alleine. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung oder zur Gründung von Unternehmen, sofern der Gegenstand des jeweiligen Geschäfts 5 % des haftenden Eigenkapitals der IKB übersteigt oder aufsichtsrechtliche Normen dieses Vorgehen verlangen.

Die wesentlichen Tochter- und Beteiligungsunternehmen der IKB sind im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans disziplinarisch und fachlich einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet. Demnach war zum Bilanzstichtag für den IKB Leasing-Teilkonzern, die IKB Finance B.V., die IKB Lux Beteiligungen S.a.r.l sowie die IKB Capital Corporation i.L. Herr Dr. Wiedmann, für die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.,

die IKB International S.A. in Liquidation, die IKB Invest GmbH sowie die abzuwickelnden bzw. zu verkaufenden Immobilientöchter Herr Dr. Glüder und für die IKB Data GmbH Herr Momburg zuständig.

Die Einbindung der Beteiligungsgesellschaften in die Umsetzung der konzernweiten Geschäfts- und Risikostrategie erfolgt im Rahmen regelmäßig stattfindender Beteiligungs-Workshops für jede wesentliche strategische Beteiligung, in denen Performance-Ziele und Risikolimits festgelegt werden sowie Analysen und Diskussionen zum frühzeitigen Erkennen von Fehlentwicklungen und Einleitung adäquater Maßnahmen erfolgen.

Die Bestimmung der wesentlichen Risiken der Beteiligungsgesellschaften erfolgt im Rahmen einer jährlichen konzernweiten Risikoinventur. Alle als wesentlich eingestuften Risiken der Beteiligungsunternehmen sind in das Risikocontrolling auf Gruppenebene einbezogen.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Zum Geschäftsjahresende weist die IKB trotz eines nur geringen positiven Jahresüberschusses bankaufsichtliche Kennziffern aus, die sich gegenüber den Werten, mit denen die IKB das Comprehensive Assessment der EZB bestanden hat, nochmals verbessert haben. Selbst unter der Annahme, dass alle Übergangsbestimmungen von Basel III aus der Quote herausgerechnet werden (fully phased in), beträgt die CET 1-Quote der IKB mehr als die 10 %, die immer wieder als Konsenszielwert für Banken genannt werden. Die erreichte Kernkapitalausstattung führt zu einer Verschuldungskennziffer (Leverage Ratio), die mit über 8 % erheblich über dem bislang von der Bankenaufsicht festgelegten Mindestwert von 3 % liegt. Die Liquiditätskennzahlen liegen deutlich über den aufsichtlichen Mindestanforderungen. Die Risikotragfähigkeit der IKB, d. h. die Möglichkeit, unerwartete Verluste ohne Gefährdung der regulatorisch geforderten Mindestkapitalisierung zu tragen, hat sich, gemessen am Auslastungsgrad der Risikodeckungsmasse, der bereits im letzten Geschäftsjahr nicht hoch war, leicht verbessert und wird weiter als stabil erwartet.

Die daran gemessene Stärkung der Widerstandskraft der Bank ist nicht nur vor dem Hintergrund wachsender regulatorischer Anforderungen, sondern auch der weiterhin bestehenden Unsicherheiten in der Euro-Zone und in der Weltwirtschaft zu sehen. Die von der EZB eingeläutete Niedrigzinsphase bis hin zu Negativzinsen für einen Teil der Zinsstrukturkurve setzt alle Marktakteure, so auch die IKB, einem höheren Marktrisiko aus, das sich nicht allein anhand der Erfahrungen aus der Vergangenheit wie beispielsweise mit dem Value-at-Risk-Modell bewerten lässt. Für die IKB ergeben sich erhöhte Marktpreisrisiken zu einem Großteil aus der Höherbewertung von Marktwertpositionen, die aus der frühzeitigen und vorsorglichen Positionierung in Erwartung eines EZB-Ankaufprogramms (Quantitative Easing – QE) der EZB entstanden ist. Damit verringert die Bank ein mögliches erhöhtes Ertragsrisiko, das bei einer langanhaltenden Niedrigzinsphase, die eine Verflachung der Zinskurve, Negativzinsen und deflationäre Tendenzen ganz allgemein umfasst, entstehen könnte.

In der Entwicklung des Kreditrisikos bzw. der äußerst niedrigen Neubildung von Risikovorsorge zeigt sich für die IKB gegenwärtig die sehr gute Verfassung der deutschen Unternehmen, die bislang auch nicht durch die Russland-Sanktionen getrübt worden ist. Dieser fast risikoarme Zustand wird nicht auf Dauer anhalten, weshalb gegenwärtig vor allem die mögliche Bildung latenter Risiken zu hinterfragen ist, für die pauschal vorgesorgt werden muss. Leicht erhöhte latente Risiken sieht die Bank vor allem noch für die Entwicklung in Russland bzw. für verschiedene Finanzierungen in südlichen EU-Ländern.

Den möglichen Eintritt eines „Grexit“ sieht die IKB als letztlich temporäre Störung, die sich in Schwankungen des gemessenen Marktpreisrisikos für die von der Bank gehaltenen Positionen ausdrücken könnte, aber keine unmittelbaren Ausfallrisiken bewirken dürfte. Für die Euro-Zone insgesamt ist aus Sicht der Bank eine neuerliche Euro-Krise ein entferntes Ereignis, die Ausfallbefürchtungen auch für größere Euro-Länder sind kaum noch existent.

Die Risikotragfähigkeit im Sinne des Going Concern ist für die nächsten zwölf Monate und einen darüber hinausgehenden Zeitraum von weiteren zwei Jahren unter Berücksichtigung der Planungen der Bank unverändert und ohne Einschränkung gegeben. Damit bleiben die Handlungsspielräume der Bank, gemessen an der freien Risikodeckungsmasse, weiter in hinreichendem Umfang erhalten. Die Risikotragfähigkeit in der Liquidationssicht ist trotz der vorsorglichen Positionierung in Erwartung eines QE, die zu erhöhten Marktpreisrisiken geführt hat, weiter gegeben. Für den weiteren Verlauf des Marktpreisrisikos sieht die Bank das eventuelle Fortbestehen eines Niedrigzinsumfelds sowie der gegenwärtig hohen Gegenläufigkeit der Zins- und Preiseffekte – und nicht allein historische Szenarien – als maßgebliche Größen für die Risikoeinschätzung.

Die IKB streut die von ihr im Wesentlichen zu Liquiditätszwecken gehaltenen Euro-Wertpapiere zwischen den Staatsadressen in Europa. Darüber hinaus greift sie weiterhin fast ausschließlich auf gedeckte Schuldverschreibungen (Pfandbriefe, Covered Bonds etc.) guter Qualität zurück. Das Wertpapierportfolio der IKB hat aufgrund der Entspannung an den Kapitalmärkten während der ersten Hälfte des Geschäftsjahres an Wert gewonnen und konnte – beginnend mit der Ankündigung des QE der EZB und begleitet von einem Ausbau des Portfolios – weitere erhebliche Wertsteigerungen verzeichnen. Die der Bank gesicherten Zinsansprüche aus diesen Marktrisikopositionen tragen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses im Umfeld eines sehr niedrigen Zinsniveaus in der nächsten Zeit bei. Eng für die eigene Position zu verfolgen bleiben die Auswirkungen des QE der EZB, die sich je nach der schnell wechselnden Markteinschätzung in der Höhe des Zinsniveaus und/oder der Steigung der Zinsstrukturkurve ausdrücken können. Ungewiss bleibt, ob die jeweilige Bewegung von Dauer sein wird.

Das Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden ist nach wie vor durch eine stabile Situation mit Blick auf die deutschen Unternehmen gekennzeichnet. Diese zeigten sich trotz der Rezession in vielen Ländern Europas im vergangenen Kalenderjahr in einer guten bis sehr guten Verfassung. Aufgrund der hohen Attraktivität der Unternehmen als Zielgruppe der Banken ist allerdings auch eine hohe Wettbewerbsintensität zu ungemessenen niedrigen Margen zu beobachten. Die IKB hält in der Kreditvergabe ihre Standards hinsichtlich angemessener Konditionen und akzeptabler Risiken unverändert aufrecht. Gleichwohl konnte die Kreditvergabe gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Die NPL-Quote für den Kreditbestand ist weiter gesunken. Ebenso ist ein Rückgang der erwarteten Verluste zu beobachten. Die Risiken aus Unternehmensfinanzierungen sind in Italien, Spanien und Frankreich höher als in Deutschland. Für die bereits identifizierten Risiken hat die IKB ausreichend Risikovorsorge mit hohen Deckungsquoten gebildet. Zudem machen diese Länder nur noch einen kleinen Anteil am gesamten Portfolio der IKB an Unternehmenskrediten aus. Die IKB hat keine Ausfälle aus Engagements bei der österreichischen HETA Asset Resolution AG zu verzeichnen. Das Exposure wurde im Jahr 2014 verkauft.

In einem Umfeld, das durch erhebliche potenzielle Ereignisrisiken (Ukraine, Griechenland, Euro-Entwicklung, Ölpreisverfall) geprägt ist, hat die IKB ihre Liquiditätsausstattung auf längere Zeit gesichert und disponiert weiterhin vorsichtig.

Mögliche Rechtsrisiken aus dem Gutachten des Sonderprüfers hält die Bank für beherrschbar. Andere signifikante Rechtsrisiken werden derzeit nicht gesehen. Hinsichtlich möglicher Rechtsstreitigkeiten mit der Finanzverwaltung aufgrund deren abweichender Auffassung zur Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG – siehe auch Unterkapitel „Rechtliche Risiken“ – sieht die Bank hohe Erfolgsaussichten.

Der Prozess der Schaffung der Bankenunion und die begleitenden bankaufsichtlichen Maßnahmen gehen in die nächsten Runden. Die BaFin führt derzeit z. B. einen kurzfristig angesetzten „Niedrigzins-Stresstest“ für die nicht direkt von der EZB beaufsichtigten Banken sowie, im Auftrag der EZB, eine Befragung zum Leverage-Finance-Geschäft durch. Das Meldewesen wird erheblich ausgeweitet, in die Ablauf- und Aufbauorganisation und Gesamtbanksteuerung wird wesentlich eingegriffen. Die geplanten und möglichen Regulierungsvorhaben für Banken (z. B. das sogenannte „Basel IV“-Paket) stellen die IKB vor erhebliche Heraus-

forderungen. Die Kosten der Erfüllung einschließlich der Bankenabgabe sind ein wesentlicher Kostentreiber. Die Regulierungswelle wird damit zum Risiko- und Wettbewerbsfaktor, weil sich erhebliche Auswirkungen auf die Ausrichtung der Geschäftsmodelle ergeben können und kleinere Banken überproportional belastet werden.

Wenngleich sich für die Euro-Zone eine gewisse Entspannung abzuzeichnen beginnt, werden eine hohe Volatilität der Märkte und die Vielzahl neuer Regulierungsmaßnahmen die Bankenwelt auch in den nächsten Monaten weiter begleiten. Für die nähere Zukunft können neue Krisen mit in der Folge unerwarteten Kreditausfällen, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken für das Bankensystem – und damit auch für die IKB – nicht ausgeschlossen werden, sind aber unwahrscheinlicher geworden. Dafür werden sich aufgrund des QE der EZB zunehmend die Fragen nach unerwarteten Zinsbewegungen sowie dem Zeitpunkt und dem Modus des Ausstiegs aus dem QE stellen. Mögliche Verspannungen der Märkte können ebenfalls mit der Einschränkung von Geschäftsmöglichkeiten verbunden sein sowie entsprechende Auswirkungen auf die Erfüllung von regulatorischen Anforderungen, die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und die Entwicklung der Risikovorsorge haben.

5. Chancenbericht

Die IKB hat ihr Geschäftsmodell auf Dienstleistungen für Unternehmen des Mittelstands und Private-Equity-Investoren mit umfassendem Beratungs- und Finanzierungsbedarf ausgerichtet. Dafür sind in den vergangenen Jahren die erforderlichen personellen Kapazitäten konsequent aufgebaut worden. Die angestrebte Ausstattung ist nunmehr erreicht. Seit Beginn des Aufbaus galt die Grundannahme, dass diese Neuaufstellung einige Zeit benötigen wird, um die erwarteten Erträge generieren zu können, und zwar vor allem auch bei den Beratungsleistungen, die in der Vergangenheit nicht angeboten wurden. Mit der erwarteten wirtschaftlichen Belebung in Europa und in Deutschland wird sich der Bank auf dieser Basis wachsendes Neugeschäft eröffnen. Das hat sich teils bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr an einer Vielzahl von Fällen und den neu gewonnenen Kunden abzuzeichnen begonnen.

Es eröffnen sich besondere Chancen, wenn

- wie erwartet die deutschen Unternehmen wieder vermehrt investieren und/oder extern wachsen wollen. Aufgrund dieser erhöhten Marktnachfrage könnte sich auch der intensive Anbieterwettbewerb – der heute oft über unangemessene Konditionen geführt wird – mindern; dies kann die Ertragsperspektiven für die IKB sowohl im Kreditgeschäft mit größeren Unternehmen als auch im Leasinggeschäft mit kleineren und mittleren Unternehmen erhöhen;
- sich auch in den benachbarten Euro-Ländern die Kreditnachfrage wieder belebt und damit die Auslastung der Auslandsstandorte der IKB auch wieder steigt;
- für die Unternehmen sowohl der Zutritt zum Kapitalmarkt als auch die Nutzung von Fondslösungen weiter an Bedeutung gewinnt, da die Regulierung die Bankenfinanzierung weiter zurückdrängt und sich das bei einer wachsenden Kreditnachfrage besonders bemerkbar macht;
- den Unternehmen wie bereits in Umsetzung in der IKB vermehrt auch weitere Dienstleistungen über Aktiva-basierte Finanzierungen, Exportfinanzierungen, Commodity-Trade-Finanzierungen etc. zur Verfügung gestellt werden;
- sich die Märkte für Verbriefungsemissionen deutlich aufhellen und sich über eine spürbar steigende Nachfrage eine erhöhte Emissionstätigkeit abzeichnen sollte. Die IKB könnte diese Entwicklung für ihre Zielkunden und ihr eigenes Bilanz- und Kapitalmanagement aufgrund der langjährigen Erfahrungen (Promise, Mobility, Bacchus) effizient nutzen.

Im Zusammenhang mit der organschaftlichen Verlustverrechnung bei schädlichen Beteiligungserwerben im Sinne des § 8c KStG hat die IKB aufgrund der abweichenden Auffassung der Finanzverwaltung eine Steuerrückstellung von insgesamt 140 Mio. € gebildet und eine bestehende Steuerforderung über 5 Mio. € abgeschrieben. Die IKB sieht auf Grundlage der Risikoeinschätzung von internen und externen Experten gute Chancen, ein etwaiges gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren letztinstanzlich zu ihren Gunsten zu entscheiden. Bei einem Obsiegen könnte durch Auflösung der oben genannten Rückstellung und Zuschreibung der abgeschrieben Steuerforderung ein positiver Ergebniseffekt erzielt werden.

Zu weiteren Ausführungen im Hinblick auf die Steuerrückstellung wird auf Kapitel 4. „Risikobericht“ unter „Rechtsrisiken“ sowie die Ausführungen zu den „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ im Anhang verwiesen.

Hinsichtlich der bankaufsichtlichen Anforderungen an Kapital und Liquidität für die Institute sieht die IKB mit ihrer eigenen Ausstattung Spielraum für ein wachsendes Neugeschäft „auf der Bilanz“ im nächsten Jahr und in den Folgejahren. Zudem hält sie für ihre Kunden verschiedene Kapitalmarkt- und Fondslösungen bereit. Ein Mittelstandsfonds für Mezzanine-Kredite und ein weiterer für Senior-Debt-Kredite wurden bereits aufgelegt.

Besondere Chancen sieht die IKB in diesem Kontext auch im Leasinggeschäft. In diesem Markt ist die IKB seit Jahrzehnten erfahren und gut positioniert. In den vergangenen Jahren war das rückläufige Wachstum durch die Krisenjahre und die Restrukturierung bedingt. Die IKB sieht hingegen aktuell wieder erhöhte Wachstumschancen.

Auf der Refinanzierungsseite gibt es für die IKB Chancen zu weiter rückläufigen Einständen. Vor allem sorgt das QE der EZB für eine hohe Liquidität in der Wirtschaft, sodass mit den revolvingierenden Einlagen die Einstände sukzessive sinken.

In Summe sieht die IKB die Chance, mit wachsendem profitablen Neugeschäft, sinkenden Einständen bei den Passiva Jahresüberschüsse aus dem Geschäftsmodell bereits ohne besondere außerordentliche Erträge zu erwirtschaften. Das könnte über die damit verbundene Chance einer sich weiter bessernden Bonitätswahrnehmung von außen von positiven Rückkopplungen auf die gesamte Geschäftstätigkeit begleitet werden.

Hinsichtlich der Belastungen aus einer allumfassenden Regulierung sind nur wenige Chancen zu erkennen. Wesentliche Größenvorteile bei der Umsetzung hat die IKB – anders als die großen systemrelevanten Institute – nicht. Sie hat aber in den vergangenen Jahren einen effizienten Umgang mit wachsenden Anforderungen entwickelt, wie sich das auch im erfolgreichen Bestehen des Comprehensive Assessments der EZB gezeigt hat. Auch zukünftig wird wesentlich sein, neben einer effizienten Erledigung die neuen Entwicklungen vorausschauend anzugehen. Diese Herangehensweise ist auch im Hinblick auf die Begrenzung der verbundenen hohen Kosten entscheidend.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Unterstützung dieses Vorhabens.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die globale Wirtschaft dürfte 2015 und 2016 stärker wachsen als in den letzten Jahren. Insbesondere für die Industrieländer ist für die kommenden beiden Jahre eine höhere Zuwachsrate in Sicht. Die insgesamt weiter sehr expansive Geldpolitik zeigt angesichts fortschreitender Entschuldungsprozesse im privaten Sektor zunehmend positive Wirkung. Hinzu kommen die Impulse vonseiten des Ölpreises. Zudem entfallen zunehmend bremsende Einflüsse durch die Finanzpolitik. In den USA dürfte die Konjunktur insbesondere von kräftigeren Zuwächsen beim privaten Konsum profitieren. Das US-BIP sollte in diesem Jahr nach Prognosen der EU-Kommission um 3,1 % und im nächsten Jahr um 3,0 % expandieren. Auch wenn sich in China das Wachstum verlangsamen sollte, bleibt das Land zusammen mit den USA ein wichtiger Treiber für die Weltwirtschaft.

Die Konjunktur im Euro-Raum gewinnt ebenfalls allmählich an Fahrt und expandiert in den kommenden beiden Jahren nach Meinung der EU-Kommission um 1,5 % bzw. 1,9 %. Einer dynamischeren Erholung stehen nach wie vor strukturelle Probleme in Teilen der Euro-Zone entgegen.

Die differenzierte Entwicklung in den IKB-relevanten Ländern sollte sich fortsetzen. In Frankreich und Italien dürfte die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität hinter dem Durchschnitt des Euro-Raums zurück bleiben, weil strukturelle Probleme eine kräftigere Expansion nach wie vor behindern. So sollte das BIP im Jahresdurchschnitt 2015 nur um 1,1 % bzw. 0,6 % expandieren. Deutschland und insbesondere Spanien sollten dagegen eine stärkere Dynamik zeigen. Hier geht die EU-Kommission von einem BIP-Wachstum von 1,9 % bzw. 2,8 % für 2015 aus. Der Aufschwung im Vereinigten Königreich ist trotz zuletzt etwas schwächerer Expansionsrate intakt. Das Land befindet sich in einem anhaltenden Aufschwung. Hier erwartet die EU-Kommission 2015 ein BIP-Wachstum von 2,6 %.

In Deutschland haben die Aufschwungskräfte zum Abschluss des Jahres 2014 wieder Tritt gefasst. Die EU-Kommission geht davon aus, dass – nachdem die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 1,9 % zulegte – sie im nächsten Jahr mit 2,0 % noch leicht stärker expandieren dürfte. Stimuliert wird die Konjunktur 2015 maßgeblich von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen der privaten Haushalte. Im nächsten Jahr dürften mit gefestigtem Unternehmervorvertrauen die Unternehmensinvestitionen zur zweiten Säule des Aufschwungs werden und damit auch der Kreditnachfrage Impulse geben. Der Außenhandel expandiert ebenfalls, aber hiervon sollten netto nur geringe Wachstumsimpulse ausgehen.

Die Inflation der Industrieländer wird im laufenden Jahr infolge des gesunkenen Ölpreises sehr niedrig bleiben. Im ersten Halbjahr wird das Niveau der Verbraucherpreise in vielen Ländern im Vorjahresvergleich sogar unterschritten werden. Für 2016 ist dann aber – bei wieder etwas höheren Rohstoffpreisen – mit einer Rückkehr zu deutlich positiven Inflationsraten zu rechnen.

Die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat im vergangenen Jahr begonnen, unterschiedliche Wege einzuschlagen, ist aber überall weiterhin sehr expansiv. Während in den USA das Programm zum Aufkauf zusätzlicher Anleihen im vergangenen Herbst beendet wurde, beschlossen die EZB und die Bank von Japan, ihre Politik noch expansiver zu gestalten. Die EZB hat angesichts eines unerwünscht niedrigen und nachlassenden Preisauftriebs im März 2015 begonnen, im großem Umfang Wertpapiere, insbesondere Staatsanleihen, aufzukaufen, um die Liquidität zu erhöhen und letztlich die Finanzierungsbedingungen zu verbessern sowie den Euro-Wechselkurs zu schwächen. Im Euro-Raum und in Japan werden die gegenwärtig extrem niedrigen Leitzinsen wohl nicht im laufenden und nächsten Jahr erhöht. Hingegen wurden die Märkte darauf vorbereitet, dass die Zinsen in den USA und im Vereinigten Königreich ab Mitte 2015 angehoben werden. Gegenwärtig erscheint der konjunkturelle Aufschwung in beiden Ländern robust. Von ihrem neutralen Niveau – das weder expansive noch restriktive Effekte für die Wirtschaft ausübt – sind

die Zinsen derzeit zudem so weit entfernt, dass von der Geldpolitik im Prognosezeitraum weiterhin expansive Wirkungen ausgehen werden.

Die Ergebnisse des Bankenstresstests durch die EZB haben gezeigt, dass der Großteil der europäischen Finanzinstitute relativ solide aufgestellt und für erneute Stress-Situationen gut gerüstet ist. Dennoch stehen die Banken weiterhin vor großen Aufgaben. Umfangreiche regulatorische Anforderung und ein langanhaltendes Niedrig-Zinsumfeld dürften die Ertragsmöglichkeiten im Euro-Raum belasten. Auf absehbare Zeit niedrige Zinsen können den Druck auf die Erträge weiter verstärken: Wenn höher verzinsten Kredite auslaufen, werden sie durch niedriger verzinsten Kredite ersetzt. Dies senkt den Zinsüberschuss. Erschwerend kommt hinzu, dass die Banken einen Rückgang der Kreditzinsen nicht dadurch auffangen können, dass sie die Einlagezinsen weiter senken. Diese liegen bei vielen Banken bereits nahe 0 %. Auch müssen sich die Institute verstärkt auf einen generellen Wandel in der Unternehmensfinanzierung einstellen, im Zuge dessen zumindest Großunternehmen und größere Mittelstandsfirmen eine zunehmende Präferenz für Kapitalmarktfinanzierungen zulasten der klassischen Bankkreditfinanzierung erkennen lassen. Nach wie vor steht daher eine Anpassung der Geschäftsmodelle auf der Agenda.

Risiken für die Prognose liegen bei einer Reihe von Unwägbarkeiten, die mit Entscheidungen der Geldpolitik, den Auswirkungen des Ölpreiserückgangs, aber auch mit geopolitischen Einflüssen zusammenhängen. So könnte es im Zusammenhang mit dem anstehenden Ausstieg aus der Nullzinspolitik in den USA zu Spannungen an den Finanzmärkten und zu erneuten Turbulenzen an den Devisenmärkten kommen. Bereits die bislang erfolgten Wechselkurskorrekturen sind so beträchtlich, dass ihre Effekte schwer abschätzbar sind. Bedenklich wäre allerdings auch, wenn sich die Normalisierung der Geldpolitik aus Angst vor Finanzmarkturbulenzen zu lange verzögern würde. Dies könnte zu Marktverzerrungen und Vermögenspreisblasen führen – mit entsprechenden Gefahren für die Finanzmarktstabilität in der Zukunft. Ein anderes Risiko ist nach wie vor, dass sich – etwa im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Griechenland – Zweifel an der aktuellen Struktur des Euro-Raums wieder verstärken und die keimende Erholung in den Krisenländern durch neuerlichen Stress an den Finanzmärkten gefährdet wird.

Unsicherheiten bestehen über die Auswirkung des Ölpreisverfalls. Die Effekte könnten sowohl über- als auch unterschätzt sein; dies gilt für die positive Wirkung in den Öl importierenden Ländern ebenso wie für die dämpfende Wirkung in den Öl exportierenden Ländern. Grundsätzlich sollten die Euro-Länder aber vom niedrigen Ölpreis und auch der Euro-Abwertung profitieren. Hier ergeben sich neben Abwärts- durchaus auch Aufwärtsrisiken in der Prognose. Die geopolitischen Unwägbarkeiten, wie der Ukraine-Russland-Konflikt und die Krisenherde im Nahen Osten, bleiben Risikofaktoren.

Vermögenslage

Die IKB wird ihre harte Kernkapitalquote weiter auf einem hohen Niveau halten. Dazu werden die Gewinne den Vorsorgereserven nach § 340g HGB zugeführt sowie weiter Risikoaktiva vor allem in Form von nicht-strategischen Krediten abgebaut. Ebenfalls zum Abbau von Risikoaktiva und zur Kreditversorgung ihrer Kunden will die IKB Sondervermögen nutzen, in die auch Dritte investieren können.

Für das Geschäftsjahr 2015/16 geht die Bank von einer leichten Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden aus, da das wachsende Kreditneugeschäft voraussichtlich von Tilgungen im Kreditgeschäft und dem Abbau von Aktiva überkompensiert wird. Auch im Geschäftsjahr 2015/16 wird die Bank das Kreditgeschäft selektiv betreiben, um einen angemessenen Ertrag für eingegangene Risiken zu erzielen und die wachsenden Anforderungen der Bankenregulierung frühzeitig zu berücksichtigen. Sollte sich die konjunkturelle Aufhellung in Deutschland als nachhaltig erweisen, könnte sich ein Nachholeffekt bei der Kreditnachfrage und damit eine Erhöhung der Kreditvergabemöglichkeiten der IKB ergeben. Die Entwicklung des Wertpapierbestands wird maßgeblich durch Liquiditätsanforderungen bestimmt; daneben sind Investitions-

möglichkeiten von Bedeutung. Die Passivseite wird im Prognosezeitraum weiter durch einen diversifizierten Funding-Mix zur Refinanzierung der Aktivseite geprägt sein, bei dem das Einlagengeschäft unverändert einen wichtigen Bestandteil darstellt. Der Funding-Mix wird dabei etwaige neue Anforderungen im Zusammenhang mit dem einheitlichen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) berücksichtigen.

Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste, stressartige Marktverwerfungen und zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie sonstige staatliche Eingriffe können die Lage der IKB belasten.

Liquiditätssituation

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Privatkunden, Unternehmenskunden und institutionellen Investoren sowie besicherte Finanzierungen. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen.

Die aufzunehmenden Mittel werden zur Rückzahlung von fälligen Refinanzierungen und für das Neugeschäft verwendet. Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen, dem Anlageverhalten der Einlagenkunden, der weiteren Entwicklung der europäischen Einlagensicherung, den Vereinbarungen mit dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, den Möglichkeiten der besicherten Refinanzierung im Interbankenmarkt und mit der EZB sowie der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Selbst unter Berücksichtigung von Stress-Szenarien ist die IKB ausreichend mit Liquidität versorgt. Die Liquidität ist nach den Planungen mit ausreichend Puffer gegeben.

Die Bank erwartet für das Geschäftsjahr 2015/16 eine Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung in einer Bandbreite zwischen 1,25 und 2,00. Nach der Sammlung von ersten Erfahrungswerten bei der Anwendung der im Rahmen der am 1. Januar 2014 begonnenen Supervisory Monitoring Period wird die IKB die Liquiditätssteuerung perspektivisch auf die neuen Kennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) umstellen. Die LCR betrug zum 31. März 2015 in der IKB-Gruppe 273 % (IKB AG: 253 %) und lag damit deutlich über dem ab dem 1. Oktober 2015 einzuhaltenden Wert von 60 %. Für den Prognosezeitraum erwartet die Bank eine LCR von mindestens 100 %.

Leverage Ratio

Die Berechnungsgrundlage der Leverage Ratio wurde mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 der EU-Kommission zum 17. Januar 2015 geändert und muss voraussichtlich erstmals frühestens bei Meldungen per 31. Dezember 2015 angewendet werden. Die IKB geht deshalb davon aus, dass die Leverage Ratio der IKB-Gruppe von 8,5 % (IKB AG: 8,1 %) per 31. März 2015 im Geschäftsjahr 2015/16 leicht rückläufig sein wird.

Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag das Kreditneugeschäft über dem Vorjahresniveau, weil die Kreditnachfrage in Deutschland angezogen hat. Die IKB hat sich an ihre Standards im Hinblick auf Risiko und Margen gehalten und daran gemessen Kredite vergeben. Die IKB erwartet, dass trotz der bisherigen Konjunkturbelebung eine immer noch niedrige Kreditnachfrage und eine hohe Wettbewerbsintensität in Deutschland fortbestehen werden. Bei einem niedrigen Zinsniveau mit einer verbesserten Einschätzung des Kredits der IKB

durch die Marktteilnehmer wird sich die im Berichtsjahr beobachtete Senkung der Refinanzierungskosten der Bank begrenzt fortsetzen. Die IKB erwartet insgesamt für das Geschäftsjahr 2015/16 einen leichten Anstieg des Zinsüberschusses.

Sollte die Kreditnachfrage in Deutschland nachhaltig ansteigen, könnte sich der Zinsüberschuss der Bank besser als erwartet entwickeln.

Für das Provisionsergebnis erwartet die Bank im kommenden Geschäftsjahr aufgrund der eigenen Positionierung insgesamt einen leicht steigenden Überschuss, der zunehmend von der erwarteten Belebung der Finanzierungstätigkeit, den Wachstumswünschen der Unternehmen und der verbesserten Marktstellung der IKB getragen werden könnte.

Die Erreichung des Ziels der Senkung der Verwaltungskosten im Konzern wird durch die Aufwendungen aufgrund erhöhter regulatorischer Anforderungen, durch die neu eingeführte hohe europäische Bankenabgabe und den Aufwand für den Einlagensicherungsfonds erschwert werden. Die Bank wird weiterhin Anstrengungen unternehmen, um diese Belastungen bei den Verwaltungskosten zu kompensieren und plant, weitere Einsparungen vorzunehmen. Demzufolge erwartet die Bank für das Geschäftsjahr 2015/16 Verwaltungskosten auf insgesamt leicht gesunkenem Niveau.

Die IKB erwartet, für das Geschäftsjahr 2015/16 leicht ansteigende positive Ergebnisse erzielen zu können, die durch Bildung von § 340g HGB-Reserven zur Stärkung des harten Kernkapitals genutzt werden können.

Gesamtaussage

Die IKB erwartet für das kommende Geschäftsjahr 2015/16 ein positives Ergebnis nach Steuern und vor Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB). Dieses Ergebnis wird voraussichtlich leicht über dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2014/15 liegen. Die IKB beabsichtigt, gegebenenfalls erzielte positive Ergebnisse der IKB AG zum Ende des Geschäftsjahres in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB einzustellen.

Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von insgesamt 1.151,5 Mio. € sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber wird voraussichtlich dazu führen, dass für einen langen Zeitraum auch bei einem positiven Ergebnis keine oder nur geringe Überschüsse in der IKB AG ausgewiesen werden. Daneben wird, soweit zukünftig ein Jahresüberschuss ausgewiesen werden kann, auch der Abbau des Bilanzverlustes dazu führen, dass keine Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre der IKB AG möglich sein wird.

7. Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Mittelstand im Fokus: Wachstum finanzieren – eine Analyse von IKB und Creditreform Rating

Die Unternehmensfinanzierung in Deutschland befindet sich im Wandel. Viele Firmen, insbesondere aus der mittelständischen Wirtschaft, sehen sich veranlasst, ihre Finanzierungsstrategien zu überdenken. Wie weit der Veränderungsprozess bereits vorangeschritten ist und welche Richtung er in Zukunft nehmen wird, ist Thema einer gemeinsamen Analyse der IKB Deutsche Industriebank AG und Creditreform Rating, in die insgesamt rund 6.400 Unternehmen mit Jahresumsätzen zwischen 25 Mio. € und 5 Mrd. € einbezogen wurden.

Wenn sich die Finanzierungsmuster in der deutschen Unternehmenslandschaft verändern, so trifft dies ganz besonders auf die mittelgroßen Unternehmen zu. Diese Firmen bilden das Kernsegment des deutschen Mittelstands und sind als wesentlicher Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland anzusehen. Auslöser einer Anpassung der Finanzierungskonzepte sind sowohl Entwicklungen aufseiten des Finanzierungsangebots als auch Verschiebungen im unternehmerischen Finanzierungsbedarf.

Auf der Angebotsseite sehen sich die Unternehmen mit Veränderungen konfrontiert, deren langfristige Auswirkungen noch nicht endgültig abzusehen sind. Denn die Finanzmärkte sind mehr als ein halbes Jahrzehnt nach der Finanzkrise weiterhin in Bewegung. Ihre Akteure – Banken, Versicherungen, Fonds usw. – haben derzeit nicht nur die unmittelbaren Folgen der Euro-Schuldenkrise und des Niedrigzinsumfelds zu bewältigen. Insbesondere auf die Banken kommen zugleich große Belastungen durch die sukzessive Verschärfung des Regulierungsrahmens und die Installierung neuer Aufsichtsstrukturen zu. Dies führt dazu, dass Geschäftsmodelle angepasst werden müssen und Marktstrukturen sich verschieben – mit entsprechenden Rückwirkungen auf das Angebot an Finanzierungen.

Aber auch Entwicklungen aufseiten des unternehmerischen Finanzierungsbedarfs wirken auf eine allmähliche Neuausrichtung der Finanzierung hin. Eine größere Volatilität der Märkte zwingt die Firmen zu einer solideren finanziellen Absicherung der geschäftlichen Aktivitäten. Hinzu kommt, dass sich bei vielen Unternehmen die Investitionsstrukturen

verändern – und damit auch die Anforderungen an die Qualität und Fristigkeit der einzusetzenden Finanzierungsmittel.

Insgesamt sprechen alle Anzeichen dafür, dass der Trend zu einer höheren Eigenkapitalausstattung ebenso eine Fortsetzung findet wie der in den letzten Jahren zu beobachtende Aufschwung der Kapitalmarktfinanzierung. Vornehmlich viele wachstumsstarke Unternehmen aus den oberen Etagen des deutschen Mittelstands werden ihren langfristigen Grundfinanzierungsbedarf zunehmend über Kapitalmarktfinanzierungen decken. Entwicklung neuer Produkte, Digitalisierung der Produktion, Ausbau der internationalen Präsenz, Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition – dies sind wichtige Zukunftsaufgaben, die neben einer breiteren Eigenkapitalunterlegung einen langfristig angelegten finanziellen Bewegungsspielraum erfordern. Und ein solcher Spielraum kann über großvolumige Anleihe- oder Schuldscheinfinanzierungen häufig besser realisiert werden als über eine Kreditaufnahme.

Die Zahl der Firmen, die hinsichtlich Bonität und Größe „kapitalmarktfähig“ werden, nimmt angesichts des kräftigen Wachstums der mittelgroßen Unternehmen ständig zu. Dabei profitieren die Firmen auch davon, dass sie, nicht zuletzt durch ihre wachsende Präsenz auf den internationalen Märkten, mehr und mehr auf das Interesse ausländischer Investoren stoßen und damit Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten bekommen.

Der Bankkredit wird allerdings auch für die mittelgroßen Unternehmen als ein zentrales, flexibel einsetzbares Finanzierungsinstrument keineswegs an Bedeutung verlieren, zumal wichtige Investitionsprojekte in den letzten Jahren aufgeschoben wurden und daher die Investitionsaktivitäten in den kommenden Jahren besonders stark zunehmen dürften. Daher ist der Zugriff auf ein möglichst breites Finanzierungsangebot unbedingt erforderlich. Gerade in einer Kombination von Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung werden viele mittelgroße Unternehmen auf lange Sicht die Kernausrichtung ihrer Finanzierungsstrategie sehen.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Zusammengefasster Jahres- und Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2014/15

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2015

| in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|-----------------|-----------------|
| Aktivseite | | |
| Barreserve | 34,6 | 22,2 |
| a) Kassenbestand | - | - |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | 34,6 | 22,2 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 34,6 | 22,2 |
| c) Guthaben bei Postgiroämtern | - | - |
| Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | - | - |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.300,0 | 2.235,4 |
| a) täglich fällig | 2.195,4 | 2.128,9 |
| b) andere Forderungen | 104,6 | 106,5 |
| Forderungen an Kunden | 11.089,8 | 12.263,2 |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | 1.164,3 | 1.465,2 |
| darunter: Kommunalkredite | 717,9 | 1.010,9 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 6.529,4 | 7.506,6 |
| a) Geldmarktpapiere | - | - |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | 5.764,2 | 6.820,3 |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 3.345,7 | 3.609,8 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 3.345,7 | 3.479,7 |
| bb) von anderen Emittenten | 2.418,5 | 3.210,5 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 2.042,8 | 2.783,1 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | 765,2 | 686,3 |
| Nennbetrag | 765,6 | 695,3 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 483,2 | 567,8 |
| Handelsbestand | 270,5 | 318,1 |
| Beteiligungen | 22,7 | 25,4 |
| darunter: an Kreditinstituten | 0,2 | 0,2 |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | - | - |
| Anteile an assoziierten Unternehmen | 13,6 | 45,0 |
| darunter: an Kreditinstituten | - | - |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | 13,6 | 12,2 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 2,3 | 2,3 |
| darunter: an Kreditinstituten | - | - |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | - | - |
| Treuhandvermögen | - | - |
| Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | - | - |
| Leasingvermögen | 1.029,9 | 1.170,1 |
| Immaterielle Anlagewerte | 10,9 | 15,2 |
| a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | - | - |
| b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 10,4 | 15,0 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | - | - |
| d) Geleistete Anzahlungen | 0,5 | 0,2 |
| Sachanlagen | 25,7 | 26,0 |
| Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital | - | - |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 235,1 | 130,5 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 74,7 | 121,7 |
| Aktive latente Steuern | 243,1 | 248,8 |
| Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 44,5 | 33,2 |
| Summe der Aktiva | 22.410,0 | 24.731,5 |

| in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|-----------------|-----------------|
| Passivseite | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.893,3 | 10.169,1 |
| a) täglich fällig | 924,8 | 1.247,8 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 7.968,5 | 8.921,3 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 8.165,3 | 9.629,5 |
| a) Spareinlagen | - | - |
| b) andere Verbindlichkeiten | 8.165,3 | 9.629,5 |
| ba) täglich fällig | 1.590,1 | 891,1 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 6.575,2 | 8.738,4 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 1.511,9 | 1.071,9 |
| a) begebene Schuldverschreibungen | 1.511,9 | 1.071,9 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | - | - |
| Handelsbestand | 279,7 | 333,9 |
| Treuhandverbindlichkeiten | - | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 465,1 | 552,2 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 113,3 | 154,2 |
| Passive latente Steuern | - | - |
| Rückstellungen | 398,3 | 260,5 |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 3,5 | 3,2 |
| b) Steuerrückstellungen | 220,0 | 69,3 |
| c) andere Rückstellungen | 174,8 | 188,0 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 970,9 | 971,3 |
| Genussrechtskapital | 32,2 | 32,2 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | 32,2 | - |
| Fonds für allgemeine Bankrisiken | 579,7 | 574,0 |
| davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | 1,8 | 0,9 |
| Eigenkapital | 1.000,3 | 982,7 |
| a) Eingefordertes Kapital | 1.621,5 | 1.621,5 |
| Gezeichnetes Kapital | 1.621,5 | 1.621,5 |
| abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen | - | - |
| Bedingtes Kapital | 810,7 | 191,7 |
| b) Kapitalrücklage | 1.750,7 | 1.750,7 |
| c) Gewinnrücklagen | 5,1 | 4,9 |
| ca) gesetzliche Rücklage | 2,4 | 2,4 |
| cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | - | - |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | - | - |
| cd) andere Gewinnrücklagen | 2,7 | 2,5 |
| d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung | -5,5 | -18,2 |
| e) Bilanzverlust | -2.371,5 | -2.376,2 |
| Summe der Passiva | 22.410,0 | 24.731,5 |
| Eventualverbindlichkeiten | 1.156,2 | 1.602,0 |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | - | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | 1.156,2 | 1.602,0 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | - | - |
| Andere Verpflichtungen | 1.079,7 | 822,0 |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | - | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | - | - |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | 1.079,7 | 822,0 |

Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2015

| in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|-----------------|-----------------|
| Aktivseite | | |
| Barreserve | 34,5 | 22,2 |
| a) Kassenbestand | - | - |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | 34,5 | 22,2 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 34,5 | 22,2 |
| c) Guthaben bei Postgiroämtern | - | - |
| Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | - | - |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.158,1 | 2.108,6 |
| a) täglich fällig | 2.062,3 | 2.017,6 |
| b) andere Forderungen | 95,8 | 91,0 |
| Forderungen an Kunden | 12.864,6 | 14.232,2 |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | 1.164,3 | 1.465,2 |
| darunter: Kommunalkredite | 717,9 | 1.010,9 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 5.442,4 | 6.526,9 |
| a) Geldmarktpapiere | - | - |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | 5.432,7 | 6.524,3 |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 2.959,7 | 3.609,8 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 2.959,7 | 3.479,7 |
| bb) von anderen Emittenten | 2.473,0 | 2.914,5 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 1.928,7 | 2.304,8 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | 9,7 | 2,6 |
| Nennbetrag | 10,0 | 3,2 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 1,5 | - |
| Handelsbestand | 270,5 | 318,1 |
| Beteiligungen | 9,9 | 11,3 |
| darunter: an Kreditinstituten | 0,2 | 0,2 |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | - | - |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 160,2 | 137,0 |
| darunter: an Kreditinstituten | - | - |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | - | - |
| Treuhandvermögen | - | - |
| darunter: Treuhandkredite | - | - |
| Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | - | - |
| Immaterielle Anlagewerte | 8,1 | 39,6 |
| a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | - | - |
| b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 8,1 | 12,6 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | - | 27,0 |
| d) Geleistete Anzahlungen | - | - |
| Sachanlagen | 5,5 | 6,2 |
| Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital | - | - |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 368,7 | 112,1 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 128,9 | 202,7 |
| Aktive latente Steuern | 238,1 | 251,7 |
| Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 43,5 | 33,1 |
| Summe der Aktiva | 21.734,5 | 24.001,7 |

| in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|--|-----------------|-----------------|
| Passivseite | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.881,7 | 10.161,2 |
| a) täglich fällig | 924,5 | 1.247,4 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 7.957,2 | 8.913,8 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 8.198,4 | 9.628,7 |
| a) Spareinlagen | - | - |
| b) andere Verbindlichkeiten | 8.198,4 | 9.628,7 |
| ba) täglich fällig | 1.613,8 | 878,3 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 6.584,6 | 8.750,4 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 1.014,2 | 699,5 |
| a) begebene Schuldverschreibungen | 1.014,2 | 699,5 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | - | - |
| Handelsbestand | 279,7 | 333,9 |
| Treuhandverbindlichkeiten | - | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 537,2 | 445,5 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 131,4 | 201,2 |
| Passive latente Steuern | - | - |
| Rückstellungen | 376,9 | 221,9 |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | - | - |
| b) Steuerrückstellungen | 218,8 | 65,4 |
| c) andere Rückstellungen | 158,1 | 156,5 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 495,8 | 496,3 |
| Genussrechtskapital | 32,2 | 32,2 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | 32,2 | - |
| Fonds für allgemeine Bankrisiken | 579,7 | 574,0 |
| davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | 1,8 | 0,9 |
| Eigenkapital | 1.207,3 | 1.207,3 |
| a) Eingefordertes Kapital | 1.621,5 | 1.621,5 |
| Gezeichnetes Kapital | 1.621,5 | 1.621,5 |
| abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen | - | - |
| Bedingtes Kapital | 810,7 | 191,7 |
| b) Kapitalrücklage | 1.750,7 | 1.750,7 |
| c) Gewinnrücklagen | 2,4 | 2,4 |
| ca) gesetzliche Rücklage | 2,4 | 2,4 |
| cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | - | - |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | - | - |
| cd) andere Gewinnrücklagen | - | - |
| d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung | - | - |
| e) Bilanzverlust | -2.167,3 | -2.167,3 |
| Summe der Passiva | 21.734,5 | 24.001,7 |
| Eventualverbindlichkeiten | 2.086,8 | 2.527,1 |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | - | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | 2.086,8 | 2.527,1 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | - | - |
| Andere Verpflichtungen | 968,6 | 766,8 |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | - | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | - | - |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | 968,6 | 766,8 |

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2014 bis 31. März 2015

| in Mio. € | 2014/15 | 2013/14 |
|--|-----------------|-----------------|
| Aufwendungen | | |
| Leasingaufwendungen | -207,5 | -205,0 |
| Zinsaufwendungen | -936,5 | -1.073,9 |
| Provisionsaufwendungen | -13,4 | -13,0 |
| Nettoaufwand des Handelsbestands | - | - |
| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | -302,6 | -274,7 |
| a) Personalaufwand | -183,4 | -161,3 |
| aa) Löhne und Gehälter | -152,7 | -138,5 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | -30,7 | -22,8 |
| darunter: für Altersversorgung | -12,6 | -5,5 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | -119,2 | -113,4 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | -359,1 | -402,5 |
| a) auf Leasingvermögen | -349,4 | -392,2 |
| b) auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | -9,7 | -10,3 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -1.097,5 | -302,1 |
| Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken | -4,8 | -402,5 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | -64,8 | -87,5 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | -15,8 | -40,3 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | -0,1 | - |
| Außerordentliche Aufwendungen | -4,6 | -4,8 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | -118,7 | 134,7 |
| Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen | -1,4 | -2,1 |
| Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne | - | - |
| Jahresüberschuss | -4,7 | -32,2 |
| Summe der Aufwendungen | -3.131,5 | -2.705,9 |

| in Mio. € | 2014/15 | 2013/14 |
|---|-----------------|-----------------|
| Erträge | | |
| Leasingerträge | 627,9 | 679,9 |
| Zinserträge aus | 1.103,6 | 1.279,5 |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 944,5 | 1.104,4 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 159,1 | 175,1 |
| Laufende Erträge aus | 51,9 | 21,5 |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 46,2 | 17,8 |
| b) Beteiligungen | 1,8 | 1,9 |
| c) Anteilen an assoziierten Unternehmen | 1,9 | 1,8 |
| d) Anteilen an verbundenen Unternehmen | 2,0 | - |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | - | - |
| Provisionserträge | 55,8 | 42,0 |
| Nettoertrag des Handelsbestands | 8,2 | 5,9 |
| davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | 0,9 | 0,7 |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | - | - |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | 416,1 | 187,6 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 866,1 | 487,7 |
| Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken | - | - |
| Außerordentliche Erträge | 1,9 | 1,8 |
| Erträge aus Verlustübernahme | - | - |
| Jahresfehlbetrag | - | - |
| Summe der Erträge | 3.131,5 | 2.705,9 |
| Jahresüberschuss | 4,7 | 32,2 |
| Verlustvortrag aus dem Vorjahr | -2.376,2 | -2.408,4 |
| Entnahmen aus der Kapitalrücklage | - | - |
| Entnahmen aus Gewinnrücklagen | - | - |
| Entnahmen aus Genussrechtskapital | - | - |
| Entnahmen Stille Einlage | - | - |
| Einstellungen in Gewinnrücklagen | - | - |
| Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals | - | - |
| Bilanzverlust | -2.371,5 | -2.376,2 |

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2014 bis 31. März 2015

| in Mio. € | 2014/15 | 2013/14 |
|--|----------|----------|
| Aufwendungen | | |
| Zinsaufwendungen | -962,4 | -1.106,5 |
| Provisionsaufwendungen | -6,6 | -5,4 |
| Nettoaufwand des Handelsbestands | - | - |
| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | -257,7 | -231,8 |
| a) Personalaufwand | -147,7 | -126,6 |
| aa) Löhne und Gehälter | -122,8 | -109,0 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | -24,9 | -17,6 |
| darunter: für Altersversorgung | -11,5 | -5,0 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | -110,0 | -105,2 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | -32,5 | -9,9 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -1.021,0 | -259,7 |
| Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken | -4,8 | -402,5 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | -71,1 | -82,7 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | -10,2 | -23,8 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | -0,1 | - |
| Außerordentliche Aufwendungen | -4,1 | -4,2 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | -124,9 | 136,2 |
| Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen | -0,1 | -0,2 |
| Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne | - | - |
| Jahresüberschuss | - | - |
| Summe der Aufwendungen | -2.495,5 | -1.990,5 |

| in Mio. € | 2014/15 | 2013/14 |
|---|-----------------|-----------------|
| Erträge | | |
| Zinserträge aus | 1.129,3 | 1.320,7 |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 987,2 | 1.166,5 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 142,1 | 154,2 |
| Laufende Erträge aus | 2,6 | 0,4 |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | - | - |
| b) Beteiligungen | 0,6 | 0,4 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | 2,0 | - |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | 179,2 | 18,4 |
| Provisionserträge | 52,7 | 43,5 |
| Nettoertrag des Handelsbestands | 8,2 | 5,9 |
| davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | 0,9 | 0,7 |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | - | - |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | 354,6 | 176,8 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 765,6 | 421,7 |
| Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken | - | - |
| Außerordentliche Erträge | 3,3 | 3,1 |
| Erträge aus Verlustübernahme | - | - |
| Jahresfehlbetrag | - | - |
| Summe der Erträge | 2.495,5 | 1.990,5 |
| Jahresüberschuss | - | - |
| Verlustvortrag aus dem Vorjahr | -2.167,3 | -2.167,3 |
| Entnahmen aus der Kapitalrücklage | - | - |
| Entnahmen aus Gewinnrücklagen | - | - |
| Entnahmen aus Genussrechtskapital | - | - |
| Entnahmen Stille Einlage | - | - |
| Einstellungen in Gewinnrücklagen | - | - |
| Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals | - | - |
| Bilanzverlust | -2.167,3 | -2.167,3 |

Konzern-Kapitalflussrechnung

| in Mio. € | 2014/15 | 2013/14 |
|---|-----------------|---------------|
| Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) | 4,7 | 32,2 |
| Im Periodenergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | | |
| +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen | 423,0 | 500,7 |
| +/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen | -8,8 | -152,6 |
| +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge | 20,3 | 405,9 |
| -/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen | -28,9 | -146,2 |
| +/- Sonstige Anpassungen (Saldo) | -505,5 | -832,7 |
| Zwischensumme | -95,2 | -192,7 |
| Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit | | |
| Forderungen | | |
| +/- an Kreditinstitute | -64,7 | -15,9 |
| +/- an Kunden | 1.091,5 | 2.309,0 |
| +/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) | -128,3 | 19,8 |
| Leasingvermögen | | |
| + Einzahlungen aus der Veräußerung | 235,3 | 240,5 |
| - Auszahlungen für den Erwerb | -289,2 | -279,8 |
| +/- Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit | 42,5 | 86,2 |
| Verbindlichkeiten | | |
| +/- gegenüber Kreditinstituten | -1.272,1 | -1.689,9 |
| +/- gegenüber Kunden | -1.492,0 | -1.219,3 |
| +/- Verbriefte Verbindlichkeiten | 437,8 | 83,3 |
| +/- Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit | -248,7 | 174,7 |
| + Erhaltene Zinsen und Dividenden | 1.496,2 | 1.841,6 |
| - Gezahlte Zinsen | -1.037,5 | -1.318,3 |
| + Außerordentliche Einzahlungen | 1,8 | - |
| - Außerordentliche Auszahlungen | - | -0,1 |
| +/- Ertragssteuerzahlungen | -4,7 | -4,6 |
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | -1.327,3 | 34,5 |
| Einzahlungen aus Abgängen des | | |
| + Finanzanlagevermögens | 4.254,7 | 3.661,3 |
| + Sachanlagevermögens | 0,3 | 0,8 |
| Auszahlungen für Investitionen in das | | |
| - Finanzanlagevermögen | -2.900,2 | -3.350,2 |
| - Sachanlagevermögen | -3,7 | -6,8 |
| +/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo) | -1,4 | -2,0 |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | 1.349,7 | 303,1 |
| + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen | - | - |
| +/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo) | -10,0 | -402,3 |
| Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | -10,0 | -402,3 |
| Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds | 12,4 | -64,7 |
| +/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | - | - |
| + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | 22,2 | 86,9 |
| Finanzmittelfonds am Ende der Periode | 34,6 | 22,2 |

Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds des IKB-Konzerns entspricht dem Ausweis der Bilanzposten „Barreserve“ sowie „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“. Sein Jahresanfangsbestand wird im Rahmen der Kapitalflussrechnung durch die Abbildung der Zahlungsströme aus der

- Operativen Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit definiert sich nach der operativen Geschäftstätigkeit eines Kreditinstitutes. Er wird nach der indirekten Methode bestimmt, indem der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt wird. Gemäß DRS 2-10 werden die Zins-, Dividenden- sowie Steuerzahlungen separat aufgeführt, sodass der Jahresüberschuss in der Position „Sonstige Anpassungen“ um das Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt wird.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist. Dazu gehören bei Kreditinstituten insbesondere Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung bzw. dem Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit den Unternehmenseignnern und Minderheitsgesellschaftern konsolidierter Tochterunternehmen sowie aus sonstigem Kapital aufgeführt.

Anhang und Konzernanhang

Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze

Nach § 340i Abs. 1 HGB i.V.m. § 290 ff. HGB hat die IKB AG einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht zu erstellen.

Der Konzernabschluss (Konzern) sowie der Jahresabschluss (IKB AG) der IKB Deutsche Industriebank AG werden für das Geschäftsjahr 2014/15 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss berücksichtigt zudem die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards (DRS).

Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der für Kreditinstitute vorgesehenen Formblätter gemäß § 2 RechKredV gegliedert. Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind um branchenspezifisch bedingte Posten für das Leasinggeschäft ergänzt. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in Kontoform (Formblatt 2 RechKredV).

Angaben, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, werden weitestgehend im Anhang aufgeführt. Die Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen in den Anhangangaben geringfügige Abweichungen ergeben. Beträge unter 50 Tsd. € sowie Nullwerte werden im Konzern- und Jahresabschluss der IKB AG mit einem Strich dargestellt.

Der Konzernanhang und der Anhang der IKB AG sind gemäß § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die getroffenen Aussagen sowohl für den Konzern- als auch für den Jahresabschluss der IKB AG.

Das Geschäftsjahr der IKB beginnt mit dem 1. April und endet am 31. März.

Ausweis- und Bewertungsänderungen

Eine Änderung ergab sich bei dem Ausweis des periodenfremden Anteils der Umlagererstattung des Einlagensicherungsfonds (ESF) in Höhe von 1,5 Mio. €. Dieser Teil wird seit dem 31. Dezember 2014 als Minderung des Verwaltungsaufwands und nicht mehr als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden erstmalig in der IKB AG die Erträge aus beziehungsweise Abschreibungen und Wertberichtigungen auf wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, die synthetisch mittels Total Return Swaps auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings Ltd. übertragenen wurden, saldiert ausgewiesen, um die Transaktion gemäß dem wirtschaftlichen Gehalt in der Ertragslage darzustellen.

In Übereinstimmung mit IDW RS HFA 34 wurden Rückstellungen für Zinsen auf Steuern seit dem 31. März 2015 nicht mehr unter den sonstigen Rückstellungen, sondern unter den Steuerrückstellungen ausgewiesen. Damit wird der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderliche Erfüllungsbetrag einheitlich in einem Bilanzposten ausgewiesen. Durch die dargestellte Änderung erhöhte sich die Steuerrückstellung und verringerten sich die sonstigen Rückstellungen um 43,6 Mio. € (Vorjahr: 15,9 Mio. €).

Im Rahmen einer im Geschäftsjahr vorgenommenen Systemharmonisierung auf ein bestandsführendes System wurde der Ausweis der Zinsabgrenzung der im Anlagebuch gehaltenen Zins- und Zins-Währungsswaps geändert. Die bisher in der Bilanz in dem Posten sonstige Vermögensgegenstände oder

sonstige Verbindlichkeiten saldiert dargestellten Zinsabgrenzungen wurde zum 31. Dezember 2014 durch eine Bruttodarstellung ersetzt. Eine Saldierung erfolgt seit diesem Zeitpunkt auf Einzelgeschäftsebene in den sonstigen Vermögensgegenständen oder sonstigen Verbindlichkeiten. Diese Ausweisänderung führte zum 31. März 2015 zu einer Bilanzverlängerung um 105,4 Mio. €.

Zum 31. März 2015 wendet die IKB den am 4. Mai 2015 veröffentlichten überarbeiteten IDW-Standard zur handelsrechtlichen Behandlung von Kreditderivaten im Nichthandelsbestand (IDW RS BFA 1 n.F.) an. Die Umsetzung der Änderungen im Vergleich zu IDW RS BFA 1 a.F. führen zum Stichtag zur Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste in Höhe von 5,9 Mio. €, deren Dotierung in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird. Ferner führt die Anwendung des IDW RS BFA 1 n.F. im laufenden Geschäftsjahr zu folgenden Ausweisänderungen: Im IKB-Konzern reduziert sich der Zinsertrag um 22,0 Mio. € (IKB AG: 20,4 Mio. €) bei gleichzeitiger Erhöhung des sonstigen betrieblichen Ertrags um 13,4 Mio. € (IKB AG: 11,8 Mio. €) sowie des Provisionsertrags um 8,6 Mio. €. Weiterhin reduziert sich der Zinsaufwand um 7,8 Mio. € bei gleichzeitiger Erhöhung des sonstigen betrieblichen Aufwands um 6,2 Mio. € sowie des Provisionsaufwands um 1,6 Mio. €. Aufgrund der Anwendung des IDW RS BFA 1 n.F. werden wie Bürgschaften bilanzierte Kreditderivate mit einem Nominalvolumen von 961,4 Mio. € nicht mehr in der Anhangangabe zu „nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumenten“ berücksichtigt. Darüber hinaus werden wie schwebende Geschäfte bilanzierte Kreditderivate mit einem Nominalvolumen von 1.291,8 Mio. € (IKB AG: 1.277,1 Mio. €) nicht mehr als Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

(1) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. März 2015 sind neben der IKB AG 47 (Vorjahr: 43) Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen.

Die Gesellschaft European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS wurde erstmalig zum 31. März 2014 als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss aufgenommen. Im Juni 2014 erlangte die IKB AG mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf den Investmentfonds, weshalb die European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS erstmalig im Quartalsabschluss zum 30. Juni 2014 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert in den Konzernabschluss einbezogen wurde. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endete im November 2014 mit der Liquidation der Gesellschaft und deren Entkonsolidierung im Konzernabschluss. Aus dieser Entkonsolidierung sind keine wesentlichen Effekte entstanden.

Die IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH wurde zum 30. September 2014 als Tochterunternehmen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Die IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, die IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, die IKB Beteiligungsgesellschaft 4 mbH und die IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH wurden zum 30. November 2014 als Tochterunternehmen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Sie dienen dem Erwerb, Halten und der Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen sowie der Verwaltung des eigenen Vermögens.

Die Zweckgesellschaft German Mittelstand Equipment Finance S.A. wurde zum 30. September 2014 erstmals im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Ankauf von Leasingforderungen von Konzernunternehmen der IKB.

Die Zweckgesellschaft Bacchus 2008-1 Plc wurde erstmalig zum Geschäftsjahr 2008/09 als zu konsolidierende Zweckgesellschaft im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Nach vollständiger Tilgung der emittierten Wertpapiere wurde die Zweckgesellschaft liquidiert und zum 31. März 2015 im Konzern entkonsolidiert. Aus dieser Entkonsolidierung sind keine wesentlichen Effekte entstanden.

Die IKB Capital Corporation i. L. wurde erstmalig zum Geschäftsjahr 2000/01 im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Nach dem Liquidationsverfahren sowie dem Ablauf der Nach-

haftungsphase wurde das Tochterunternehmen zum 31. März 2015 im Konzern entkonsolidiert. Durch die Entkonsolidierung wurden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung aus dem Konzerneigenkapitalposten „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ in Höhe von 16,7 Mio. € aufgelöst und in dem sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst. Insgesamt hat sich durch die Entkonsolidierung keine Eigenkapitaländerung ergeben.

Ein assoziiertes Unternehmen (Vorjahr: zwei) wird nach der sogenannten Equity-Methode im Konzernabschluss bewertet.

47 Tochterunternehmen (Vorjahr: 56) und 17 assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 19) werden wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht im Wege der Vollkonsolidierung bzw. nicht nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sondern wie sonstige Beteiligungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Kapitalanteile bei den assoziierten Unternehmen entsprechen grundsätzlich den Stimmanteilen. Einen abweichenden Stimmrechtsanteil hat die IKB bei der HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach im Isartal (Kapitalanteil 6,00 %; Stimmrechtsanteil 16,00 %).

Die IKB AG hat in Luxemburg eine Fondsgesellschaft mit dem Namen Valin Mittelstand Senior Debt Fund S.A., SICAV-SIF gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 16. Juni 2014. Auf eine Vollkonsolidierung der Fondsgesellschaft wurde nach § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da zum Stichtag noch keine Gelder von den Investoren abgerufen wurden und sich somit das Volumen auf das Gründungskapital in Höhe von 31 Tsd. € beschränkt.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird einheitlich nach den für die IKB AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dabei werden die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen, die keine Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute sind, auf die Gliederungsschemata der RechKredV-Formblätter übergeleitet. Sofern eine Konzerngesellschaft einen vom 31. März abweichenden Abschlussstichtag hat, werden die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die zwischen dem Abschlussstichtag und dem 31. März 2015 eingetreten sind, berücksichtigt. Bei ausgewählten Gesellschaften erfolgt die Einbeziehung mit auf den Abschlussstichtag des Konzerns fortgeschriebenen Abschlüssen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt seit Inkrafttreten des BilMoG für erstkonsolidierte Unternehmen nach der sogenannten Neubewertungsmethode in Übereinstimmung mit § 301 HGB.

Vor Inkrafttreten des BilMoG erstmalig einbezogene Unternehmen werden nach der sogenannten Buchwertmethode konsolidiert. Die Buchwertmethode wird in Übereinstimmung mit dem Beibehaltungswahlrecht gemäß Artikel 66 Abs. 3 EGHGB fortgeführt. Im letzten HGB-Konzernabschluss vor Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IFRS (31. März 2005) wurden die Wertansätze des Tochterunternehmens zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der Erstkonsolidierung zugrunde gelegt. Für nach dem 31. März 2005 erworbene Unternehmen erfolgt die Einbeziehung in Übereinstimmung mit § 301 Abs. 2 HGB zu den Wertansätzen zum Erwerbszeitpunkt. Bis zum 31. März 2005 wurde eine Saldierung positiver und negativer Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen. Der daraus resultierende Unterschiedsbetrag wird in den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Die Saldierung wird in Übereinstimmung mit Artikel 66 EGHGB beibehalten.

Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Konzernunternehmen werden konsolidiert, soweit dem keine branchenspezifischen Rechnungslegungsvorschriften entgegenstehen. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit § 312 HGB (Buchwertmethode) bewertet. Im Rahmen der Bilanzierung nach der Equity-Methode wird auf einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Forderungen

Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute werden zum Nominalwert abzüglich Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Unterschiede zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag werden in die aktivischen und passivischen Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst soweit der Unterschiedsbetrag Zinscharakter hat. Erworbene Forderungen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Die in der Konzernbilanz im Posten „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Mietkaufgeschäfte der Leasingunternehmen des Konzerns werden zum Barwert der künftig fälligen Mietkaufraten angesetzt. Die Zinserträge werden annuitätisch vereinnahmt und im Posten „Zinserträge“ ausgewiesen.

(4) Wertpapiere

Erworbene Wertpapiere werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden über die Restlaufzeit zeitanteilig als Korrektiv im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand vereinnahmt.

Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Stichtagswert vorgenommen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB zum niedrigeren Wert bewertet, der sich aus einem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag ergibt. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Wert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht ausschließlich am Markt beobachtbar sind.

Bei Wertpapieren aus Verbriefungstransaktionen erfolgt die Berechnung des Wertberichtigungsbedarfs auf Basis eines Fundamentalwertverfahrens. Dieses Verfahren ermöglicht eine detaillierte Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios. Das Ausfallverhalten des Referenzportfolios wird üblicherweise in einer marktüblichen Monte-Carlo-Simulation unter Berücksichtigung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und assetklassenspezifischer Korrelationsparameter geschätzt. Auf Basis der Ausfallszenarien werden die Cashflows der investierten Tranche unter Berücksichtigung der Transaktionsstruktur („Cashflow-Wasserfall“) ermittelt. Über die Diskontierung dieser Cashflows mit dem Effektivzins der jeweiligen Tranche wird der Fundamentalwert errechnet.

Wertaufholungen werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Die Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 22. Vom Grundsatz der einheitlichen Bilanzierung wird nur dann abgewichen, wenn das strukturierte Finanzinstrument aufgrund eingebetteter Derivate im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken oder Chancen aufweist.

Eine getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt bei Wertpapieren aus synthetischen Verbriefungstransaktionen, bei denen das Kreditrisiko des Referenzportfolios mit einem Credit Default Swap (CDS) auf den Emittenten der Wertpapiere übertragen wurde. Bei synthetischen Verbriefungstiteln werden die eingebetteten Derivate zu Nennbeträgen als Eventualverbindlichkeiten unter den Bilanzvermerken ausgewiesen, sofern die eingebetteten Derivate wie Bürgschaften zu bilanzieren sind. Im Falle einer drohenden Inanspruchnahme aus dem eingebetteten Kreditderivat werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Eventualverbindlichkeiten werden in gleicher Höhe gekürzt. Sofern eingebettete Derivate wie schwebende Geschäfte nach IDW RS BFA 1 n.F. bilanziert werden, werden Drohverlustrückstellungen in Höhe der negativen Marktwerte der eingebetteten Derivate gebildet.

(5) Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken sowie für latente Ausfallrisiken.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen und pauschal ermittelter Rückstellungen für das Kreditgeschäft wird in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 vorgenommen. Dabei werden historische Kreditverluste aus Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen zugrunde gelegt und mit einem Konjunkturfaktor multipliziert, um der gesamtwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen.

Der für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen verwendete Konjunkturfaktor blieb im Berichtsjahr unverändert. Durch den Rückgang der Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen reduzierte sich die für das Kreditgeschäft gebildete Pauschalwertberichtigung zum Stichtag um rund 15 Mio. €.

Um latenten Adressenausfallrisiken von Wertpapieren des Anlagevermögens, Forderungen an Kreditinstitute und unwiderruflichen Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten aus Protection Seller Credit Default Swaps Rechnung zu tragen, hat die Bank für diese Risiken auf der Grundlage einer geschätzten Ein-Jahresverlustrate (Expected Loss) ebenfalls Pauschalwertberichtigungen bzw. pauschal ermittelte Rückstellungen für das Kreditgeschäft ermittelt.

Zur Abdeckung von Länderrisiken wird das nicht risikoausplazierte Kreditvolumen in Risikoländern mit internen Ratings ab Ratingklasse 8 mit pauschalen Abschlägen pauschalwertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung für Länderrisiken wird mindestens in Höhe des Ein-Jahres-Expected-Loss gebildet. Dabei prüft die Bank, ob in Einzelfällen eine darüber hinaus gehende höhere Länderrisikovorsorge erforderlich erscheint. Für die Risikoklassen 13-15 wurde deshalb wie im Vorjahr zum 31. März 2015 eine Länderrisikovorsorge gebildet, die sich an den veröffentlichten steuerlichen Bandbreiten orientiert. Der sich aus Länderrisiken ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand beträgt 4,4 Mio. €. Der Anstieg um 4,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (0,2 Mio. €) ist mit 1,4 Mio. € auf die Aufnahme der Länder in den Ratingklassen 8-12 in die Ermittlung zurückzuführen.

Für latente Adressenausfallrisiken bestehen darüber hinaus für folgende Sachverhalte zusätzliche Pauschalwertberichtigungen in Höhe von insgesamt 58 Mio. €:

- Überdurchschnittliche Verlustrisiken im Bestand der Akquisitionsfinanzierungen in Höhe von 28 Mio. €;
- Verluste im Zusammenhang mit geplanten Verkäufen von Private-Finance-Initiative-Finanzierungen im Rahmen von Public Private Partnerships in Höhe von 15 Mio. €;
- Auswirkungen der EU-Sanktionen gegenüber Russland auf Kreditnehmer in Höhe von 12 Mio. €;
- Auswirkung der Verschärfung der Gesetzgebung auf Kreditnehmer im Segment erneuerbare Energien in Südeuropa in Höhe von 3 Mio. €.

Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen inklusive der Länderrisikovorsorge für Kundenforderungen, Forderungen an Kreditinstitute, Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen beträgt im Konzern insgesamt 159,2 Mio. € (Vorjahr: 109,9 Mio. €) und in der IKB AG 158,8 Mio. € (Vorjahr: 109,6 Mio. €). Für Wertpapiere bestehen Pauschalwertberichtigungen im Konzern in Höhe von 3,1 Mio. € (Vorjahr: 5,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 2,9 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €).

(6) Handelsbestand

Dem Handelsbestand sind gemäß IDW RS BFA 2 alle Finanzinstrumente zugeordnet, die mit der Absicht der Erzielung eines kurzfristigen Eigenhandelserfolgs erworben wurden. Die Kriterien für diese Absicht ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Vorgaben für die Zuordnung zum Handelsbuch. Eine Änderung dieser Kriterien wurde nicht vorgenommen. Die aktivischen und passivischen Handelsbestände werden separat ausgewiesen.

Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Absatz 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden dabei die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie am Markt verfügbaren Bewertungsparametern (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Finanzinstrument und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig.

Die Bank nimmt den Risikoabschlag in Höhe des nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben ermittelten Value at Risk vor. Der Berechnung des Value at Risk liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Der Value at Risk drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von zehn Tagen aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Der Beobachtungszeitraum beträgt 250 Bankarbeitstage. Der für den gesamten Handelsbestand ermittelte Risikoabschlag wird vom aktivischen Handelsbestand abgesetzt.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB ist dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10 vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Dieser Posten darf nur unter den in § 340e Abs. 4 S. 2 HGB genannten Bedingungen aufgelöst werden.

(7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Abnutzbares Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige sowie gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Vom Ansatzwahlrecht für die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zeitanteilig abgeschrieben.

Die IKB AG hat zum 31. März 2015 einen entgeltlich erworbenen Geschäftswert in Höhe von 22,7 Mio. € außerplanmäßig abgeschrieben. Die Abschreibung wird im Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen ausgewiesen. Die Aktivierung des Geschäftswerts erfolgte im Rahmen eines Asset Deals, durch den die IKB AG im Geschäftsjahr 2010/11 das Kundenderivate-Neugeschäft von der IKB International S.A. i.L. übernommen hat. Nicht zuletzt aufgrund des geänderten regulatorischen Umfeldes und des Zinsniveaus werden Neugeschäfte nur noch mit einem geringen Teil der Altkunden abgeschlossen, so dass sich die ursprünglichen Ertragerwartungen nachhaltig gemindert haben. Durch die Migration von Derivatebeständen auf ein neues Front-to-Back-System im November 2014 sind weiterhin die früheren Geschäftsprozesse mittlerweile vollständig abgelöst worden. Im Gesamtbild ist die Werthaltigkeit des Goodwills somit entfallen.

(8) Leasingvermögen

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände der Leasingunternehmen des Konzerns werden, soweit diese dem IKB-Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden die zugehörigen Erlöse in dem Posten „Leasingerträge“ ausgewiesen. Der Aufwand aus den Abgängen des Leasingvermögens sowie die sonstigen leistungsbezogenen Aufwendungen sind im Konzern gesondert im Posten „Leasingaufwendungen“ enthalten.

Abschreibungen auf das Leasingvermögen werden im Konzern im Posten „Abschreibungen auf Leasingvermögen“ ausgewiesen.

(9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte

Die Bilanzierung von Wertpapierpensionsgeschäften folgt den Regeln des § 340b HGB.

Die IKB weist im Rahmen echter Wertpapierpensionsgeschäfte als Pensionsgeber die übertragenen Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz aus und passiviert eine korrespondierende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, wird eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zur Bilanzierung echter Wertpapierpensionsgeschäfte.

(10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung der Verpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren.

Die Bewertung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegen-

stände den Betrag der Schulden, so wird dieser Betrag im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. Der Saldo aus den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen wird je nach Vorzeichen in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Rückstellungen (Ziffer 12) dargestellt.

(11) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, mit Ausnahme des passivischen Handelsbestands, sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Bei Vermögensübertragungen, bei denen kein bilanzieller Abgang erfolgt ist, wird in Höhe des für den Vermögensgegenstand erhaltenen Betrags eine Verpflichtung unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(12) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Verpflichtungen für Altersversorgung werden zum notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Bei der Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags werden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung der folgenden Bewertungsannahmen:

| Bewertungsfaktor | 31.3.2015 Annahme | 31.3.2014 Annahme |
|--|----------------------|----------------------|
| Rechnungszinsfuß | 4,37 % | 4,83 % |
| Lohn- und Gehaltssteigerung | 2,0 % / 3,0 % | 2,0 % / 3,0 % |
| Rententrend | 2,0 % | 2,0 % |
| Fluktuationsrate entsprechend einer Staffelung nach Alter und Geschlechtern | | |
| Alter bis 35 Jahre m/w | 6,5 % / 4,5 % | 6,5 % / 4,5 % |
| Alter 36 bis 45 Jahre m/w | 4,5 % / 5,5 % | 4,5 % / 5,5 % |
| Alter > 45 Jahre m/w | 1,5 % / 1,0 % | 1,5 % / 1,0 % |

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden in der Regel pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wird durch die Bundesbank entsprechend der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) bekanntgegeben. Bei wertpapiergebundenen Zusagen werden die Rückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens angesetzt, sofern ein garantierter Mindestbetrag überschritten wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen erforderlichen zusätzlichen Rückstellungsbetrag in jedem Geschäftsjahr zu einem Fünfzehntel anzusammeln (siehe Ziffer 34).

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus der Altersversorgung und ähnlichen Regelungen wurden im Rahmen von CTA Vermögensgegenstände zur Erfüllung der Pensionsansprüche vom übrigen Unternehmens-

vermögen separiert und auf einen Unternehmenstreuhandler übertragen. Unterschreitet der beizulegende Zeitwert der ausgelagerten Vermögensgegenstände die zugehörigen Verpflichtungen, so wird in entsprechender Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Zum Verrechnungsgebot der ausgelagerten Vermögensgegenstände mit den Altersversorgungsverpflichtungen sowie zur Bilanzierung der Vermögensgegenstände wird auf Ziffer 10 verwiesen.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Der notwendige Erfüllungsbetrag schließt zukünftige Preis- und Kostensteigerungen ein. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfolgt die Dotierung in Höhe des Verpflichtungsüberschusses. Rückstellungen, deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet, werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit laufzeitadäquaten Zinssätzen gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Der Ausweis des Effekts aus der Aufzinsung in den Folgeperioden erfolgt bei nicht bankgeschäftlichen Sachverhalten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der Aufzinsungseffekt bei Rückstellungen im Zusammenhang mit bankgeschäftlichen Sachverhalten erfolgt in den Zinsaufwendungen.

Ausgelöst durch Änderungen in dem Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) sowie in den Bankenabgabeberechnungsmethodiken und den Übergang von der nationalen auf die europäische Bankenabgabe ist davon auszugehen, dass die IKB AG für das Kalenderjahr 2015 eine deutlich höhere Bankenabgabe zu entrichten hat als in der Vergangenheit. Da zum Stichtag hinsichtlich der Berechnungsmethodik der EU-Bankenabgabe noch Auslegungsfragen bestanden und wesentliche Ermittlungsparameter nur geschätzt werden konnten, wurde auf Grundlage einer vorläufigen Berechnung eine Rückstellung in Höhe von 8 Mio. € gebildet.

(13) Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz angegeben.

(14) Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands werden nach den für schwebende Geschäfte geltenden Grundsätzen bilanziert. Geleistete bzw. erhaltene Prämienzahlungen aus bedingten Termingeschäften werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei unbedingten Termingeschäften werden gezahlte oder erhaltene Upfront-Fees im aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert. Am Abschlussstichtag wird geprüft, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist.

Bei derivativen Finanzinstrumenten, die in eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB einbezogen sind, wird auf die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste, die aus dem abgesicherten Risiko resultieren, verzichtet, soweit diesen Verlusten ein nicht realisierter Gewinn in gleicher Höhe gegenübersteht (siehe Ziffern 16 und 20).

Zinsderivate außerhalb des Handelsbestands werden zusammen mit allen übrigen zinstragenden Finanzinstrumenten außerhalb des Handelsbestands nach den Grundsätzen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Dabei wird der Barwert des zinstragenden Geschäfts den entsprechenden Buchwerten gegenübergestellt, wobei Verwaltungs- und Risikokosten sowie zu erwartende Refinanzierungskosten berücksichtigt werden. Dabei berücksichtigt die IKB die Refinanzierungswirkung des

Eigenkapitals. Die spezifische Situation der IKB führt dazu, dass für einen langen Zeitraum keine Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können. Infolgedessen wird für den Teil der fiktiven Schließung von Aktivüberhängen durch Eigenkapital eine Nullverzinsung unterstellt. Die verlustfreie Bewertung nach IDW RS BFA 3 ergab keinen Rückstellungsbedarf.

Kreditderivate außerhalb des Handelsbestands werden gemäß IDW RS BFA 1 n.F. bilanziert. Dementsprechend werden Kreditderivate, bei denen die IKB die Sicherungsnehmerposition einnimmt, wie Bürgschaften bilanziert, wenn das Kreditderivat Ausfallrisiken absichert, eine endfällige Halteabsicht gegeben ist und sich das Derivat objektiv als Sicherungsinstrument eignet. Kreditderivate, die wie Bürgschaften zu bilanzieren sind, werden im Rahmen der Bewertung der abgesicherten Geschäfte berücksichtigt. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsnehmer ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet.

Kreditderivate bei denen die IKB die Sicherungsgeberposition einnimmt, werden wie Bürgschaften bilanziert, sofern ausschließlich Ausfallrisiken abgesichert werden und die Halteabsicht bis zur Endfälligkeit des Kreditderivates oder bis zum Eintritt des Kreditereignisses gegeben ist. Bei Kreditderivaten, die wie Bürgschaften bilanziert werden, werden Rückstellungen in Höhe der drohenden Inanspruchnahme gebildet. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsgeber ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet.

Zur Bewertung derivativer Finanzinstrumente im Handelsbestand wird auf Ziffer 6 verwiesen.

(15) Währungsumrechnung

Für die Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen im Konzern wird die sogenannte modifizierte Stichtagskursmethode gemäß § 308a HGB angewendet. Die Aktiv- und Passivposten einer auf fremde Währung lautenden Bilanz werden, mit Ausnahme des Eigenkapitals, zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital wird zum historischen Kurs in Euro umgerechnet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Eine sich ergebende Differenz aus der Umrechnung wird innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ ausgewiesen.

Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung außerhalb des Handelsbestands folgt im Einzelabschluss der IKB AG und den anderen Instituten im Konzern, soweit eine besondere Deckung vorhanden ist, den Grundsätzen des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Danach sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum Devisenkassamittelkurs (EZB-Referenzkurs) zum Bilanzstichtag umzurechnen. Sind die Anforderungen an eine besondere Deckung nicht erfüllt, so erfolgt die Währungsumrechnung nach den für alle Kaufleute geltenden Vorschriften (§ 256a HGB). Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger werden die nicht realisierten Gewinne aus der Währungsumrechnung ertragswirksam erfasst. Wird die Restlaufzeit von einem Jahr überschritten, so gelten die allgemeinen Bewertungsvorschriften.

Das Vorliegen der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB kann nach IDW RS BFA 4 als erfüllt angesehen werden, wenn das Währungsrisiko über eine Währungsposition gesteuert und die einzelnen Posten in eine Währungsposition übernommen werden. Die IKB AG ordnet die Geschäfte außerhalb des Handelsbestands in fremder Währung grundsätzlich der Währungsposition der jeweiligen Währung zu und steuert diese über genehmigte Limite.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (Umrechnungsdifferenzen) in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Dienen Devisentermingeschäfte der IKB AG der Absicherung von zinstragenden Vermögensgegenständen und Schulden, so wird der Terminkurs aufgespalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) werden bei der Ergebnisermittlung getrennt berücksichtigt. Die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs werden zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Bei den vorgenannten Geschäften wird überprüft, ob aus der fristenkongruenten Schließung der Position Verluste drohen und dafür Rückstellungen zu bilden sind (Reststellenbewertung).

Finanzinstrumente des Handelsbestands in fremder Währung werden gemäß § 340c Abs. 1 HGB i.V.m. § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Nach der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in Fremdwährung werden die Handelsbestände zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet und nicht realisierte Gewinne bzw. Verluste im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst.

(16) Bewertungseinheiten

Nach § 254 HGB liegt eine Bewertungseinheit dann vor, wenn Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen – sogenannte Grundgeschäfte – zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken – sogenannter abgesicherter Risiken – mit originären oder derivativen Finanzinstrumenten – sogenannten Sicherungsinstrumenten – zusammengefasst werden. Auf der ersten Ebene ist nach IDW RS HFA 35 durch das Unternehmen in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob ein bestimmtes Risiko durch ein Sicherungsinstrument durch Herstellung einer ökonomischen Sicherungsbeziehung zu einem oder einer Gruppe von Grundgeschäften abgesichert werden soll. Auf der zweiten Ebene wird danach entschieden, ob eine im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehung durch Bildung einer Bewertungseinheit auch in der Rechnungslegung abgebildet werden soll (Wahlrecht). Liegt eine ökonomische Sicherungsbeziehung vor, entscheidet die Bank im Einzelfall, wann eine Bewertungseinheit gebildet wird.

Bei der Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach den Regeln des § 254 HGB wird auf die Erfassung unrealisierter Verluste, die aus abgesicherten Risiken resultieren, bei einzelnen Geschäften der Bewertungseinheit verzichtet, soweit diesen Verlusten unrealisierte Gewinne aus den anderen Geschäften der Bewertungseinheit in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dies erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem sich gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument in Bezug auf das abgesicherte Risiko ausgleichen.

Zur bilanziellen Abbildung von Bewertungseinheiten wird bei der IKB in der Regel die Einfrierungsmethode angewendet. Eine Ausnahme bilden Mikro-Hedges zur Vermeidung von Währungsrisiken im Konzern, die nach der Durchbuchungsmethode bilanziert werden.

Bei der Einfrierungsmethode werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko (wirksamer Teil) nicht bilanziert. Ein sich innerhalb der Bewertungseinheit insgesamt ergebender unrealisierter Gewinn wird nicht berücksichtigt. Entspricht der ineffektive Teil der Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko dagegen einem Verlust, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Im Unterschied dazu werden bei der Durchbuchungsmethode in der Bilanz die sich ausgleichenden positiven und negativen Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos (wirksame Beträge) von den Vermögensgegenständen und Schulden durch Anpassung der jeweiligen Buchwerte berücksichtigt.

Die prospektive Effektivitätsbeurteilung wie auch die rückwirkende Ermittlung der Wirksamkeit der Bewertungseinheit erfolgt in den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft exakt gegenläufig sind, durch den Vergleich der Vertragsbedingungen (Critical Term Match). In den anderen Fällen wird die Effektivität durch eine regelmäßige Überwachung der gegenläufigen Bewertungsef-

fekte von Grund- und Sicherungsgeschäft sichergestellt. Die Sicherungsbeziehungen werden über die verbleibende Restlaufzeit der Grundgeschäfte gebildet.

Bewertungseinheiten für mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen bestehen nicht.

Bezüglich des Risikomanagements finanzieller Risiken wird auf die Berichterstattung im Lagebericht verwiesen.

(17) Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in den folgenden Geschäftsjahren wieder ausgleichen (sogenannte Temporäre Differenzen), so ist eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern angesetzt werden. Bei der Berechnung aktiver latenter Steuern sind steuerliche Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren erwartungsgemäß kompensierend genutzt werden können, in der Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird ausgeübt. Vom Wahlrecht zum unverrechneten Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB (Bruttoausweis) wird hingegen kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern werden unter Anwendung der individuellen Steuersätze je Steuersubjekt bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder bereits durch den Gesetzgeber verabschiedet sind und die zum Zeitpunkt der Realisierung der aktiven latenten Steuern sowie der passiven latenten Steuern voraussichtlich gelten werden. Bei der Berechnung der inländischen latenten Steuern werden ein Körperschaftsteuersatz von 15 %, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und ein Gewerbesteuersatz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Hebesätze zugrunde gelegt. Die Bewertung der latenten Steuern der ausländischen Betriebsstätten und Tochterunternehmen erfolgt mit den dort geltenden Steuersätzen.

Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaften werden die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen der Organgesellschaften bei der Ermittlung der latenten Steuern jeweils bei dem Organträger berücksichtigt. Bei Organträgern, die gleichzeitig auch Organgesellschaft sind, erfolgt die Berücksichtigung der temporären Differenzen auf Ebene des obersten Organträgers.

Soweit im Konzernabschluss die Konsolidierungsmaßnahmen zu temporären Differenzen führen, werden für die sich aus diesen Differenzen ergebenden künftigen Steuerentlastungen bzw. -belastungen zusätzliche aktive bzw. passive latente Steuern angesetzt. Die sich aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB ergebenden latenten Steuern werden mit den latenten Steuern gemäß § 274 HGB verrechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

(18) Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|--|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Forderungen an Kreditinstitute¹⁾ | 104,6 | 106,5 | 95,8 | 91,0 |
| mit einer Restlaufzeit von | | | | |
| bis 3 Monate | 66,5 | 74,0 | 59,3 | 58,5 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 4,4 | 6,3 | 2,8 | 6,3 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 17,4 | 14,2 | 17,4 | 14,2 |
| mehr als 5 Jahre | 16,3 | 12,0 | 16,3 | 12,0 |
| Forderungen an Kunden | 11.089,8 | 12.263,2 | 12.864,6 | 14.232,2 |
| mit einer Restlaufzeit von | | | | |
| bis 3 Monate | 1.680,9 | 1.703,6 | 1.712,7 | 1.763,9 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 1.687,1 | 1.869,9 | 1.861,0 | 2.044,5 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 5.487,5 | 6.371,1 | 6.776,3 | 7.818,7 |
| mehr als 5 Jahre | 2.234,3 | 2.318,6 | 2.514,6 | 2.605,1 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten¹⁾ | 7.968,5 | 8.921,3 | 7.957,2 | 8.913,8 |
| mit einer Restlaufzeit von | | | | |
| bis 3 Monate | 1.905,6 | 1.481,5 | 1.905,1 | 1.480,6 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 1.358,0 | 1.770,7 | 1.352,2 | 1.770,2 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 3.518,5 | 4.428,3 | 3.513,5 | 4.422,2 |
| mehr als 5 Jahre | 1.186,4 | 1.240,8 | 1.186,4 | 1.240,8 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden¹⁾ | 6.575,2 | 8.738,4 | 6.584,6 | 8.750,4 |
| mit einer Restlaufzeit von | | | | |
| bis 3 Monate | 1.181,9 | 1.212,2 | 1.191,2 | 1.224,2 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 2.185,5 | 3.068,2 | 2.185,5 | 3.068,2 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 2.278,1 | 3.222,9 | 2.278,2 | 3.222,9 |
| mehr als 5 Jahre | 929,7 | 1.235,1 | 929,7 | 1.235,1 |

1) jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 712,7 Mio. € (Vorjahr: 500,1 Mio. €) im Konzern und 445,4 Mio. € (Vorjahr: 293,7 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 769,9 Mio. € (Vorjahr: 149,9 Mio. €) im Konzern und 658,6 Mio. € (Vorjahr: 100,3 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig.

(19) Finanzinstrumente des Handelsbestands

Der unter den Aktiva ausgewiesene Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Derivative Finanzinstrumente | 254,0 | 253,9 | 254,0 | 253,9 |
| Forderungen | 4,9 | 48,2 | 4,9 | 48,2 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 12,1 | 17,2 | 12,1 | 17,2 |
| Risikoabschlag | -0,5 | -1,2 | -0,5 | -1,2 |
| Gesamt | 270,5 | 318,1 | 270,5 | 318,1 |

Bei den Derivaten des Handelsbestandes handelt es sich um Zinsswaps, Spot-Geschäfte, CDS/Caps/Floors/Collars, FXSwaps, FXOptions, FXForwards, Cross Currency Swaps und Swaptions.

Der Handelsbestand unter den Passiva enthält die folgenden Positionen:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Derivative Finanzinstrumente | 263,6 | 266,5 | 263,6 | 266,5 |
| Verbindlichkeiten | 16,1 | 67,4 | 16,1 | 67,4 |
| Gesamt | 279,7 | 333,9 | 279,7 | 333,9 |

Die Nominalbeträge der im aktiven und passiven Handelsbestand ausgewiesenen Derivate betragen:

| 31.3.2015 in Mio. € | Nominalbetrag | |
|---|----------------|----------------|
| | Konzern | IKB AG |
| Zinsbezogene Derivate | 5.219,9 | 5.219,9 |
| Währungsbezogene Derivate | 1.287,3 | 1.287,3 |
| Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind | 168,1 | 168,1 |
| Gesamt | 6.675,3 | 6.675,3 |

Aus Handelsaktivitäten ergibt sich im Geschäftsjahr 2014/15 nach Berücksichtigung des Risikoabschlags ein Nettoertrag in Höhe von 9,1 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Dotierung eines Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €). Damit verbleibt ein Nettoertrag von 8,2 Mio. € (Vorjahr: 5,9 Mio. €).

(20) Bewertungseinheiten

In der IKB bestehen Bewertungseinheiten im Wesentlichen zur Abbildung von Absicherungen von Zins- und/oder Währungsrisiken.

Zum Stichtag werden im Konzern Vermögensgegenstände im Buchwert von 241,8 Mio. € (Vorjahr: 456,4 Mio. €) und Derivate mit einem negativen Marktwert von 3,2 Mio. € (Vorjahr: 112,7 Mio. €) als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten abgesichert. In der IKB AG sind zum Stichtag Derivate mit einem negativen Marktwert von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 112,6 Mio. €) als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten einbezogen.

gen. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Abgang von Grundgeschäften bei der IKB AG zurückzuführen, so dass die korrespondierende Bewertungseinheit zur Absicherung von USD-Währungsrisiken aufgelöst werden konnte.

Die abgesicherten Risiken betragen zum Stichtag im Konzern für die Vermögensgegenstände 25,3 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €), für die Derivate 2,6 Mio. € (Vorjahr: 107,4 Mio. €) und in der IKB AG für die Derivate 0,8 Mio. € (Vorjahr: 107,3 Mio. €). Das abgesicherte Risiko entspricht den Wert- oder Zahlungsstromänderungen des Grundgeschäfts, die durch die Sicherungsgeschäfte in der Bewertungseinheit ausgeglichen werden.

(21) Anlagevermögen

Konzern:

| in Mio. € | Immaterielle Vermögensgegenstände | Sachanlagen | Leasingvermögen | Beteiligungen | Anteile an assoziierten Unternehmen | Anteile an verbundenen Unternehmen | Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | Gesamt |
|--|-----------------------------------|--------------|-----------------|---------------|-------------------------------------|------------------------------------|---|--|-----------------|
| Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2014 | 62,7 | 77,0 | 2.328,2 | 57,7 | 43,8 | 12,0 | 7.529,4 | 569,0 | 10.679,8 |
| Zugänge | 1,4 | 3,8 | 289,2 | 0,5 | - | 0,4 | 2.958,0 | 0,5 | 3.253,8 |
| Umbuchungen | - | - | -0,8 | -5,2 | -32,7 | -0,2 | 101,1 | 5,2 | 67,4 |
| Effekte aus Währungsumrechnung | - | -0,2 | -2,6 | - | - | - | 66,9 | - | 64,1 |
| Abgänge | -2,8 | -2,8 | -522,8 | -22,3 | - | -0,1 | -4.282,2 | -86,8 | -4.919,8 |
| Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2015 | 61,3 | 77,8 | 2.091,2 | 30,7 | 11,1 | 12,1 | 6.373,2 | 487,9 | 9.145,3 |
| Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2014 | -47,5 | -51,0 | -1.158,1 | -32,3 | 1,2 | -9,7 | -177,0 | -1,1 | -1.475,5 |
| Zuschreibungen | - | 0,3 | 0,6 | 7,5 | 1,3 | - | 22,5 | 0,1 | 32,3 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen | -5,7 | -4,0 | -349,8 | -0,2 | - | -0,1 | -9,3 | -0,3 | -369,4 |
| Umbuchungen | - | - | - | 3,3 | - | - | - | -3,3 | - |
| Effekte aus Währungsumrechnung | - | 0,1 | 1,2 | - | - | - | -35,5 | - | -34,2 |
| Abgänge | 2,8 | 2,5 | 444,8 | 13,7 | - | - | 121,8 | - | 585,6 |
| Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2015 | -50,4 | -52,1 | -1.061,3 | -8,0 | 2,5 | -9,8 | -77,5 | -4,6 | -1.261,2 |
| Restbuchwert zum 31.3.2015 | 10,9 | 25,7 | 1.029,9 | 22,7 | 13,6 | 2,3 | 6.295,7 | 483,3 | 7.884,1 |
| Restbuchwert zum 31.3.2014 | 15,2 | 26,0 | 1.170,1 | 25,4 | 45,0 | 2,3 | 7.352,4 | 567,9 | 9.204,3 |

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

IKB AG:

| in Mio. € | Immaterielle Vermögensgegenstände | Sachanlagen | Beteiligungen | Anteile an verbundenen Unternehmen | Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | Gesamt |
|--|-----------------------------------|--------------|---------------|------------------------------------|---|--|-----------------|
| Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2014 | 85,4 | 26,2 | 11,3 | 1.331,7 | 6.535,1 | - | 7.989,7 |
| Zugänge | 0,3 | 0,1 | 0,5 | 10,4 | 3.459,6 | 0,5 | 3.471,4 |
| Umbuchungen | - | - | -1,0 | - | 101,1 | 1,0 | 101,1 |
| Effekte aus Währungsumrechnung | - | - | - | - | 41,4 | - | 41,4 |
| Abgänge | - | -0,1 | -0,7 | -166,5 | -4.672,0 | - | -4.839,3 |
| Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2015 | 85,7 | 26,2 | 10,1 | 1.175,6 | 5.465,2 | 1,5 | 6.764,3 |
| Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2014 | -45,8 | -20,0 | - | -1.194,7 | -114,0 | - | -1.374,5 |
| Zuschreibungen | - | - | - | 14,8 | 2,8 | - | 17,6 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen | -31,8 | -0,8 | -0,2 | - | -2,2 | - | -35,0 |
| Umbuchungen | - | - | - | - | - | - | - |
| Effekte aus Währungsumrechnung | - | - | - | - | -21,3 | - | -21,3 |
| Abgänge | - | 0,1 | - | 164,5 | 102,2 | - | 266,8 |
| Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2015 | -77,6 | -20,7 | -0,2 | -1.015,4 | -32,5 | - | -1.146,4 |
| Restbuchwert zum 31.3.2015 | 8,1 | 5,5 | 9,9 | 160,2 | 5.432,7 | 1,5 | 5.617,9 |
| Restbuchwert zum 31.3.2014 | 39,6 | 6,2 | 11,3 | 137,0 | 6.421,1 | - | 6.615,2 |

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

Auf den unter den Immateriellen Vermögensgegenständen in der IKB AG ausgewiesenen entgeltlich erworbenen Geschäftswert aus der Übernahme des Kundenderivate-Neugeschäfts eines Luxemburger Tochterunternehmens wurde eine vollständige außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 22,7 Mio. € vorgenommen (siehe Textziffer 7).

Auf immaterielle Anlagewerte des Leasinggeschäfts im Konzern erfolgten Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €).

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Konzern in Höhe von 14,1 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 5,5 Mio. € (Vorjahr: 6,2 Mio. €) in den Sachanlagen enthalten. Im Konzern befindet sich ein teilweise bankbetrieblich genutztes Grundstück und Gebäude mit einem Buchwert von 10,0 Mio. € (Vorjahr: 9,0 Mio. €) im Bestand.

Im Konzern haben sich die „Anteile an assoziierten Unternehmen“ durch eine Umbuchung von 32,7 Mio. € reduziert. Diese ist auf das Unternehmen European Liquid Bond S.A. SICAV-FIS zurückzuführen, welches zum 30. Juni 2014 nicht mehr at Equity bilanziert, sondern vollkonsolidiert wurde. Im November 2014 wurde die Liquidation der Gesellschaft beschlossen und diese daher entkonsolidiert.

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in der IKB AG resultieren im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der IKB Capital Corporation i.L.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält überwiegend europäische Staatsanleihen, Bankenanleihen und Emissionen europäischer Industrieunternehmen sowie struktu-

rierte Produkte in Form von CDO und ABS-Anleihen. Die erfolgte Umbuchung bezieht sich auf die Umgliederung von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen.

Im Konzern werden zudem im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ dem Anlagevermögen zugeordnete Anteile an Spezialsondervermögen ausgewiesen.

Insgesamt bestehen im Konzern für Wertpapiere des Anlagevermögens unrealisierte Verluste in Höhe von 49,7 Mio. € (Vorjahr: 110,1 Mio. €) bezogen auf Buchwerte von 588,8 Mio. € (Vorjahr: 993,0 Mio. €) und beizulegende Zeitwerte von 539,1 Mio. € (Vorjahr: 882,9 Mio. €). In der IKB AG betragen für Wertpapiere des Anlagevermögens die unrealisierten Verluste bei Buchwerten von 542,6 Mio. € (Vorjahr: 926,0 Mio. €) und beizulegenden Zeitwerten von 500,6 Mio. € (Vorjahr: 849,0 Mio. €) insgesamt 42,0 Mio. € (Vorjahr: 77,0 Mio. €).

Abschreibungen erfolgten für diese unrealisierten Verluste im Konzern und in der IKB AG nicht, da die Differenzen als nicht dauerhafte Wertminderungen beurteilt wurden.

Bei den Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden im aktuellen Geschäftsjahr aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen im Konzern in Höhe von 12,5 Mio. € (Vorjahr: 23,1 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 25,1 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €) vorgenommen.

Die angegebenen Werte enthalten keine Zinsabgrenzungen.

(22) Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

| 31.3.2015 in Mio. € | Konzern | | | IKB AG | | |
|---|--------------------------|--------------------|-----------------------------|--------------------------|--------------------|-----------------------------|
| | insgesamt börsenfähig | börsen- notiert | nicht börsen- notiert | insgesamt börsenfähig | börsen- notiert | nicht börsen- notiert |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 6.529,4 | 5.923,2 | 606,2 | 5.442,3 | 5.418,2 | 24,1 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 478,0 | 1,5 | 476,5 | 1,5 | 1,5 | - |
| Beteiligungen | 4,1 | - | 4,1 | - | - | - |

| 31.3.2014 in Mio. € | Konzern | | | IKB AG | | |
|---|--------------------------|--------------------|-----------------------------|--------------------------|--------------------|-----------------------------|
| | insgesamt börsenfähig | börsen- notiert | nicht börsen- notiert | insgesamt börsenfähig | börsen- notiert | nicht börsen- notiert |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 7.462,6 | 7.078,1 | 384,5 | 6.526,9 | 6.526,9 | - |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 561,5 | - | 561,5 | - | - | - |
| Beteiligungen | 10,8 | - | 10,8 | - | - | - |

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 6.295,8 Mio. € (Vorjahr: 7.308,5 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 5.424,5 Mio. € (Vorjahr: 6.421,1 Mio. €). Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält ausschließlich im Konzern dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere in Höhe von 478,0 Mio. € (Vorjahr: 561,5 Mio. €).

(23) Angaben zu Investmentvermögen

Das Investmentvermögen, an den konsolidierte Konzerngesellschaften bzw. die IKB AG einen Anteil von mehr als 10 % halten, wird nach folgenden Anlagezielen gegliedert:

| in Mio. € | Konzern | | | | IKB AG | | | |
|-----------------------|-----------------------|-----------------------------|------------------------------|-----------------------------------|-----------------------|-----------------------------|------------------------------|-----------------------------------|
| | Buchwert 31.3.2015 | Markt- wert 31.3.2015 | Differenz | Aus- schüt- tung 2014/15 | Buchwert 31.3.2015 | Markt- wert 31.3.2015 | Differenz | Aus- schüt- tung 2014/15 |
| | | | zum Buchwert 31.3.2015 | | | | zum Buchwert 31.3.2015 | |
| Mischfonds | 302,0 | 302,0 | - | 6,0 | 270,6 | 270,6 | - | 5,2 |
| Sonstige | | | | | | | | |
| Spezialsondervermögen | 478,1 | 485,4 | 7,3 | 45,0 | - | - | - | - |
| Gesamt | 780,1 | 787,4 | 7,3 | 51,0 | 270,6 | 270,6 | - | 5,2 |

| in Mio. € | Konzern | | | | IKB AG | | | |
|-----------------------|-----------------------|-----------------------------|------------------------------|-----------------------------------|-----------------------|-----------------------------|------------------------------|-----------------------------------|
| | Buchwert 31.3.2014 | Markt- wert 31.3.2014 | Differenz | Aus- schüt- tung 2013/14 | Buchwert 31.3.2014 | Markt- wert 31.3.2014 | Differenz | Aus- schüt- tung 2013/14 |
| | | | zum Buchwert 31.3.2014 | | | | zum Buchwert 31.3.2014 | |
| Mischfonds | 260,4 | 260,4 | - | 1,2 | 233,6 | 233,6 | - | 1,2 |
| Sonstige | | | | | | | | |
| Spezialsondervermögen | 561,5 | 565,4 | 3,9 | 17,0 | - | - | - | - |
| Gesamt | 821,9 | 825,8 | 3,9 | 18,2 | 233,6 | 233,6 | - | 1,2 |

Das sonstige Spezialsondervermögen enthält im Konzern Anteile an ausländischen Spezialfonds, die überwiegend in europäische Pfandbriefe investieren.

Darüber hinaus wurde CTA-Vermögen in einen inländischen Spezialfonds investiert. Der nach Verrechnung mit den Pensionsverpflichtungen verbleibende Betrag wird unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ (siehe Ziffer 27) ausgewiesen. Der Fonds investiert überwiegend in Rentenpapiere und geringfügig in Investmentanteile und Aktien.

Alle Fondsanteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme der Anteile aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Verwaltungsgesellschaften haben von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht.

(24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Die in der Tabelle genannten Unternehmen werden im Konzern nach der Equity-Methode bilanziert.

Buchwerte der Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen:

| in Mio. € | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
|---|-------------|-------------|
| Linde Leasing GmbH, Wiesbaden | 13,6 | 12,2 |
| European Liquid Bond S.A. SiCAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg | - | 32,8 |
| Gesamt | 13,6 | 45,0 |

Bilanzkennzahlen von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

| 31.3.2015 in Mio. € | Vermögens- gegenstände | Verbindlich- keiten | Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag | Erträge |
|-------------------------------|---------------------------|------------------------|---------------------------------------|---------|
| Linde Leasing GmbH, Wiesbaden | 487,5 | 442,1 | 6,4 | 209,5 |

(25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| in Mio. € | Konzern | | | |
|--|--|---|--|---|
| | 31.3.2015 | | 31.3.2014 | |
| | Verbundene Unter- nehmen ¹⁾ | Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht | Verbundene Unter- nehmen ¹⁾ | Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht |
| Forderungen an Kreditinstitute | - | - | - | - |
| Forderungen an Kunden | 9,5 | 20,2 | 17,6 | 30,3 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | - | - | 0,2 | - |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | - | - | - | - |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 3,0 | 0,3 | 4,6 | - |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 0,9 | - | 1,2 | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 46,2 | - | 239,6 | - |

1) nur nicht konsolidierte verbundene Unternehmen

Der Vorjahreswert für die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen wurde um Beträge gegenüber einer nicht konsolidierten Zweckgesellschaft erhöht.

| IKB AG | | | | |
|--|--------------------------------|---|--------------------------------|---|
| | 31.3.2015 | | 31.3.2014 | |
| in Mio. € | Verbundene Unter- nehmen | Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht | Verbundene Unter- nehmen | Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht |
| Forderungen an Kreditinstitute | - | - | - | - |
| Forderungen an Kunden | 2.730,6 | 20,0 | 3.035,0 | 30,0 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 184,7 | - | 27,8 | - |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | - | - | - | - |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 68,8 | 0,3 | 38,4 | 0,5 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 508,6 | - | 391,2 | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 15,6 | - | 36,3 | - |

(26) Nachrangige Vermögensgegenstände

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Forderungen an Kunden | 548,0 | 787,4 | 547,9 | 772,4 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 0,7 | 0,7 | 0,7 | 0,7 |
| Handelsbestand | 3,8 | 1,0 | 3,8 | 1,0 |
| Gesamt | 552,5 | 789,1 | 552,4 | 774,1 |

Bei den im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen nachrangigen Vermögensgegenständen handelt es sich um eigene Schuldverschreibungen.

(27) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

| 31.3.2015 in Mio. € | Konzern | IKB AG |
|--|----------------|----------------|
| Verrechnete Vermögensgegenstände | | |
| Anschaffungskosten | 287,6 | 257,8 |
| Beizulegender Zeitwert | 333,1 | 298,7 |
| Verrechnete Schulden | | |
| Erfüllungsbetrag | -290,5 | -255,1 |
| Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 44,5 | 43,5 |
| Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge | 2014/15 | 2014/15 |
| Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen | | |
| Aufwendungen Pensionsverpflichtung | -34,5 | -30,2 |
| Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen | | |
| Erträge des Deckungsvermögens | 45,1 | 40,3 |
| Aufwendungen des Deckungsvermögens | -0,4 | -0,4 |
| Nettoertrag/-aufwand | 10,2 | 9,7 |

| 31.3.2014 in Mio. € | Konzern | IKB AG |
|--|--------------|--------------|
| Verrechnete Vermögensgegenstände | | |
| Anschaffungskosten | 277,1 | 248,8 |
| Beizulegender Zeitwert | 284,1 | 255,2 |
| Verrechnete Schulden | | |
| Erfüllungsbetrag | -252,5 | -222,1 |
| Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 33,2 | 33,1 |
| Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge | | |
| Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen | | |
| Aufwendungen Pensionsverpflichtung | -21,8 | -19,5 |
| Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen | | |
| Erträge des Deckungsvermögens | 8,6 | 8,0 |
| Aufwendungen des Deckungsvermögens | -0,5 | -0,5 |
| Nettoertrag/-aufwand | -13,7 | -12,0 |

Der beizulegende Zeitwert des im Rahmen von CTA ausgelagerten Vermögens ergibt sich aus den Inventarwerten, die zum Bilanzstichtag durch die Investmentgesellschaft ermittelt wurden.

(28) Leasinggeschäft

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände (Mobilien-Leasing) werden in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. Es handelt sich hier im Wesentlichen um sogenannte Teil-Amortisationsverträge, bei denen der Leasinggegenstand beim Leasinggeber bilanziert wird.

(29) Wertpapierpensionsgeschäfte

Der Buchwert der zum Stichtag in der Bilanz ausgewiesenen und im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen Vermögensgegenstände beträgt im Konzern 2.134,2 Mio. € (Vorjahr: 3.617,9 Mio. €) und in der IKB AG 1.460,7 Mio. € (Vorjahr: 3.164,9 Mio. €).

(30) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|----------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Vermögensgegenstände | 1.612,3 | 1.484,1 | 1.430,0 | 1.364,3 |
| Schulden | 286,0 | 324,5 | 423,7 | 473,8 |

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

(31) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

In den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ sind folgende Sachverhalte enthalten:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Devisenausgleichsposten ¹⁾ | - | 18,1 | - | 18,1 |
| Forderungen aus dem Leasinggeschäft | 26,3 | 17,6 | - | - |
| Forderungen an Finanzbehörden | 41,9 | 42,9 | 36,7 | 36,2 |
| Noch nicht verwertete Mietkaufobjekte | 7,5 | 12,1 | - | - |
| Forderungen aus Derivaten ²⁾ | 7,8 | 7,5 | 9,8 | 9,5 |
| Zinsabgrenzung Derivate ²⁾ | 123,1 | 1,7 | 123,6 | 2,2 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 2,4 | 2,1 | 1,2 | 0,4 |
| Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen | - | - | 184,7 | 27,8 |
| Übrige Vermögensgegenstände | 26,1 | 28,5 | 12,7 | 17,9 |
| Gesamt | 235,1 | 130,5 | 368,7 | 112,1 |

1) aus Devisenkassakursneutralisierung

2) Angepasste Vorjahreswerte der IKB AG und des Konzerns wegen teilweiser Umgliederung der übrigen Vermögensgegenstände, Forderungen aus Derivaten und Zinsabgrenzung Derivaten.

Der Devisenausgleichsposten aus Devisenkassakursneutralisierung stellt den bilanziellen Gegenposten der Devisenerfolge aus Währungsderivaten des Anlagebuches dar, welche zur Währungsbewertung nach § 340h HGB herangezogen werden muss.

Die Ausweisänderung der Zinsabgrenzung der im Anlagebuch gehaltenen Zins- und Zinswährungsswaps führte zum Stichtag zu einer Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände und der sonstigen Verbindlichkeiten um 105,4 Mio. € (siehe Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze).

Bei den Forderungen aus dem Leasinggeschäft handelt es sich im Konzern im Wesentlichen um geleistete Anzahlungen auf noch nicht abgerechnete Mietkaufverträge.

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ setzen sich wie folgt zusammen:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| True-Sale-Verbriefungen | - | - | 261,4 | 274,6 |
| Synthetische Verbriefungen | 145,0 | 368,2 | 0,7 | 21,8 |
| Devisenausgleichsposten ¹⁾ | 53,0 | - | 53,0 | - |
| Verpflichtungen aus Derivaten ²⁾ | 79,8 | 98,5 | 79,8 | 98,5 |
| Zinsabgrenzung Derivate ²⁾ | 112,9 | 20,4 | 107,2 | 12,7 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden | 13,6 | 17,9 | 11,4 | 14,2 |
| Rechnungsabgrenzung Nachrangige Verbindlichkeiten | 2,6 | 2,8 | 2,6 | 2,8 |
| Verbindlichkeiten Lieferung und Leistung | 4,5 | 3,5 | 2,4 | 4,7 |
| Übrige Verbindlichkeiten | 53,7 | 40,9 | 18,7 | 16,2 |
| Gesamt | 465,1 | 552,2 | 537,2 | 445,5 |

1) aus Devisenkassakursneutralisierung

2) Angepasste Vorjahreswerte der IKB AG und des Konzerns wegen teilweiser Umgliederung der übrigen Verbindlichkeiten, Verpflichtungen aus Derivaten und Rechnungsabgrenzung Derivaten.

In dem Posten True-Sale-Verbriefungen weist die IKB AG Verbindlichkeiten gegenüber Zweckgesellschaften aus, denen aufgrund des Rückhalts von Bonitätsrisiken nicht ausgebuchte Kreditforderungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden in Höhe des Buchwerts dieser Wertpapiere passiviert. Daneben wurden im Konzern Leasingforderungen an nicht konsolidierte Zweckgesellschaften verkauft. Die Transaktion führte nicht zu einem bilanziellen Abgang, sodass in Höhe des Buchwerts der Leasingforderungen Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

(32) Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten im Konzern in Höhe von 6,9 Mio. € (Vorjahr: 11,2 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 6,9 Mio. € (Vorjahr: 11,2 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 54,7 Mio. € (Vorjahr: 94,7 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 113,3 Mio. € (Vorjahr: 179,0 Mio. €) enthalten.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen im Konzern in Höhe von 21,5 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 21,5 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 33,4 Mio. € (Vorjahr: 69,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 108,0 Mio. € (Vorjahr: 175,2 Mio. €) enthalten.

(33) Aktive latente Steuern

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---------------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Überhang der aktiven latenten Steuern | 243,1 | 248,8 | 238,1 | 251,7 |

Verlustvorräte:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Angesetzte körperschaftsteuerliche Verlustvorräte | 50,7 | 60,9 | 8,9 | 12,7 |
| Angesetzte gewerbesteuerliche Verlustvorräte | - | - | - | - |

Der Wertansatz der aktiven latenten Steuern basiert im Wesentlichen auf Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren. Insbesondere bezieht sich der Wertansatz auf handelsrechtlich gebildete Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate (CDS), die steuerlich nicht angesetzt werden können, sowie auf Investmentfondsanlagen des inländischen Organkreises. Des Weiteren wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte berücksichtigt, soweit mit einer Verlustverrechnung innerhalb der nächsten auf den Abschlussstichtag folgenden fünf Geschäftsjahre mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist. Dabei wurden jeweils die lokalen Steuersätze zugrunde gelegt. Die sich ergebende Steuerbelastung und die sich ergebende Steuerentlastung wurden dabei verrechnet angesetzt.

(34) Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen betragen im Konzern 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Den Verpflichtungen aus den Pensionszusagen steht im aktuellen Geschäftsjahr ein entsprechendes Deckungsvermögen gegenüber.

Im Rahmen der Erstanwendungsvorschriften des BilMoG wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag für Pensionsrückstellungen über einen Zeitraum von 15 Jahren gleichmäßig zu verteilen. Der per 31. März 2015 noch ausstehende Zuführungsbetrag beträgt 46,4 Mio. € (Vorjahr: 51,0 Mio. €) im Konzern und 40,9 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €) in der IKB AG.

(35) Nachrangige Verbindlichkeiten

In diesem Posten sind Verbindlichkeiten ausgewiesen, die aufgrund vertraglicher Vereinbarungen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft sind nicht vorgesehen. In der Regel werden die Zinsen unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt. Eine Ausnahme bilden die im Geschäftsjahr 2004/05 emittierten Preferred Shares. Auf diese Preferred Shares zahlt die IKB Funding Trust im Falle eines ausschüttungsfähigen Jahresüberschusses seitens der IKB AG Zinsen. Die auf die Nachrangigen Verbindlichkeiten entfallenden Zinsabgrenzungen werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Stichtag auf 970,9 Mio. € (Vorjahr: 971,3 Mio. €) im Konzern und auf 495,8 Mio. € (Vorjahr: 496,3 Mio. €) in der IKB AG. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 11,6 Mio. € (Vorjahr: 15,5 Mio. €) im Konzern und 11,6 Mio. € (Vorjahr: 15,5 Mio. €) in der IKB AG. Zinsaufwendungen für die Emission 2004/05 (Konzern) sind im Geschäftsjahr nicht angefallen, da die Zahlung von einem ausschüttungsfähigen Jahresüberschuss der IKB AG abhängig ist.

Einzelposten, die im Konzern und in der IKB AG 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

| Konzern | Buchwert | | | |
|----------------------|------------------|----------------|----------------------|-------------------|
| Emissionsjahr | in Mio. € | Währung | Zinssatz in % | Fälligkeit |
| 2005/2006 | 100,8 | JPY | 2,76 | 21.07.2035 |
| 2006/2007 | 120,0 | EUR | 0,96 | 23.01.2017 |
| 2004/2005 (Konzern) | 400,0 | EUR | 1) | Perpetual |

| IKB AG | Buchwert | | | |
|----------------------|------------------|----------------|----------------------|-------------------|
| Emissionsjahr | in Mio. € | Währung | Zinssatz in % | Fälligkeit |
| 2006/2007 | 50,0 | EUR | 0,99 | 20.01.2016 |
| 2004/2005 | 73,0 | EUR | 1,10 | 13.09.2016 |
| 2005/2006 | 100,8 | JPY | 2,76 | 21.07.2035 |
| 2006/2007 | 120,0 | EUR | 0,96 | 23.01.2017 |

1) 10Y-EUR-Mid-Swap-Rate + 5bp, Cap 9%

(36) Genusssrechtskapital

Das Genusssrechtskapital beläuft sich nach Verlustzuweisungen im Konzern und in der IKB AG zum Bilanzstichtag auf 32,2 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €). Der Nominalwert beträgt zum Bilanzstichtag 120,0 Mio. € (Vorjahr: 300,0 Mio. €). Bedingungsgemäß nimmt das Genusssrechtskapital grundsätzlich bis zur vollen Höhe am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust der IKB AG teil. Zinszahlungen erfolgen je Emission nur im

Rahmen eines vorhandenen Jahresüberschusses der IKB AG. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Die Verlustbeteiligung der Genussrechtsinhaber bzw. die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals ermittelt sich grundsätzlich anhand des anteiligen Jahresfehlbetrags bzw. des Bilanzverlusts (ohne Berücksichtigung des Verlustvortrags) im Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich des gesamten Genussrechtskapitals bzw. zum Rückzahlungsbetrag aller am Bilanzverlust teilnehmenden Kapitalanteile. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme sowie eine Nachzahlung ausgefallener Ausschüttungen sind in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen innerhalb der Laufzeit der Emission bzw. in einem Fall innerhalb einer vierjährigen Besserungsperiode ausdrücklich vorgesehen.

Das Genussrechtskapital setzt sich im Konzern und der IKB AG wie folgt zusammen:

| Emissionsjahr | Ursprünglicher Nominalwert in Mio. € | Währung | Zinssatz in % | Fälligkeit |
|----------------------|---|----------------|----------------------|-------------------|
| 2006/2007 | 50,0 | EUR | 4,70 | 31.03.2017 |
| 2007/2008 | 70,0 | EUR | 5,63 | 31.03.2017 |

Für das Geschäftsjahr 2014/15 sind keine Zinsen auf das Genussrechtskapital im Bestand angefallen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Zinszahlung wären im Geschäftsjahr 2014/15 Zinsen auf Genussrechte in Höhe von 13,4 Mio. € (Vorjahr: 13,4 Mio. €) zu zahlen gewesen.

(37) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Aufgrund des Nettoertrags des Handelsbestands in Höhe von 9,1 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) erfolgte im Geschäftsjahr 2014/15 eine Zuführung zum Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €), siehe Ziffer 19.

Der Sonderposten wird zum Stichtag in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) passiviert.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, der gemäß CRR als hartes Kernkapital anerkannt ist, wurde im Geschäftsjahr 2014/15 durch Zuführung um 4,8 Mio. € von 573,1 Mio. € auf 577,9 Mio. € erhöht.

(38) Entwicklung des Kapitals

Eigene Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 4. September 2018 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu veräußern. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 26. August 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke bis

zum Ablauf des 25. August 2015 wurde bereits durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum Ablauf des 4. September 2018 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse (Freiverkehr) oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 5. September 2013 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 4. September 2018 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen über die Börse (Freiverkehr) oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 26. August 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum Ablauf des 25. August 2015 wurde bereits durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Im Geschäftsjahr 2014/15 hat es keinen Bestand – weder Zugänge noch Verwertung – an eigenen Aktien gegeben.

Eigenkapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 4. September 2018 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 560.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 14. Oktober 2013 erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 4. September 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 3. September 2019 das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt bis zu 250.732.700,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 97.942.461 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 28. Oktober 2014 erfolgt.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 25. August 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 400.000.000,00 € jeweils mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte zum Bezug von bis zu 74.874.422 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stammaktien (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 191.678.520,32 € nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zu ge-

währen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 4. September 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 3. September 2019 einmalig oder mehrmals, auch gleichzeitig in verschiedenen Tranchen auf den Inhaber lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 2.500.000.000,00 € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf insgesamt bis zu 241.818.039 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 619.054.179,84 € nach näherer Maßgabe der jeweiligen Bedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2014/15 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 28. Oktober 2014 ins Handelsregister eingetragen.

Hybride Kapitalinstrumente

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Preferred Shares (Trust Preferred Securities) oder Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Hybride Kapitalinstrumente werden im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genussscheinemissionen bedient.

Im Konzern wurden Trust Preferred Securities durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben. Diese Preferred Shares haben anders als deutsche Vorzugsaktien keinen Anteil am Liquidationsergebnis der emittierenden Gesellschaften. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens seit 2013 bzw. 2014 ausgeübt werden könnte. Eine weitere Bedingung für die Kündigung ist, dass der Rückzahlungswert wieder auf den ursprünglichen Einlagennennwert aufgefüllt ist. Bei Preferred Shares ist eine für den Investor unbegrenzte Laufzeit vereinbart.

Die Buchwerte der Preferred Shares im Konzern entsprechen zum 31. März 2015 unverändert mit 475,1 Mio. € den Nominalwerten.

Die IKB AG hat stille Einlagen von Gesellschaftern erhalten. Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage der stillen Gesellschafter in Relation zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich der Genussscheine gesetzt. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter und damit die Buchwerte betragen aufgrund der Verlustbeteiligung in den Vorjahren im Konzern und in der IKB AG unverändert 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) bei Nominalwerten von 400,0 Mio. €. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme ist in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen ausdrücklich vorgesehen.

Es wurden, wie im Vorjahr, keine Zahlungen auf die hybriden Kapitalinstrumente geleistet.

Entwicklung des Eigenkapitals

Konzern:

| in Mio. € | 1.4.2014 | Änderungen des Konsolidierungskreises | Veränderung Rücklagen | Sonstige Änderungen | Konzernfehlbetrag | 31.3.2015 |
|--|----------------|---------------------------------------|-----------------------|---------------------|-------------------|----------------|
| Eingefordertes Kapital | 1.621,5 | - | - | - | - | 1.621,5 |
| Gezeichnetes Kapital | 1.621,5 | - | - | - | - | 1.621,5 |
| Kapitalrücklage | 1.750,7 | - | - | - | - | 1.750,7 |
| Gewinnrücklagen | 4,9 | - | - | 0,2 | - | 5,1 |
| Gesetzliche Rücklage | 2,4 | - | - | - | - | 2,4 |
| Andere Gewinnrücklagen | 2,5 | - | - | 0,2 | - | 2,7 |
| Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung | -18,2 | 16,7 | - | -4,0 | - | -5,5 |
| Bilanzverlust | -2.376,2 | - | - | - | 4,7 | -2.371,5 |
| Eigenkapital | 982,7 | 16,7 | - | -3,8 | 4,7 | 1.000,3 |

IKB AG:

| in Mio. € | 1.4.2014 | Entnahmen | Zuführungen | Verteilung des Jahresergebnisses | 31.3.2015 |
|-------------------------------|-----------------|-----------|-------------|----------------------------------|-----------------|
| Eingefordertes Kapital | 1.621,5 | - | - | - | 1.621,5 |
| Gezeichnetes Kapital | 1.621,5 | - | - | - | 1.621,5 |
| Kapitalrücklage | 1.750,7 | - | - | - | 1.750,7 |
| Gewinnrücklagen | 2,4 | - | - | - | 2,4 |
| Gesetzliche Rücklage | 2,4 | - | - | - | 2,4 |
| Andere Gewinnrücklage | - | - | - | - | - |
| Bilanzverlust | -2.167,3 | - | - | - | -2.167,3 |
| Eigenkapital | 1.207,3 | - | - | - | 1.207,3 |

Die Eigenmittel der Institutsgruppe gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der Institutsgruppe 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €).

Die Eigenmittel der IKB AG gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,1 Mrd. € (Vorjahr: 2,1 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der IKB AG 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,7 Mrd. €).

Die ausschüttungsgesperrten Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

Konzern:

| 31.3.2015 in Mio. € | Bruttoertrag | Aktive latente Steuern | Passive latente Steuern | Aus- schüttungs- sperrbetrag |
|---|---------------------|---------------------------------------|--|---|
| Unrealisierte Gewinne des Planvermögens | 45,6 | - | -12,8 | 32,8 |
| Aktivierung latenter Steuern | - | 339,5 | -83,5 | 256,0 |
| Gesamt | 45,6 | 339,5 | -96,3 | 288,8 |

IKB AG:

| 31.3.2015 in Mio. € | Bruttoertrag | Aktive latente Steuern | Passive latente Steuern | Aus- schüttungs- sperrbetrag |
|---|---------------------|---------------------------------------|--|---|
| Unrealisierte Gewinne des Planvermögens | 40,9 | - | -12,8 | 28,1 |
| Aktivierung latenter Steuern | - | 268,0 | -17,1 | 250,9 |
| Gesamt | 40,9 | 268,0 | -29,9 | 279,0 |

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(39) Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, Leasingerträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 2014/15 | 2013/14 | 2014/15 | 2013/14 |
| Deutschland | 2.415,1 | 2.314,5 | 1.914,7 | 1.724,7 |
| Übriges Europa | 298,3 | 201,8 | 43,7 | 67,6 |
| Amerika | 0,1 | - | - | - |
| Gesamt | 2.713,5 | 2.516,3 | 1.958,4 | 1.792,3 |

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Märkten erfolgt im Konzern nach dem jeweiligen Sitz der Gesellschaft und in der IKB AG nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte.

(40) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt im Wesentlichen Verwaltungs- und Vermittlungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft. Die Erträge hieraus sind im Provisionsergebnis enthalten.

(41) Sonstige betriebliche Erträge

Die folgenden Sachverhalte sind im Wesentlichen in den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ enthalten:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|--|---------|---------|---------|---------|
| | 2014/15 | 2013/14 | 2014/15 | 2013/14 |
| Erträge aus der Auflösung von Swapvereinbarungen | 536,7 | 353,6 | 538,1 | 353,8 |
| Erträge aus Derivaten Anlagebuch | 192,4 | 13,0 | 190,7 | 13,0 |
| Erträge aus Währungsumrechnung | 76,1 | 29,1 | 3,8 | 0,6 |
| Auflösung Rückstellungen | 11,1 | 39,7 | 7,1 | 32,5 |
| Mieterträge | 3,2 | 7,9 | 5,2 | 4,1 |
| Ausgleichszahlungen ¹⁾ | 14,1 | 7,5 | 1,9 | - |
| Ertrag aus Abzinsung Rückstellungen | 2,2 | 0,8 | 2,2 | 0,8 |

1) aus der Beilegung außergerichtlicher Verhandlungen

Vorzeitige strategische Close outs von Derivategeschäften des Bankbuchs werden in den Erträgen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen ausgewiesen. Diesen stehen Aufwendungen in der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ gegenüber.

Die Erträge aus Derivaten des Anlagebuchs betreffen im Wesentlichen Ausgleichszahlungen aus der Auflösung von derivativen Geschäften und erhaltene Prämienzahlungen.

(42) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ beinhaltet im Wesentlichen:

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|---|---------|---------|---------|---------|
| | 2014/15 | 2013/14 | 2014/15 | 2013/14 |
| Aufwendungen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen | -793,3 | -205,7 | -793,4 | -210,3 |
| Aufwendungen Derivate Anlagebuch | -176,0 | -12,9 | -176,0 | -12,9 |
| Zuführung Rückstellungen | -37,6 | -12,2 | -37,3 | -13,5 |
| Aufwendungen aus Währungsumrechnung | -55,1 | -33,0 | -0,2 | - |
| Aufwendungen aus Entkonsolidierung | -16,8 | - | - | - |
| Mieten/Unterhalt (nicht betrieblich genutzt) | -5,9 | -6,8 | -7,7 | -5,0 |
| Aufwendungen aus Aufzinsung Rückstellungen | -3,9 | -2,4 | -4,0 | -2,4 |

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im laufenden Geschäftsjahr 2014/15 im Konzern und in der IKB AG Zinsen in Höhe von 26,7 Mio. €, die auf eine aus Vorsichtsgründen gebildete Steuerrückstellung im Zusammenhang mit der Anwendung von § 8c KStG auf die Verrechnung organschaftlicher Gewinne im Geschäftsjahr 2008/09 entfallen. Es handelt sich insoweit um periodenfremden Aufwand. Hinsichtlich der Bildung der Steuerrückstellung siehe auch Ziffer 46.

Die Aufwendungen aus Derivaten des Anlagebuchs betreffen im Wesentlichen Ausgleichszahlungen aus der Auflösung von derivativen Geschäften und geleistete Prämienzahlungen.

(43) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

In den Erträgen aus Ergebnisabführung der IKB AG in Höhe von 179,2 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €) ist im Wesentlichen die Gewinnabführung der IKB Beteiligungen GmbH in Höhe von 177,4 Mio. € (Vorjahr: 16,9 Mio. €) enthalten.

(44) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die Außerordentlichen Erträge beinhalten Erstattungen der KfW für Rechtskosten im Zusammenhang mit der Abwicklung von Portfolioinvestments in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €). In der IKB AG werden darüber hinaus Erträge in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) aus höheren Verwertungserlösen bei im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen konzernintern übertragenen Forderungen ausgewiesen.

Die Außerordentlichen Aufwendungen entfallen mit 4,1 Mio. € in der IKB AG (Vorjahr: 4,1 Mio. €) und 4,6 Mio. € im Konzern (Vorjahr: 4,6 Mio. €) im Wesentlichen auf die Verteilung des Mehraufwandes aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG (siehe Ziffer 35).

(45) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft

| in Mio. € | Konzern | |
|---|---------|---------|
| | 2014/15 | 2013/14 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasingvermögen | -349,4 | -392,2 |
| Sonstige betriebliche Erträge aus Leasinggeschäften | 63,4 | 36,7 |

(46) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ sind tatsächliche Steuern im Konzern in Höhe von -112,8 Mio. € (Vorjahr: 34,0 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von -111,3 Mio. € (Vorjahr: 35,2 Mio. €) enthalten. Hiervon entfallen im laufenden Geschäftsjahr 2014/15 sowohl im Konzern als auch in der IKB AG -112,8 Mio. € auf eine aus Vorsichtsgründen gebildete Steuerrückstellung in Höhe von 139,5 Mio. € und die Abschreibung einer bestehenden Steuerforderung in Höhe von 5,3 Mio. €. In der Steuerrückstellung sind auch Zinsen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 26,7 Mio. € enthalten, welche im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen sind (siehe Ziffer 42). Die Steuerrückstellung wurde aufgrund einer abweichenden Auffassung der Finanzverwaltung zur Anwendung von § 8c KStG auf die Verrechnung organschaftlicher Gewinne im Geschäftsjahr 2008/09 aus Vorsichtsgründen gebildet. Es handelt sich insoweit um periodenfremden Aufwand. Gegenläufig wirkten sich die Auflösungen bestehender Steuerrückstellung für andere Sachverhalte aus.

Darüber hinaus wird in diesem Posten die Veränderung des Ansatzes aktiver latenter Steuern in Höhe von -5,9 Mio. € (Vorjahr: 100,7 Mio. €) im Konzern und in Höhe von -13,6 Mio. € (Vorjahr: 101,0 Mio. €) in der IKB AG ausgewiesen.

(47) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch CDSs (Bank ist Sicherungsgeber) sowohl im Konzern als auch in der IKB AG in Höhe von 761,4 Mio. € (Vorjahr: 1.101,3 Mio. €) enthalten. Hierbei hat die IKB jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen. Daneben sind unter den Bürgschaften und Garantien auch derivative Bestandteile strukturierter Produkte (eingebettete CDSs) in Höhe von 200,0 Mio. € (Vorjahr: 258,1 Mio. €) im Konzern und in Höhe von 200,0 Mio. € (Vorjahr: 245,9 Mio. €) in der IKB AG berücksichtigt.

Im Zuge der befreienden Schuldübernahme der nachrangigen Verbindlichkeiten durch die MATRONA GmbH, Düsseldorf (MATRONA), im Geschäftsjahr 2011/12 hat die IKB AG eine Garantieerklärung zugunsten der MATRONA abgegeben, wonach sie für die Zahlungsverpflichtungen der MATRONA im Zusammenhang mit der Übernahme der Nachrangverbindlichkeiten durch die MATRONA haftet.

Im Rahmen des Verkaufs der 50%igen Gesellschaftsanteile an der Movesta Lease and Finance GmbH, Pullach i. Isartal (vormals Düsseldorf), hat die IKB AG gesamtschuldnerisch mit der IKB Beteiligungen GmbH Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen. Hierunter fallen zum Beispiel die übertragenen GmbH-Anteile sowie die ordnungsmäßige Abwicklung und die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Vergangenheit (unter anderem Abgabe von Steuererklärungen und -anmeldungen).

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind unwiderrufliche Kreditzusagen aus nicht abgerufenen Krediten und revolvingenden Kreditlinien enthalten.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erfolgt auf der Grundlage von Parametern aus der Kreditrisikosteuerung. Wird im Falle der Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers eine Inanspruchnahme ganz oder teilweise erwartet, werden Rückstellungen gebildet. Details zum Prozess innerhalb des Kreditrisikomanagements werden im Risikobericht des Lageberichts erläutert.

(48) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen zum 31. März 2015 insgesamt 1.366,3 Mio. € (Vorjahr: 1.395,6 Mio. €) im Konzern und 1.351,1 Mio. € (Vorjahr: 1.375,5 Mio. €) in der IKB AG.

Davon betrifft der wesentliche Teil Verpflichtungen aus der Bilanzierung von Forderungsverzichten durch Gesellschafter gegen Besserungsschein in Höhe von 1.151,5 Mio. € (Vorjahr: 1.151,5 Mio. €) im Konzern und der IKB AG.

Zudem bestehen Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen für die Mietlaufzeit in Höhe von 190,6 Mio. € (Vorjahr: 221,3 Mio. €) im Konzern und 179,1 Mio. € (Vorjahr: 209,3 Mio. €) in der IKB AG. Die Bank hat für die Zentrale in Düsseldorf und ihre Niederlassungen Mietverträge für die bankbetrieblich genutzten Immobilien und Instandhaltung dieser Immobilien abgeschlossen. Für den Fall, dass die Aufwendungen den Nutzen des Mietvertrags übersteigen, werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass nach Auslaufen eines zeitlich befristeten Mietvertrags eine Verlängerung des Mietvertrags oder ein Anschlussmietvertrag zu ungünstigeren bzw. günstigeren Konditionen möglich ist.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsverpflichtungen aus zukünftigen Leasingraten im Zusammenhang mit Leasingverträgen für Vermögensgegenstände im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei den Leasingverträgen wird das Recht auf die Nutzung eines Vermögensgegenstands durch den Leasinggeber auf den Leasingnehmer gegen regelmäßige Zahlungen übertragen.

Weitere Zahlungsverpflichtungen resultieren aus Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen. Bei Dienstleistungsverträgen besteht das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten den ökonomischen Nutzen übersteigen.

Zum Bilanzstichtag bestehen im Konzern und in der IKB AG keine Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Invest GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen.

Von den gesamten finanziellen Verpflichtungen der IKB AG betreffen 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) verbundene Unternehmen.

Bankenabgabe

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Falle, in dem die IKB AG zukünftig Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die Bankenabgabe nachträglich neu festgesetzt wird, sodass die Bankenabgabe den bisher gezahlten Mindestbeitrag übersteigt (Nacherhebung). Dies kann in der Zukunft zum Abfluss finanzieller Mittel in der IKB AG führen. Der mögliche Nacherhebungsbeitrag würde für die Beitragszeiträume 2013 bis 2015 insgesamt 4,1 Mio. € betragen.

Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung

Sollte die IKB im Hinblick auf die Anwendung von §§ 8c KStG/10 a GewStG auf die organschaftliche Verrechnung gewerbesteuerlicher Verluste wider Erwarten in einem etwaigen gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren letztinstanzlich unterliegen, so könnte sich hieraus zusätzlich zu dem oben genannten Gesamtbetrag eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von rund 145,9 Mio. € unter Annahme einer Bescheidung bis zum 30. Juni 2015 für die Gewerbesteuer und hierauf entfallende Zinsen ergeben. Für etwaige Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und hierauf entfallende Zinsen wurde bereits eine Rückstellung von insgesamt 139,5 Mio. € gebildet und eine bestehende Steuerforderung über 5,3 Mio. € abgeschrieben (siehe Ziffer 46).

(49) Außerbilanzielle Geschäfte

Gemäß § 285 Nr. 3 HGB sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist, im Anhang anzugeben. Für die Beurteilung der Finanzlage können vor allem Angaben zu Geschäften notwendig sein, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind.

Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen

Die Bank hat im Zusammenhang mit der Errichtung von Zweckgesellschaften unterschiedliche Vertragspositionen eingenommen. Die Zweckgesellschaften hatten die synthetische Ausplatzierung von Risiken oder eine Übertragung von Vermögensgegenständen zur Liquiditätsschöpfung zum Ziel.

Außerbilanzielle Risiken treten dann ein, wenn zwar das rechtliche Eigentum und die Bonitätsrisiken auf den Erwerber übertragen werden, aber in geringerem Umfang Restrisiken bei der IKB verbleiben. Dabei handelt es sich um die Haftung für den rechtlichen Bestand der Forderungen (Verität) und die Möglichkeit der Rückübertragung für den Fall der Unwirtschaftlichkeit der Transaktion (sogenannter Clean-Up Call). Diese Vertragspflichten können zu einem zukünftigen Abfluss von finanziellen Mitteln führen. Hat die Übertragung der Vermögensgegenstände zu keinem Abgang geführt, da die Bonitätsrisiken bei der IKB verblieben sind, sind diese Risiken im Rahmen der Bewertung der betreffenden Vermögensgegenstände berücksichtigt.

Die IKB tritt in einigen Transaktionen als Dienstleister auf, mit der Verpflichtung, die Kapital- und Zinszahlungen im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögensgegenständen zu vereinnahmen und an die Zweckgesellschaft weiterzuleiten. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Serviceentgelten für den Zeitraum des Servicevertrags. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen.

Bei Übernahme der Funktion des Investment-Managers obliegt der Bank die Vornahme von Kauf- und Verkaufsentscheidungen für die Zweckgesellschaft. Die Chancen bestehen im Zufluss von Entgelten aus der Managementvergütung. Die Risiken bestehen in etwaigen Schadenersatzansprüchen bei Verletzung vertraglicher Verpflichtungen.

Valin Fonds

Die IKB hat mit dem im Jahr 2011 aufgelegten Valin Funds S.A, SICAV-SIF ihre erste Fondsplattform in Luxemburg aufgelegt. Unter der Fondsgesellschaft befindet sich mit dem Mittelstand Mezzanine 1 ein Teilgesellschaftsvermögen mit dem Ziel Mezzanine Kapital für mittelständische Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Das Zielvolumen dieses Teilgesellschaftsvermögens beträgt 300 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2014/15 wurde mit dem Valin Mittelstand Senior Debt Fund S.A., SICAV-SIF ein zweiter Luxemburger Fonds gegründet. Das darunter befindliche Teilgesellschaftsvermögen Valin MSD hat ein Zielvolumen von 475 Mio. € und soll in langlaufende, erstrangige Unternehmenskredite des deutschen Mittelstands zu investieren.

Die IKB übernimmt für diese Fondsplattformen verschiedene Dienstleistungen und originiert Kredite, die an die Teilgesellschaftsvermögen verkauft werden. Beim Valin MSD hat die IKB zusätzlich noch die Rolle des Investment-Managers übernommen. Die Bank beteiligt sich mit maximal 5 % an den jeweiligen Teilgesellschaftsvermögen. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Management- und Servicevergütungen. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen. Beide Fondsplattformen und Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund des Fehlens eines beherrschenden Einflusses nicht konsolidiert.

Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften. Diese dienen im Wesentlichen der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und führen zu zukünftigen Mittelzu- oder -abflüssen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Termingeschäften verwiesen (siehe Ziffer 57).

Sonstige Angaben

(50) Konsolidierungskreis zum 31. März 2015

| | Kapitalanteil in % |
|---|----------------------------|
| A. Konsolidierte Tochterunternehmen | |
| 1. Inländische sonstige Unternehmen | |
| Aleanta GmbH, Düsseldorf | 100 |
| Equity Fund GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing GmbH, Hamburg | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 4 mbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Data GmbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf | 100 |
| IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf | 100 |
| IKB Invest GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf | 3) ³⁾ 100 |
| Istop 1 GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Istop 2 GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Istop 4 GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Istop 5 GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Istop 6 GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Struktur GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 89,8 |
| Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 94,9 |
| MATRONA GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf | 1) ¹⁾ 100 |
| 2. Ausländische sonstige Unternehmen | |
| IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg | 2),3) ^{2),3)} 100 |
| IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest, Rumänien | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée, Frankreich | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l, Munsbach, Luxemburg | 100 |
| IKB Pénzügyi Lízing Zrt., Budapest, Ungarn | 1) ¹⁾ 100 |
| STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée, Frankreich | 1) ¹⁾ 100 |
| IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien | 1) ¹⁾ 100 |
| IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland | 1) ¹⁾ 100 |
| 3. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB | |
| Bacchus 2008-2 Plc, Dublin 2, Irland | |
| German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg | |
| German Mittelstand Equipment Finance S.A., Luxemburg, Luxemburg | |
| RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin 2, Irland | |
| B. Assoziierte Unternehmen | |
| Linde Leasing GmbH, Wiesbaden | 1) ¹⁾ 30,0 |

1) Mittelbare Beteiligung

2) in Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

3) in Liquidation

(51) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2015

| 31.3.2015 | Ge- schäfts- jahr | Patro- natser- klärung | Kapital- anteil in % | Eigen- kapital Tsd. € | Ergebnis Tsd. € |
|--|--------------------------------|------------------------------|----------------------------|-----------------------------|--------------------|
| 1. Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert) | | | | | |
| Aleanta GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 1.551 | 1 |
| Equity Fund GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 13.525 | 0 |
| IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 79.742 | 0 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 55 | 0 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 80 | 0 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 55 | 0 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 4 mbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 54 | 0 |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 54 | 0 |
| IKB Data GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 13.000 | 0 |
| IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 11.732 | 9.208 |
| IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | X | 100,00 | 98 | -9 |
| IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf | ³⁾ 1.1. - 31.12. | X | 100,00 | 7.872 | 1.029 |
| IKB Invest GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 298.408 | 0 |
| IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 5.825 | 0 |
| IKB Leasing GmbH, Hamburg | 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 178.223 | 0 |
| IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf | ^{3),4)} 1.1. - 31.12. | X | 100,00 | 6.615 | 2.266 |
| IKB Struktur GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 103.750 | 0 |
| Istop 1 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 115.975 | 0 |
| Istop 2 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 155.025 | 0 |
| Istop 4 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 93.525 | 0 |
| Istop 5 GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 525 | 0 |
| Istop 6 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 114.445 | 0 |
| MATRONA GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | 525 | 0 |
| Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 89,80 | 4 | -4 |
| Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 94,90 | 0 | 721 |
| Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 621 | 0 |
| 2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert) | | | | | |
| IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée, Frankreich | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 3.347 | 980 |
| STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée, Frankreich | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 16.875 | 2.104 |
| IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg | ⁴⁾ 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 39.782 | 11.969 |
| IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg | 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 20.317 | 1.983 |
| IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande | 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | -2.546 | 1.438 |
| IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 737 | 149 |
| IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 10.828 | 144 |
| IKB Leasing Finance IFN S.A., Bukarest, Rumänien | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 4.289 | 743 |
| IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 1.347 | 366 |
| IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 2.784 | -10.671 |
| IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 1.850 | 736 |
| IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 28.844 | 2.016 |
| IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 5.275 | 183 |
| IKB Pénzügyi Lizing Zrt., Budapest, Ungarn | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 2.722 | 270 |
| IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | ²⁾ 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 345 | 47 |
| IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | ²⁾ 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | 598 | 834 |
| IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | 1.020 | 19 |

| 31.3.2015 | Ge- schäfts- jahr | Patro- natser- klärung | Kapital- anteil in % | Eigen- kapital Tsd. € | Ergebnis Tsd. € |
|--|-------------------------|------------------------------|----------------------------|-----------------------------|--------------------|
| 3. Zweckgesellschaften (in den Konzernabschluss gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB einbezogene Zweckgesellschaften) | | | | | |
| Bacchus 2008-2 Plc, Dublin 2, Irland | | | | | |
| RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin 2, Irland | | | | | |
| German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg | | | | | |
| German Mittelstand Equipment Finance S.A., Luxemburg, Luxemburg | | | | | |

| 31.3.2015 | Ge- schäfts- jahr | Patro- natser- klärung | Kapital- anteil in % | |
|--|-------------------------|------------------------------|----------------------------|--------|
| 4. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von untergeordneter Bedeutung) | | | | |
| | 1) | | | |
| Brunnenstraße 105-109 Berlin Grundbesitz GmbH, Münster | 1.1. - 31.12. | | 94,90 | |
| Büroprojekt vierte Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | 100,00 | |
| Einsteinufer 63-65 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | 100,00 | |
| Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | |
| Feldmühleplatz 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| FRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| GAP 15 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 92,80 | |
| GARUMNA GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | |
| HAUSTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Yachtzentrum Berlin KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 94,67 | |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 6 mbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 7 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 8 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 9 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB Beteiligungsgesellschaft 10 mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 30.09. | X | 100,00 |
| IKB NewCo 1 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB NewCo 3 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| IKB NewCo 4 GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | |
| IKB NewCo 5 GmbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | | 100,00 | |
| IKB Real Estate GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| ILF Immobilien-Leasing-Fonds Verwaltung GmbH & Co. Objekt Boxdorf KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 94,26 | |
| ilmenau center Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | 100,00 | |
| IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 1.4. - 31.3. | X | 100,00 | |
| INCO Ingenieur Consult Geschäftsführungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | 100,00 | |
| Istop 3 GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| Ligera GmbH, Düsseldorf | 1.1. - 31.12. | | 100,00 | |
| MD Capital Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | 100,00 | |

| | | Ge- schäfts- jahr | Patro- natser- klärung | Kapital- anteil in % |
|--|----|-------------------------|------------------------------|----------------------------|
| 31.3.2015 | | | | |
| MD Capital Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| MD Capital Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| MD Objekt Lorsch Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| MD Objekt Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| MD Objekt Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| MFRSI Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| RAVENNA Vermögensverwaltungs AG, Berlin | | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| Restruktur 2 GmbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf | | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| Rhodana GmbH, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| Robert Adams Str. 12 London GmbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| SEQUANA GmbH, Düsseldorf | | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| 5. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB) | 1) | | | |
| Valin Asset Management S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg | | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| Valin Mittelstand Senior Debt Fund S.A., Hesperange, Luxemburg | | 1.1. - 31.12. | | 100,00 |
| IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| IKB Funding Trust II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika | | 1.4. - 31.3. | | 100,00 |
| 6. Zweckgesellschaften (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB) | | | | |
| ABS Weinberg, Dublin, Irland | | | | |
| Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, Deutschland | | | | |
| Hybrid Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, Deutschland | | | | |
| ProPart Funding Limited Partnership, Jersey, Jersey | | | | |
| Rosaria Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Heimstetten KG, Grünwald, Deutschland | | | | |
| 7. Inländische assoziierte Unternehmen | 1) | | | |
| Linde Leasing GmbH, Wiesbaden | | 1.1. - 31.12. | | 30,00 |
| 8. Inländische assoziierte Unternehmen/Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von untergeordneter Bedeutung) | 1) | | | |
| Argantis GmbH i.L., Köln | 4) | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue, Aue | | 1.1. - 31.12. | | 25,10 |
| AxlT AG, Frankenthal/Pfalz | | 1.1. - 31.12. | | 29,88 |
| Chemtura Verwaltungs GmbH, Bergkamen | | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| equiNotes Management GmbH, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| FUNDIS Projektentwicklungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| FUNDIS Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach i. Isartal | | 1.1. - 31.12. | | 6,00 |
| Hafenspitze Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg | | 1.1. - 31.12. | | 25,00 |
| ISOG Technology Holding GmbH, Weilheim | | 1.4. - 31.3. | | 49,03 |
| LOUDA SYSTEMS GmbH, Triptis | | 1.1. - 31.12. | | 45,00 |
| MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf | 4) | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| MFRSI Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf | | 1.1. - 31.12. | | 50,00 |
| Mike's Sandwich GmbH, Hamburg | | 1.1. - 31.12. | | 35,59 |
| MOTORRAD-ECKE GmbH, Villingen-Schwenningen | | 1.1. - 31.12. | | 38,86 |
| ODS Business Services Group GmbH, Hamburg | | 1.1. - 31.12. | | 32,00 |
| Vermögensverwaltungsgesellschaft DVD Dassow GmbH, Dassow | | 1.1. - 31.12. | | 30,00 |

| 31.3.2015 | | Ge- schäfts- jahr | Patro- natser- klärung | Kapital- anteil in % |
|---|----|-------------------------|------------------------------|----------------------------|
| 9. Inländische Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet | | | | |
| | 1) | | | |
| CellGenix GmbH, Freiburg | | 1.1. - 31.12. | | 17,05 |
| CoBaLe Immobilien GmbH & Co. Objekt Stuttgart KG, Frankfurt am Main | | 1.1. - 31.12. | | 5,10 |
| Global Safety Textiles HoldCo One GmbH i.L., Maulburg | 4) | 1.1. - 31.12. | | 8,80 |
| Industriedruck Krefeld Kurt Janssen, GmbH & Co., Krefeld | | 1.1. - 31.12. | | 12,00 |
| Janßen-Druck Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Krefeld | | 1.1. - 31.12. | | 12,00 |
| Könemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln | | 1.1. - 31.12. | | 12,50 |
| 10. Ausländische Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet | | | | |
| | 1) | | | |
| EPL Acquisitions (SUB) N.V. in liquidatie, Amsterdam, Niederlande | 4) | 1.1. - 31.12. | | 5,70 |
| Hamsard 3362 Limited, Redditch, Großbritannien | | 1.4. - 31.3. | | 11,21 |
| Ring International Holding AG, Wien, Österreich | | 1.1. - 31.12. | | 9,37 |

1) Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Eigenkapital und Ergebnis sind für die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr.1 HGB unterblieben

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.

4) in Liquidation

(52) Besondere Beteiligungen

Mit Abschluss des Börsensegmentwechsels sämtlicher Wertpapiere der IKB vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs am 7. November 2012 ist die IKB nicht mehr börsennotiert, sodass die Angabepflichten gemäß §§ 21 ff. WpHG für sie seit diesem Zeitpunkt nicht mehr gelten.

Mit Stand 7. November 2012 waren der Bank folgende Mitteilungen gemäß § 21 WpHG zugegangen:

| Datum der Veränderung | Meldepflichtiger | Ort | Erreichter, überschrittener oder unterschrittener Schwellenwert | Direkt gehalten | Mittelbar | Gesamt |
|-----------------------|---|-------------------------|--|-----------------|-----------|---------|
| 29. Oktober 2008 | John P. Grayken | USA | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % | | 90,81 % | 90,81 % |
| 29. Oktober 2008 | Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) | Hamilton (Bermuda) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % | | 90,81 % | 90,81 % |
| 29. Oktober 2008 | Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda) | Hamilton (Bermuda) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % | | 90,81 % | 90,81 % |
| 29. Oktober 2008 | LSF6 Europe Partners, L.L.C. (Delaware) | Dallas (Texas) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % | | 90,81 % | 90,81 % |
| 29. Oktober 2008 | LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware) | Dallas (Texas) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % | 90,81 % | | 90,81 % |
| 15. Juli 2009 | LSF6 Rio S.à.r.l. | Luxembourg (Luxembourg) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 % | 7,62 % | | 7,62 % |
| 15. Juli 2009 | Lone Star Capital Investments S.à.r.l. | Luxembourg (Luxembourg) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 % | | 7,62 % | 7,62 % |
| 15. Juli 2009 | Lone Star Global Holdings, Ltd. | Hamilton (Bermuda) | Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 % | | 7,62 % | 7,62 % |
| 20. Juli 2009 | LSF6 Rio S.à.r.l. | Luxembourg (Luxembourg) | Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 % | 0 % | | 0 % |
| 20. Juli 2009 | Lone Star Capital Investments S.à.r.l. | Luxembourg (Luxembourg) | Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 % | | 0 % | 0 % |
| 20. Juli 2009 | Lone Star Global Holdings, Ltd. | Hamilton (Bermuda) | Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 % | | 0 % | 0 % |

Aktienrechtliche Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG sind der Bank im Berichtszeitraum nicht zugegangen. Nach § 20 AktG hat ein Unternehmen, sobald es mehr als 25 % (Abs. 1 AktG) bzw. 50 % (Abs. 4 AktG) der Aktien einer nicht börsennotierten Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland besitzt, der Gesellschaft darüber eine schriftliche Mitteilung zu machen. Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 5 AktG, dass eine Beteiligung in der mitteilungspflichtigen Höhe nicht mehr besteht, hat die Bank ebenfalls nicht erhalten.

(53) Angabe der Abschlussprüferhonorare

| in Mio. € | Konzern | | IKB AG | |
|-------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2014/15 | 2013/14 | 2014/15 | 2013/14 |
| Abschlussprüfung | -2,5 | -2,6 | -2,0 | -2,0 |
| Andere Bestätigungsleistungen | -0,5 | -0,8 | -0,5 | -0,7 |
| Steuerberatungsleistungen | - | -0,1 | - | -0,1 |
| Sonstige Leistungen | -1,0 | - | -0,8 | - |
| Gesamt | -4,0 | -3,5 | -3,3 | -2,8 |

Die „Anderen Bestätigungsleistungen“ betreffen im Wesentlichen Bestätigungsleistungen im Rahmen der prüferischen Durchsichten der Zwischenabschlüsse zum 30. Juni und 30. September 2014.

(54) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Konditionen, über die nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB für den IKB-Konzern bzw. § 285 Nr. 21 HGB für die IKB AG zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

(55) Patronatserklärungen

Die IKB AG trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können. Es haben sich keine Änderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben.

Die IKB Invest GmbH, Düsseldorf, hat für die IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf, eine Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese ihren Verpflichtungen aus durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag auf sie übertragenen Darlehens- und Garantieverträgen nachkommen kann.

(56) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

| 31.3.2015 | | |
|--|----------------|-----------------|
| in Mio. € | Konzern | IKB AG |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.420,1 | 8.938,1 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 247,9 | 1.028,0 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 249,7 | - |
| Sonstige Verbindlichkeiten | - | 261,4 |
| Eventualverbindlichkeiten | 24,6 | 24,6 |
| Gesamt | 9.942,3 | 10.252,1 |

Bei den als Sicherheit dienenden Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen und Wertpapiere, die im Rahmen von Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften, von Verbriefungstransaktionen sowie im Zuge des Fördermittelgeschäfts an dritte Kreditinstitute, Zweckgesellschaften oder Clearingstellen übertragen wurden.

(57) Termingeschäfte

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und die Investmentportfolios. Ein Handel in derivativen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements täglich überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivategeschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

In den Investmentportfolios und dem Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Krediten sowie den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln einheitlich gesteuert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate.

Bezüglich der Marktwerte für zinsbezogene Derivate im Konzern und in der IKB AG wird auf Ziffer 58 verwiesen.

(58) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Konzern:

| 31.3.2015 in Mio. € | Nominal | Marktwert | | Buchwert | |
|---|-----------------|----------------|----------------|--------------|--------------|
| | | positiv | negativ | Aktiva | Passiva |
| Zinsbezogene Derivate | 28.260,4 | 1.907,2 | 3.601,5 | 151,1 | 194,1 |
| Kreditbezogene Derivate | 1.388,6 | 14,0 | 57,8 | 12,7 | 74,5 |
| Währungsbezogene Derivate | 1.479,3 | 8,0 | 53,6 | 7,8 | 62,9 |
| Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind | 1.553,5 | 122,0 | 126,9 | 6,2 | 6,2 |
| Gesamt | 32.681,8 | 2.051,2 | 3.839,8 | 177,8 | 337,7 |

| 31.3.2015 in Mio. € | Sonst. Vermögensgegenstände | Buchwert | | | |
|---|-----------------------------|------------------------------------|------------------------------|----------------------------|-------------------------------------|
| | | Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten | Rückstellungen ¹⁾ | Sonstige Verbindlichkeiten | Passiver Rechnungsabgrenzungsposten |
| Zinsbezogene Derivate | 120,7 | 30,4 | 0,6 | 182,0 | 11,5 |
| Kreditbezogene Derivate | 0,3 | 12,4 | 57,8 | - | 16,7 |
| Währungsbezogene Derivate | 7,8 | - | 1,2 | 61,7 | - |
| Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind | 1,9 | 4,3 | - | 1,9 | 4,3 |
| Gesamt | 130,7 | 47,1 | 59,6 | 245,6 | 32,5 |

1) betrifft eingebettete Derivate

IKB AG:

| 31.3.2015 in Mio. € | Nominal | Marktwert | | Buchwert | |
|---|-----------------|----------------|----------------|--------------|--------------|
| | | positiv | negativ | Aktiva | Passiva |
| Zinsbezogene Derivate | 28.882,0 | 1.929,6 | 3.598,4 | 210,3 | 261,8 |
| Kreditbezogene Derivate | 1.388,6 | 14,0 | 58,5 | 12,7 | 74,5 |
| Währungsbezogene Derivate | 1.485,7 | 8,0 | 53,6 | 7,8 | 62,9 |
| Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind | 1.553,5 | 122,0 | 126,9 | 8,0 | 7,6 |
| Gesamt | 33.309,8 | 2.073,6 | 3.837,4 | 238,8 | 406,8 |

| 31.3.2015 in Mio. € | Buchwert | | | | |
|---|-----------------------------|------------------------------------|------------------------------|----------------------------|-------------------------------------|
| | Sonst. Vermögensgegenstände | Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten | Rückstellungen ¹⁾ | Sonstige Verbindlichkeiten | Passiver Rechnungsabgrenzungsposten |
| Zinsbezogene Derivate | 123,2 | 87,1 | - | 177,8 | 84,0 |
| Kreditbezogene Derivate | 0,3 | 12,4 | 57,8 | - | 16,7 |
| Währungsbezogene Derivate | 7,8 | - | 1,2 | 61,7 | - |
| Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind | 1,9 | 6,1 | - | 1,2 | 6,4 |
| Gesamt | 133,2 | 105,6 | 59,0 | 240,7 | 107,1 |

1) betrifft eingebettete Derivate

(59) Nicht realisierte Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle stellt die nicht realisierten Ergebnisse der folgenden wesentlichen finanziellen Bilanzposten und außerbilanziellen Derivate des IKB Konzerns dar.

| Konzern in Mio. € | 31.3.2015 | | | 31.3.2014 | | |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------|
| | Beizulegender | | | Beizulegender | | |
| | Buchwert | Zeitwert | Differenz | Buchwert | Zeitwert | Differenz ¹⁾ |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.300,0 | 2.301,0 | 1,0 | 2.235,4 | 2.229,6 | -5,8 |
| Forderungen an Kunden | 11.089,8 | 11.595,6 | 505,8 | 12.263,2 | 12.625,7 | 362,5 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 6.529,4 | 7.436,6 | 907,2 | 7.506,6 | 7.698,5 | 191,9 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 483,2 | 490,6 | 7,4 | 567,8 | 571,8 | 4,0 |
| Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente | 177,8 | 2.051,2 | 1.873,4 | 122,1 | 1.412,0 | 1.289,9 |
| Zwischensumme | 20.580,2 | 23.875,0 | 3.294,8 | 22.695,1 | 24.537,6 | 1.842,5 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.893,3 | 9.076,5 | -183,2 | 10.169,1 | 10.327,3 | -158,2 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 8.165,3 | 8.341,6 | -176,3 | 9.629,5 | 9.842,7 | -213,2 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 1.511,9 | 1.485,9 | 26,0 | 1.071,9 | 1.006,7 | 65,2 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 970,9 | 561,7 | 409,2 | 971,3 | 573,3 | 398,0 |
| Genussrechtskapital | 32,2 | 27,2 | 5,0 | 32,2 | 25,5 | 6,7 |
| Stille Einlagen | 0,0 | 53,5 | -53,5 | 0,0 | 64,8 | -64,8 |
| Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente | 337,7 | 3.839,8 | -3.502,1 | 227,1 | 2.847,1 | -2.620,0 |
| Zwischensumme | 19.911,3 | 23.386,2 | -3.474,9 | 22.101,1 | 24.687,4 | -2.586,3 |
| Gesamtsumme | | | -180,1 | | | -743,8 |

1) Während des Geschäftsjahres hat die IKB Änderungen bei der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten vorgenommen. Bei Anwendung aktueller Bewertungsmethoden auf den Bestand zum 31. März 2014 wären die nicht realisierten Verluste um etwa 16,5 Mio. € niedriger ausgefallen.

Zusätzlich entfällt auf die IKB Leasing-Gruppe neben ihrem im Konzernabschluss vollkonsolidierten Nettovermögensüberschuss ein Substanzwert (nicht realisierte Gewinne aus dem Leasinggeschäft) von 145,4 Mio. € (31. März 2014: 161,0 Mio. €). Der Substanzwert wird anhand des Schemas des Bundesverbands Deutscher Leasingunternehmen e.V. ermittelt.

Das unrealisierte Ergebnis wird durch einen Abgleich des Nettobuchwerts und des beizulegenden Zeitwerts ermittelt. Dabei hat die Bildung von Einzelwertberichtigungen keinen Einfluss auf das unrealisierte Ergebnis, da gebildete Einzelwertberichtigungen auch bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt werden. Für täglich fällige Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten wird der beizulegende Zeitwert dem Buchwert gleichgesetzt.

Die für die Anhangberichterstattung ermittelten beizulegenden Zeitwerte der Forderungen werden auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechnet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts werden Annahmen zugrunde gelegt, die sich bei der Bestimmung von Marktpreisen zwischen unabhängigen Geschäftspartnern ergeben würden, die ähnliche Parameter für ihre Kaufpreiskalkulation verwenden. Die Diskontierung erfolgt anhand laufzeitdifferenzierter Swapsätze am Bilanzstichtag zuzüglich eines aus internen Risikomessverfahren der IKB abgeleiteten Credit Spread. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem internen Kundenrating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Zusätzlich werden aus dem bilanziellen Eigenkapital abgeleitete Vorsteuerrenditen Dritter, Verwaltungskosten

der IKB und am Markt beobachtbare Funding-Kosten von Banken mit einem Rating von A oder AA berücksichtigt.

Bei Forderungen aus Förderkrediten, denen Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite gegenüberstehen, erfolgt die Bewertung ohne Berücksichtigung von Fundingkosten. Die Barwertermittlung für Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite erfolgt über die Diskontierung der Zins- und Tilgungs-Cashflows mithilfe laufzeitadäquater risikoloser Swapsätze.

Wertpapiere (einschließlich verbriefter nachrangiger Verbindlichkeiten, verbrieftes Genussrechtskapital und verbrieft stille Einlagen) werden mit dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag bewertet, sofern ein liquider Preis verfügbar ist. Ein Börsen- oder Marktpreis wird dabei als liquide angesehen, wenn die Anzahl verfügbarer Preisquotierungen nach einer auf statistischen Methoden basierenden Analyse eine definierte Mindestanzahl überschreitet. Dies gilt sowohl für gehandelte als auch für nicht gehandelte beobachtbare Preise. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Zeitwert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht am Markt beobachtbar sind. Die beizulegenden Zeitwerte für im IKB-Konzern bilanzierte Fondsanteile entsprechen jeweils dem Nettoinventarwert, der auf die gehaltenen Fondanteile entfällt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Derivaten des Anlagebuchs erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie am Markt verfügbaren Bewertungsparametern (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Zukünftige Zahlungsströme werden dabei mit währungs- sowie tenorspezifischen Swapkurven diskontiert. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Derivat und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig. Im Unterschied zu den Derivaten des Anlagebuchs werden zukünftige Zahlungsströme besicherter Handelsbuch-Derivate mit der Overnight-Index-Swapkurve diskontiert.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten werden die vertraglichen Cashflows mit einem laufzeitadäquaten Swapsatz zuzüglich der IKB-spezifischen Fundingkosten diskontiert. Die Fundingkosten werden aus den Kosten vergleichbarer Emissionen abgeleitet.

Im Rahmen eines im Geschäftsjahr vorgenommenen Systemwechsels auf ein neues bestandsführendes System wurde die Methodik zur Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten von Schuldscheindarlehen, Bonds und Derivaten geändert. Diese Bewertungsmethodenänderung wirkt sich nur auf das unrealisierte Ergebnis aus. Bei Anwendung der geänderten Bewertungsmethodik zum 31. März 2014 wäre das unrealisierte Ergebnis um 2,4 Mio. € höher ausgefallen.

Im Rahmen von regelmäßigen Modellvalidierungen wurden Anpassungen an marktüblichen Verfahren zur Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten von wie Anlagevermögen bewerteten Krediten vorgenommen. Die Anpassungen führen zu einer Erhöhung der beizulegenden Zeitwerte per 31. März 2015 um 50,9 Mio. €. Die Bewertungsänderungen hätten per 31. März 2014 zu einer Erhöhung der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen um 29,4 Mio. € geführt. Auswirkungen auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich durch die Änderungen nicht.

Die IKB hat zum 31. März 2015 eine Anpassung bei der Ermittlung des eigenen Kreditrisikos vorgenommen. Die Anpassung führt zum 31. März 2015 zu einer Senkung der beizulegenden Zeitwerte von emittierten

Schuldscheindarlehen in Höhe von 8,3 Mio. €. Zum 31. März 2014 hätte die Anpassung zu einer Erhöhung der beizulegenden Zeitwerte von emittierten Schuldscheindarlehen um 15,2 Mio. € geführt. Auswirkungen auf die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich dadurch nicht.

(60) Die Vergütung des Vorstands

Für die im Geschäftsjahr 2014/15 tätigen Mitglieder des Vorstands sind Gesamtbezüge in Höhe von 4,1 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) angefallen. Darin enthalten sind feste Grundgehälter, erfolgsabhängige variable Vergütungen, Pensionsersatzleistungen zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung und Sachbezüge. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beläuft sich auf 3,2 Mio. € (Vorjahr: 3,0 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2014/15 betragen die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen 42,7 Mio. € (Vorjahr: 40,7 Mio. €).

(61) Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2014/15 belaufen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (inklusive Umsatzsteuer) auf 217 Tsd. € (Vorjahr: 208 Tsd. €, inklusive angepasster Umsatzsteuer). Hierin sind 6 Tsd. € Auslagenersatz (Vorjahr: 6 Tsd. €) enthalten.

(62) Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 299 Tsd. € (Vorjahr: 282 Tsd. €) gezahlt.

(63) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands und des Beraterkreises wurden keine Kredite vergeben. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden Kredite in einer Gesamthöhe von 14,7 Tsd. € (31. März 2014: 18,9 Tsd. €) vergeben.

(64) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitarbeitskräften)

| | Konzern | | IKB AG | |
|---------------|--------------|--------------|------------|------------|
| | 31.3.2015 | 31.3.2014 | 31.3.2015 | 31.3.2014 |
| Männlich | 920 | 905 | 666 | 655 |
| Weiblich | 523 | 537 | 318 | 319 |
| Gesamt | 1.443 | 1.442 | 984 | 974 |

(65) Organe

Vorstand

Dr. Michael H. Wiedmann (Vorsitzender seit 5. Januar 2015)

Dr. Dieter Glüder

Claus Momburg

Hans Jörg Schüttler (Mitglied und Vorsitzender bis 4. Januar 2015)

Aufsichtsrat

Bruno Scherrer, London, Vereinigtes Königreich (Vorsitzender)
Senior Advisor der Lone Star Funds

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt (Mitglied und stellv. Vorsitzender bis 15. Februar 2015)
Chairman Lone Star Germany Acquisitions GmbH

Dr. Karl-Gerhard Eick, London, Vereinigtes Königreich (stellv. Vorsitzender seit 16. Februar 2015)
Director der KGE Asset Management and Consulting Ltd.

Stefan A. Baustert, Krefeld
Mitglied des Vorstands der QSC AG

Benjamin Dickgießer, London, Vereinigtes Königreich (seit 24. Februar 2015)
Director Lone Star Europe Acquisitions LLP

Dr. Lutz-Christian Funke, Oberursel
Leiter des Bereichs Vorstandsstab/Kommunikation der KfW Bankengruppe

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter & CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG

Bernd Klein, Mönchengladbach
Arbeitnehmersvertreter

Rainer Lenz, Bad Kreuznach
Arbeitnehmersvertreter

Dr. Claus Nolting, München
Rechtsanwalt

Nicole Riggers, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreterin

Carmen Teufel, Neustetten
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Andreas Tuczka, Wien, Österreich (bis 27. Oktober 2014)
Geschäftsführer Aldridge Capital Partners GmbH

William D. Young, London, Vereinigtes Königreich (seit 24. Februar 2015)
Senior Vice President Hudson Advisors UK Ltd.

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2015 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

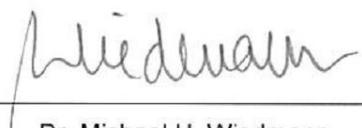
Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Dr. Thomas Söhlke (bis 28. April 2014)
ae group ag

Düsseldorf, den 27. Mai 2015

IKB Deutsche Industriebank AG

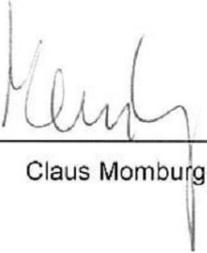
Der Vorstand



Dr. Michael H. Wiedmann



Dr. Dieter Glüder



Claus Momburg

Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis 31. März 2015

Wir haben den Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang – und den Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis 31. März 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis 31. März 2015

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der mit dem Anhang des Konzernabschlusses zusammengefasst ist – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2014 bis 31. März 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage.

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de